

Zeitschrift:	Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse = Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II. Referate und Mitteilungen des SJV
Herausgeber:	Schweizerischer Juristenverein
Band:	80 (1961)
Heft:	3
Rubrik:	Protokoll der 95. Jahresversammlung des Schweizerischen Juristenvereins

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PROTOKOLL
DER 95. JAHRESVERSAMMLUNG DES
SCHWEIZERISCHEN JURISTENVEREINS

vom 23., 24. und 25. September 1961
in Zürich

FESTSITZUNG VOM SAMSTAG, 23. SEPTEMBER 1961
IN DER AULA DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

Die Verhandlungen werden auch ins
Auditorium Maximum übertragen.

Präsident:

Herr Dr. FRIEDRICH T. GUBLER, Rechtsanwalt, Winterthur

I.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr wie folgt:

Hochgeehrter Herr Rektor, ich begrüße Sie als Herrn dieses Hauses, das Sie – wir danken dafür – dem Schweizerischen Juristenverein für die Tagung, mit der wir die ersten hundert Jahre seit der Gründung in Luzern feierlich begehen wollen, großzügig zur Verfügung stellten. Wir freuen uns, daß Sie als Guest am solennen Akt, mit dem wir die fünfzig Jahre Rechtskraft des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, an dessen Entwurf und Erschaffung der Verein tätigen Anteil nahm, ins Gedächtnis heben wollen, unter uns weilen.

Verehrte Damen und Herren, Gäste und Träger hoher Ämter und Würden, lassen Sie mich auch in Ihrem Namen besonders willkommen heißen den Herrn Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, Herr Frick, Herrn Zeki

Kuneralp, Botschafter der Türkei, die Vertreter der obersten Gerichtshöfe unserer Nachbarländer, M. le Conseiller Holleaux aus Paris, Président de Chambre de la Cour de Cassation, Herrn Dr. Heusinger aus Karlsruhe, Präsident des Bundesgerichtshofes, Professore presidente Torrente aus Rom, della Corte Suprema di Cassazione, und Herrn Dr. Heller aus Wien, Erster Präsident des obersten Gerichtshofes, sowie Herrn Bundesverfassungsrichter Prof. Friesenhahn, Delegierter des 101 Jahre alten Deutschen Juristentages.

Die Herren Dekane der Juristischen Fakultäten der schweizerischen Universitäten und die Herren Justizdirektoren unserer Kantone versammeln sich heute in offizieller Weise mit den alljährlich zu uns kommenden Ehrengästen, dem Präsidenten des Schweizerischen Bundesgerichtes, Herrn Dr. Schönenberger, dem Präsidenten des Schweizerischen Versicherungsgerichtes, Herrn Dr. Gysin, Herrn alt Bundesrat von Steiger, ferner mit Herrn Obergerichtspräsident Dr. Gurny, Herrn Stadtpräsident Dr. Landolt und mit unseren getreuen Mitgliedern. Allen entbiete ich herzliche kollegiale Grüße.

In dieser Vereinigung der höchsten Vertreter der drei Staatsgewalten und der Wissenschaft mit den freiwillig im Verein zusammengeschlossenen Juristen aus allen Gegenenden unseres Landes mag ein Wesenszug des Schweizerischen Juristenvereins und seines Wirkens symbolisiert erscheinen.

Wenn unser Verein Einfluß nehmen durfte auf die Vereinheitlichung und auf die Fortbildung des schweizerischen Rechts, also auf die Rechtsordnung unseres Vaterlandes, so geht das nicht allein zurück auf die seit hundert Jahren nie abbrechenden einzelnen, oft brillanten Leistungen der im Verein und für ihn tätigen Juristen aller Konfessionen und aller Parteien und aller Landessprachen. Der glückliche Umstand, daß die Mitglieder der Schweizerischen Regierung, die Mitglieder der kantonalen Regierungen, die Vertreter der gesetzgebenden Behörden und unsere Richter der besonnenen Stimme des Vereins – der eine um die Verwirk-

lichkeit einer freiheitlichen Rechtsordnung sich bemühende Instanz ist – Gehör geliehen haben, ist wohl in Rechnung zu schlagen. Die Stimme des Juristenvereins wurde aber nicht nur angehört; das Bezeichnende liegt darin, daß hohe Magistraten und Richter als Mitglieder im Verein selber tätig mitwirkten, mit juristischen Referaten, mit Beiträgen in den fruchtbaren Debatten. Wie viele unserer Referenten waren früher oder später Lehrer unserer schweizerischen Rechtswissenschaft, Erzieher der jungen Juristen, Richter aller Stufen oder Magistrate, bekleidet mit höchster politischer Verantwortung. Vor bald fünfzig Jahren gehörten einmal sämtliche sieben Mitglieder des hohen Bundesrates unserem Verein aktiv an. Zur Zeit zählt der Verein drei amtierende und drei alt Bundesräte zu seinen Mitgliedern, von denen zwei seinerzeit auch Referate hielten. Unvergessen bleibt die aktive Mitarbeit der Herren Häberlin und Feldmann. Es zählt zu den großen, sprechenden Übungen unserer annuellen Zusammenkünfte, daß der Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, seit zwei Jahren Herr Bundesrat von Moos, mit seinem Stab an den Arbeitstagungen des Vereins teilnimmt.

Es ziemp sich, daß wir zusammen, zum Beginn des Centenarums des Vereins, bevor wir uns heute Abend in traditioneller Weise zur persönlichen freundschaftlichen Begrüßung vereinigen, die Cäsur des schweren halben Jahrhunderts, das seit der Inkraftsetzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches dahinstrich, – mit seinen tief die staatliche Ordnung, die Gestalt und Form unserer Gesellschaft transformierenden Kräften und mit seinen oft genug dunklen, unheimlichen Perspektiven, – daß wir zurückblicken auf die Fragen und Antworten, um die die Rechtswissenschaft und der Gesetzgeber gerungen haben, als das Werk der Vereinheitlichung unseres Zivilrechtes vorbereitet und vollendet wurde.

Gemäß dem Charakter des Schweizerischen Juristenvereins geschieht das durch eine wissenschaftliche Vorlesung. Wir durften sie Herrn Professor Dr. Peter Liver anvertrauen.

Herr Professor Liver, der über das Thema «*Das Schweizerische Zivilgesetzbuch. Kodifikation und Rechtswissenschaft – Le code civil suisse. Codification et jurisprudence*» sprechen wird, lehrt in Bern; er war aber früher Mitglied der Regierung seines Heimatkantons. So ist er eines in der großen Reihe der Beispiele der Verschränkung und gegenseitigen Befruchtung unabhängiger strenger Lehre mit der verwaltenden und regierenden Lebenswirklichkeit. Mit dem Hinweis darauf, daß in solcher Verschränkung zweier widerstrebender Geistesstrukturen ein Wesenszug schweizerischer Haltung und der Art unseres Rechtsdenkens und unseres positiven Rechtes liegt, eröffne ich den Schweizerischen Juristentag 1961 und gebe Herrn Professor Dr. LIVER das Wort.

Der nun folgende Festvortrag von Herrn Prof. Dr. PETER LIVER ist abgedruckt im Heft II der Referate und Mitteilungen zum Centenarium.

Das Winterthurer Streichquartett spielt zu Beginn der Feierlichkeiten den ersten Satz (Allegro) aus dem Streichquartett in d-moll opus 76 Nr. 2 von Joseph Haydn und am Schluß das Streichquartett Nr. 3 von Arthur Honegger.

SITZUNG VOM SONNTAG, 24. SEPTEMBER 1961
IN DER AULA DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

Präsident:

Herr Dr. FRIEDRICH T. GUBLER, Rechtsanwalt, Winterthur

II.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 08.35 Uhr wie folgt:

Meine Damen und Herren!

Ich habe unsere Gäste und Sie schon gestern hier in dieser Aula begrüßt. Ich darf Sie zusammen wohl alle heute morgen mit einem kurzen, herzhaften Gruß willkommen heißen. Außer den Ehrengästen, die ich schon gestern begrüßt habe, ist eine stattliche Reihe kantonaler Gerichtsdelegationen anwesend; die Namen der Delegierten konnten Ihnen in dem zum voraus an Sie verteilten Zirkular, auf das ich verweise, bekanntgegeben werden.

(*Zürich*: Handelsgerichtspräsident Albrecht; Vizepräsidenten Dr. Studer, Dr. Diener, Dr. Schweizer, Dr. Glattfelder und Dr. Sieber; Oberrichter Dr. Baur, Dr. Heusser, Dr. Neidhart und Dr. Hug; Obergerichtsschreiber Dr. Haller.

Bern: Obergerichtspräsident H. Joss und Oberrichter P. Ceppi.

Luzern: Obergerichtspräsident Dr. Albert Zgraggen, Oberrichter Dr. Kurt Sidler und Dr. Hans Ronca.

Uri: Obergerichtsvizepräsident Hans Gnos; Hans Danoth, I. Gerichtsschreiber.

Fribourg: Dr Francis Meyer, Président du Tribunal cantonal, André Currat, Juge au Tribunal cantonal.

Solothurn: Obergerichtspräsident Dr. Ernst Haefely; Oberrichter Dr. Max Brosi, Dr. Arthur Haefliger, Dr. Walter Kämpfer; Obergerichtsschreiber Dr. Walter Luder.

Basel-Stadt: Dr. Albert Lotz, Dr. Fritz Blocher, Dr. Hans Müller, Präsidenten des Appellationsgerichtes Basel-Stadt.

Baselland: Obergerichtspräsident Dr. Paul Gysin.

Schaffhausen: Obergerichtspräsident Dr. Walter Klingenberg; Vizepräsident Dr. Ernst Mettler.

St. Gallen: Kantonsrichter Dr. P. Schreiber, Dr. H. Lautenschlager, Dr. M. Seifert.

Graubünden: Dr. W. Seiler, Vizepräsident des Kantonsgerichtes.

Aargau: Obergerichtspräsident Dr. Werner Dubach; Vizepräsident Dr. Fritz Gersbach; Oberrichter Dr. Arnold Schlatter, Dr. Walter Welti, Dr. Kurt Eichenberger und Dr. Ernst Zimmerli.

Thurgau: Obergerichtspräsident Robert Müller; Oberrichter Dr. E. Böckli, Dr. H. Kolb, lic. iur. H. Moll, Dr. A. Wiesli.

Tessin: Dott. Gastone Luvini, Vice presidente del Tribunale di Appello della Repubblica e Cantone del Ticino.

Vaud: D^r André Rossel et D^r Marcel Caprez, Juges au Tribunal Cantonal.

Neuchâtel: R. Jeanprêtre, Président du Tribunal Cantonal, Gustave Perregaux, Juge cantonal.

Genève: M. Edouard Barde et M. Alfred Du Pasquier, Juges à la Cour de justice.)

Ich möchte die Tagung nun aber nicht beginnen, ohne voll Ehrerbietung die Namen der beiden großen Juristen zu nennen, deren Bildnisse eine Zierde des Saales sind und Empfindungen der Dankbarkeit wecken: FRITZ FLEINER und MAX HUBER. Ich gedenke aber auch herzlich zweier anderer großer Juristen, die in diesem Hause lehrten, ANDREAS VON TUHR, die überragende Figur unseres Schuldrechtes, ein großer Verwandter der römischen Klassiker, und

AUGUST EGGER, dessen juristisches Werk, geprägt durch eine große sittliche Energie, ein immer ergriffenes Temperament, unvergessen bleibt.

Bevor ich zur Behandlung der Verwaltungsgeschäfte übergehe, drängt es mich, etwas vorweg zu nehmen. Ich habe Herrn Prof. Dr. HANS FRITZSCHE den herzlichen Dank des Vereins abzustatten. Er hat die Geschichte der hundert Jahre des Schweizerischen Juristenvereins verfaßt und er schenkt dem Verein generös die zwei Jahre füllende Arbeit, die er für diese bedeutende Chronik aufgewendet hat. Ich danke aber auch unserem jungen Mitglied, Herrn MURITH, der mit Eifer und Erfolg in kurzer Zeit das Buch ins Französische übersetzte. Mit dieser Geschichte, die wir den Mitgliedern und unseren Gästen schon vor der Tagung in die Hand gelegt haben, ist das Leben und Streben unserer Körparation der ersten hundert Jahre in vortrefflicher Weise verurkundet worden.

Das Buch ist ein eindrücklicher Rechenschaftsbericht. Aber es ist mehr, es läßt sich aus ihm lesen, wie sehr die Entwicklung unseres Rechts, – der Rechtsordnung und der Rechtswissenschaft, – auch vornehmlich dem gemeinsamen Erkenntnis- und Verwirklichungswillen des Schweizerischen Juristenstandes, der sich in unserem Verein freiwillig organisierte, zu danken ist. Der Verein hat Jahr um Jahr bedeutenden Mitgliedern wohlerwogene Aufträge erteilt. Die Wahl der Themen ist das Hauptgeschäft des Vorstandes. Jahr um Jahr knüpfen sich dann an die Referate nicht selten ergiebige Debatten. Die Empfehlungen und die Resolutionen des Vereins, die offizielle Übergabe gewisser wichtiger Verhandlungsprotokolle an den Bundesrat – das hatte einen lauteren Sinn und Zweck. Materielle Interessen waren verbannt. Nie hat es sich um Gruppen- oder Fachinteressen gehandelt. Die strenge wissenschaftliche Arbeit diente stets einem einzigen Ziel: Es sollten die rechtstechnischen und die rechtsethischen Grundsätze geklärt und sie sollten in unserem positiven Recht verankert werden. Das Prinzip der hundert Jahre lang respektierten Zweisprachig-

keit, das Prinzip der Toleranz der Konfession und das Prinzip parteipolitischer Aussöhnung im Streben nach den besten Lösungen, das ist die Grundlage unserer Arbeit. Möge das der jüngeren schweizerischen Juristen-Generation ein freundlich-fortwirkendes Beispiel bedeuten. Darin läge für den Verfasser der Vereinsgeschichte und für uns sicherlich der schönste Dank für sein Buch.

III.

Auf Vorschlag des Präsidenten wählt die Versammlung als Stimmenzähler und Sekretäre die Herren Dr. Robert Meyer, Obergerichtssekretär in Zürich und Georges Scyboz, Bundesgerichtssekretär in Lausanne. Als Stimmenzähler für das Auditorium Maximum, in welches die Verhandlungen übertragen werden, wird Herr Dr. Hans Huber, Notariatsinspektor, Zürich, gewählt.

IV.

Der Präsident verliest hierauf den Jahresbericht für das abgelaufene Vereinsjahr 1960/61:

Am Juristentag in Lugano, im Oktober vergangenen Jahres betrug der Mitgliederbestand	1843
Er beträgt nach 234 Aufnahmen neuer Mitglieder, die der Vorstand statutengemäß vollzog, und nach 27 Verlusten im verlaufenen Geschäftsjahr heute . . .	2050
Der Zuwachs beträgt demnach	207

Die Zunahme der Mitgliederzahl auf das Centenarium hin bringt naturgemäß zusätzliche organisatorische Probleme mit sich. Es wird besonderer Anstrengungen und Ihrer Mitwirkung bedürfen, damit der persönliche, private Kontakt unter unseren Mitgliedern aus allen juristischen Berufen und allen Landesgegenden durch die große Zahl nicht leidet. Der Wert unserer Tagungen soll nie an der Ziffer der Teilnehmer gemessen werden müssen.

Und doch liegt es eben im Zuge der Zeit, daß die Anzahl der Mitglieder derjenigen Vereinigungen, die sich öffentlich und insbesondere im Gesetzgebungsverfahren vernehmen lassen, eine zunehmende, oft vielleicht übergroße, Rolle spielt, so daß die Verstärkung auch unserer Reihen nicht unerwünscht scheint.

Der Zuwachs der Mitglieder ist aber noch aus einem anderen Grunde zu begrüßen. Der Mitgliederbeitrag wird normalerweise nur zu einem verschwindenden Teil für die Administration und für die Organisation der Tagung verwendet. Die Verwaltung wird praktisch ehrenhalber besorgt. Mit den Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen werden Auslagen der Kommissionen, in erster Linie aber die wachsenden Kosten der Veröffentlichung der jährlichen vier Referate, die Dotierung der Preisausschreiben und der juristischen Bibliographie, die ebenfalls jährlich erscheint, bestritten. Überdies dürfen sich diejenigen Mitglieder, die als solche auch die Zeitschrift für Schweizerisches Recht abonnieren, als Förderer dieses gewichtigen Periodicums, das ja mit den Geschicken des Vereins eng verbunden ist, betrachten. Dem Herausgeber dieser Zeitschrift, Herrn Professor Dr. Max Gutzwiller, hat der Verein für die mustergültige Redaktion dieses fortlaufenden, kritischen und informativen Compendiums sehr zu danken, auch dem die Zeitschrift und unsere Publikationen betreuenden Verleger Herrn Heinz Helbing aus Basel, den wir aus diesem Grunde als Ehengast zu unserem Jubiläum gebeten haben.

Ich möchte die neu aufgenommenen Mitglieder höflich und angelegentlich bitten, diese Zeitschrift zu abonnieren.

Eine erfreulich große Zahl neuer Mitglieder sind dem Schweizerischen Juristenverein seit dem letzten Juristentag in Lugano, 15.–17. Oktober 1960, beigetreten; sie sind in dem an Sie verteilten Zirkular namentlich aufgeführt.

Zürich

Peter Achermann, lic. iur., Rechtsanwalt, Zürich

Karl Appert, lic. iur., Rechtsanwalt und Journalist, Zürich

Dr. Kurt von Arx, Rechtsanwalt, Zürich

Dr. Georg Aschwanden, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Walter Baechi, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Walter Bänninger, Oberrichter, Kilchberg
Dr. Armin Bascho, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. André Baumann, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Emil Blättler, Rechtsanwalt, Bülach
Dr. Hansjörg Bolliger, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Ernst Bossard, Professor HHS St. Gallen, Zürich
Dr. Albert Bosshard, Oberrichter, Zürich
Dr. Eugen Bucher, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Roland Bühler, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Guido Condrau, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Gregor Edlin, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Kurt Herbert Etter, Rechtsanwalt, Kilchberg
Dr. Erwin Frey, Professor an der Universität Zürich, Uitikon ZH
Hans Fröhlich, lic. iur., Rechtskonsulent, Zürich
Dr. Hans Giger, Wallisellen
Dr. Willy Gschwend-Meyer, Bankprokurist, Wädenswil
Dr. Hans Gstrein, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Victor Hauri, Steuerkonsulent, Zürich
Dr. Vital Hauser, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Valentin Heuss, Zürich 44
Dr. Roland Huber, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Walter Konrad Huber, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Peter P. Hug, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Hans Hüssy, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Lothar Kistler, Wirtschaftsjurist, Zollikerberg
Dr. Hans Peter Knoepfel, Steuerkommissär, Küsnacht
Dr. Franz Konrad, Obergerichtssekretär, Zürich
Dr. Hans W. Kopp, Rechtsanwalt, Küsnacht
Elisabeth Kopp-Iklé, lic. iur., juristische Mitarbeiterin, Küsnacht
Dr. Max Lebedkin, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Hans Georg Lüchinger, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Verena H. Lüdi, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Hans Lüscher-Steffen, Bezirksrichter, Zürich
Dr. Hans-Jürg Mantel, Geschäftsführer, Rüti ZH
Dr. Gustav Maurer, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Hans Meili, Bezirksanwalt, Zürich
Dr. Robert Meyer, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Bernd Mossner, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Kurt Reichlin, Rechtsanwalt, Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie, Zürich
Eugen Roschacher, lic. iur., ao. Obergerichtssekretär, Zürich
Dr. Ernst Rüegg, Chef der Einwohner- und Fremdenkontrolle, Zürich

Dr. Karl Sauter, Sekretär, Zürich
Dr. Rudolf Schaller, Vorsteher des kant. Arbeitsamtes, Zürich
Dr. Franz Scheibler, Rechtsanwalt, Winterthur
Dr. Jürg H. Schmid-Gassmann, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Hermann Schwabe, Rechtsanwalt, Zürich
Walter Seiler, lic. iur., Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Friedrich Spälti, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Kurt Spitz, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Kurt Staub, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Rico Steinbrüchel, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Hans Studer, Oberrichter, Affoltern a. A.
Dr. Hans Ulrich Walder, Rechtsanwalt, Zürich
Dr. Hugo Wenninger, Bezirksrichter, Zürich
Alois Zeender, lic. en droit, avocat, Juriste d'assurance, Winterthur
Dr. Ferdinand Zuppinger, Chef Rechtsabteilung Finanzdirektion,
Zollikon

Bern

Dr. Joseph Amrein, Fürsprecher, Bern
Georges-Antoine Barré, avocat, Köniz BE
Dr. Louis Benz, Fürsprecher, Wabern-Bern
Pierre Billieux, Avocat, Porrentruy
Roland Bloch, Fürsprecher, Biel
Dr. Othmar Bloetzer, Instr. Of. und Sektionschef I, Hilterfingen
Ulrich Burren, Fürsprecher, Thun
Sergio Demiéville, lic. iur., Fürsprech und Notar, Bern
Georges Droz, lic. en droit, Avocat, Tavannes
Dr. Paul Ehrsam, Fürsprecher und Notar, Bern
Charles Froté, Avocat, Bienne
Olivier Lucien Gautschi, lic. iur., Rechtsanwalt, Spiegel-Bern
Rudolf Gnaegi, Fürsprecher, Spiegel-Bern
Curt Haeberlin, Fürsprecher, Bern
Dr. Karl Huber, Generalsekretär des eidg. Volkswirtschafts-departementes, Spiegel-Bern
Marcel Ingold, Fürsprecher, Bern
Théo Kannengieser, Notar, Bern
Hans-Peter Karlen, Fürsprecher, Liebefeld, Bern
Michel Klaus, lic. en droit, Dép. féd. de justice et police, Berne
Dr. Rolf Loepfe, Rechtsanwalt, Bern
Max Beat Ludwig, Fürsprecher, Bern
Dr. Peider Mengiardi, eidg. Beamter, Bern
Dr. Ferdinand L. Minder-Keller, eidg. Beamter, Bern
Pierre Murith, avocat, La Générale de Berne, Berne
Eric Perregaux, lic. en droit, avocat, Berne

Jacques Saucy, Avocat, Delémont
Prof. Dr. Edwin Schweingruber, Oberrichter, Bern
Dr. Roland Soder, Prokurst, Biel

Luzern

Dr. Adolf Boner, Bundesrichter am Eidg. Versicherungsgericht, Luzern
Dr. Paul Cron, Rechtsanwalt und Verleger, Luzern
Dr. Adolf Gugler, Rechtsanwalt, Luzern
Josi J. Meier, lic. iur., Rechtsanwältin, Luzern
Dr. Alexander Wili, Rechtsanwalt, Kriens
Dr. Franz Winiker, Rechtsanwalt, Luzern

Schwyz

Dr. Anton Eberle, Rechtsanwalt, Arth

Obwalden

Dr. Ignaz Britschgi, Vorsteher des Justizdepartementes, Sarnen

Nidwalden

Willy Kaeslin, lic. iur., Gerichtsschreiber, Beckenried
Dr. Adolf Walter Sigg, Direktor, Hergiswil

Zug

Dr. Rudolf Henggeler, Rechtsanwalt, Zug
Dr. Hans Hürlimann, Rechtsanwalt, Zug
Dr. Erich Kalt, Geschäftsführer, Zug
Dr. Kurt Meyer, Stadtschreiber, Zug

Freiburg

José Ackermann, lic. en droit, Greffier substitut, Fribourg
Jean Marie Cottier, lic. iur., avocat, Fribourg
Claude Fasel, lic. iur., Avocat, Romont
François-Xavier Savoy, lic. en droit, Avocat, Fribourg

Solothurn

Dr. Max Brosi, Oberrichter, Solothurn
Werner Guldinmann, Advokat und Notar, Olten
Dr. Stephan Müller, Fürsprecher und Notar, Balsthal

Basel-Stadt

Dr. Hans Batschelet, Advokat und Notar, Basel
Dr. Roger Baumann, Advokat und Notar, Basel
Dr. Fritz Blocher, Appellationsgerichtspräsident, Basel
Dr. Georges Bollag, Advokat, Basel
Dr. Alfred Ernst Burckhardt, Advokat, Basel

Dr. John Flaig, Advokat und Notar, Basel
Dr. Hanspeter Flüge, Rechtsanwalt, Basel
Dr. Peter Gloor, Advokat und Notar, Basel
Dr. Ernst Götz, Vorsteher des Zivilstandsamtes Basel-Stadt,
Riehen BS
Dr. Jenny Gutzwiller-Markees, Advokatin, Basel
Dr. Leonhard Gysin, Advokat, Basel
Dr. Willi Kuhn, Advokat, Basel
Dr. Alfred Lehmeier, Advokat, Basel
Dr. Markus Lusser, Fürsprech, Schweizerische Bankiervereinigung,
Basel
Dr. Max Oetterli, Fürsprech, Schweizerische Bankiervereinigung,
Basel
Maurice Penard, lic. iur., Advokat, Basel
Dr. Bernhard Riggernbach, Zivilgerichtspräsident, Basel
Dr. Jean-David Roulet, Juriste, Basel
Dr. Hansrudolf Schlumpf, Advokat und Notar, Basel
Dr. Max Schneider, Advokat, Basel
Dr. Mathias Stückelberger, Advokat, Basel
Dr. Max Ziegler, Advokat und Notar, Basel

Basel-Landschaft

Dr. Peter Alfred Böckli, Advokatur-Volontär, Binningen
Dr. Robert Hänni, iur. Beamter, Sissach
Dr. Walter Linsi, Advokat, Pratteln
Dr. Felix H. Thommen, Therwil BL
Dr. Hans Trüeb, Jurist bei der Ciba, Bottmingen BL

Schaffhausen

Dr. Kurt Georg Bächtold, Gerichtsschreiber, Schaffhausen
Dr. Heini Bölsterli, Rechtsanwalt, Schaffhausen
Dr. Max Kellenberger, Rechtsanwalt, Schaffhausen
Dr. Rudolf Matter, Fürsprecher, Gerichtspräsident, Schaffhausen
Dr. Hedwig Schudel, Rechtsanwalt, Schaffhausen
Dr. Arthur Winzeler, Kantongerichtsvizepräsident, Neuhausen

St. Gallen

Dr. H. Rittmeyer, Rechtsanwalt, St. Gallen
Dr. Alois Rutz, Gerichtspräsident, Bütschwil

Graubünden

Dr. Robert Z. Ganzoni, Rechtsanwalt und Notar, Celerina
Dr. Christ. Johannes Gilli, Direktor, Masein
Dr. Josias Grass, Rechtsanwalt, Chur
Dr. Guido Jörg, Rechtsanwalt, Chur

Aargau

Dr. Julius Binder, Fürsprecher, Baden
Dr. Leo Binkert, Fürsprecher und Notar, Laufenburg
Dr. Walter Edelmann, Fürsprech und Notar, Zurzach AG
Dr. Rainer Schumacher, Rechtsanwalt, Baden

Thurgau

Werner Kundert, lic. iur., Bischofszell
Heinz Moll, Fürsprech, Notar und Oberrichter, Kreuzlingen
Georg Müller, lic. iur., Fürsprech, Weinfelden

Tessin

Benito Bernasconi, lic. iur., avvocato e notaio, Chiasso
Dr. Pino Bernasconi, Avvocato e notaio, Lugano
Francesco Bignasca, lic. iur., avvocato e notaio, Biasca
Dr. Achille Borella, avvocato e notaio, Mendrisio
Ermes Borioli, lic. iur., Locarno
Pierfrancesco Campana, lic. iur., avvocato e notaio, Chiasso
Bixio Celio, lic. iur., avvocato e notaio, Faido
Dr. Luigi Furger, avvocato, Bellinzona
Dr. Franco Gianoni, avvocato e notaio, Bellinzona
Dr. Rinaldo Giovanelli, avvocato e notaio, Ascona
Agostino Guscetti, avvocato, Lugano
Rubino Mensch, lic. iur., avvocato e notaio, Lugano
Dr. Mario Pozzi, avvocato e notaio, Lugano
Argante Righetti, lic. iur., Bellinzona
Gustave Rossi, lic. iur., avvocato e notaio, Locarno
Giangiorgio Spiess, avvocato e notaio, Lugano
Dr. Mario A. Timbal, avvocato et notaio, Lugano

Waadt

Dr Alexandre Bonnard, Avocat, Lausanne
Dr Livio Borradori, Segretario, Pully
Dr Raymond Delachaux, Avocat, Lausanne
Dr Gustave Genillard, Avocat, Aigle
Dr Philippe Junod, Avocat, Lausanne
Dr Bruno Kistler, avocat, Lausanne
Dr Louis Klingler, Bundesgerichtssekretär, Lausanne
Mathias-Charles Krafft, lic. en droit, Lausanne
Dr Jean Luthy, avocat, Lausanne
Dr Michel Maillefer, avocat, Ballaigues VD
Dr Claude Narbel, avocat, Lausanne
Dr Claude Pache, avocat, Lausanne
Dr Bernard Pfeiffer, avocat, Vevey
Dr Henri Stanton-Sandoz, avocat, Lausanne

Dr Maurice Schmidt, Notaire, Lausanne
Dr Raphael von Werra, Bundesgerichtssekretär, Pully
Dr Ernst Zimmerli, avocat, Lausanne
Dr Jacques Zumstein, Notaire, Lausanne

Wallis

Jacques Allet, lic. iur., avocat et notaire, Sion
Pierre Antonioli, lic. en droit, avocat-notaire, Sion
Gaston Biderbost, lic. en droit, Sion
Philippe Chastellain, lic. en droit, avocat et notaire, Martigny
Bernard Couchepin, lic. en droit, avocat et notaire, Martigny
François Couchepin, lic. en droit, avocat et notaire, Martigny
Max Crittin, lic. en droit, avocat et notaire, Sion
Victor Dupuis, avocat et notaire, Martigny
Jean-Charles Haenni, lic. en droit, avocat et notaire, Sion
Joseph Maret, avocat et notaire, Sion
Jean Métry, lic. iur., avocat, Sion
Charles-André Mudry, lic. en droit, Montana
Dr. Kaspar von Stockalper, Advokat und Notar, Brig
Jean Zufferey, lic. iur., Avocat et notaire, Sierre

Neuenburg

Dr Jean-François Aubert, professeur à l'Université, Corcelles
Gaston Beuret-Moser, avocat, Neuchâtel
Hubert Donner, lic. iur., avocat, Auvernier
Jean-François Egli, lic. en droit, Président de tribunal,
La Chaux-de-Fonds
Jacques Meylan, lic. en droit, avocat et notaire, Neuchâtel
Dr André Perret, avocat et notaire, La Chaux-de-Fonds
Dr. Peter Renggli, Fürsprecher, La Chaux-de-Fonds
Pierre-André Rognon, lic. iur., avocat, La Chaux-de-Fonds

Genf

Philippe E. Courvoisier, lic. en droit, avocat, Genève
Georges Dainow, lic. en droit, avocat, Genève
Albert Dupont-Willemin, lic. en droit, avocat, Genève
René Dutoit, lic. en droit, avocat, Genève
Jacques Fulpius, lic. en droit, notaire, Genève
Pierre Greber, lic. en droit, Juge, Genève
Dr Liselotte Gurny, Fonctionnaire aux Nations Unies, Genève
Alain Hirsch, lic. en droit, avocat, Genève
Dr Bruno Keppeler, avocat, Genève
Dr Jean-Adrien Lachenal, avocat, Genève
Mathias Mayor, lic. en droit, avocat, Genève
René Merkt, lic. en droit, avocat, Genève

Georges de Montenach, lic. en droit, Genève
Max P. Moser, avocat, Genève
Gabriel C. Oltramare, lic. en droit, avocat, Genève
Joseph Starobinski, lic. en droit, avocat-stagiaire, Genève
Dr Pierre Volandré, avocat, Chêne-Bourg
Jean-Jacques Wiehr, lic. en droit, avocat, Genève
Bernard Willemin, lic. en droit, avocat, Genève
Dr Gérard Wyssa, avocat, Genève

Ausland

Dr Alain Berthoud, avocat-conseil, Paris

Ich heiße alle neuen Mitglieder willkommen und fordere Sie auf, aktiv mitzuwirken. Der Vorstand ist dankbar für Empfehlungen und Anregungen.

Die Totentafel weist folgende Namen auf:

Prof. Dr. MAX WAIBLINGER sprach noch am letztjährigen Juristentag in Lugano Worte des Gedenkens an seinen Lehrer Philipp Thormann und nahm in seiner gewohnten, lebhaften Weise an der Diskussion des strafprozessualen Verhandlungsgegenstandes teil. Am 27. Oktober 1960 wurde der rastlos Tätige von einer heimtückischen Krankheit plötzlich dahingerafft.

Max Waiblinger wuchs in seiner Vaterstadt Bern auf und absolvierte dort seine juristischen Studien, welche er mit dem bernischen Fürsprecherpatent und dem Doctor iuris abschloß. Seit 1928 Kammerschreiber des bernischen Obergerichtes, wurde er 1938 Staatsanwalt und habilitierte sich im folgenden Jahr an der Universität Bern für Strafrecht und Strafprozeßrecht. 1947 wählte ihn der Große Rat zum Generalprokurator des Kantons Bern. Im Herbst 1949 übernahm er als Nachfolger von Ernst Delaquis das Ordinariat für Strafrecht und Strafprozeß an der Universität Bern.

Das Schwergewicht der wissenschaftlichen Arbeit von Max Waiblinger lag auf dem Gebiet des Strafprozesses. 1937 erschien sein großer Kommentar zum bernischen Strafverfahren von 1928, der, auf völliger Beherrschung der Literatur und Rechtsprechung beruhend, zahllose Einzelfragen beantwortete und der Praxis in der Anwendung des neuen Gesetzes ein nie versagender, wegleitender Ratgeber wurde. 1941 stellte sich Waiblinger dem Schweizerischen Juristenverein zur Verfügung als Berichterstatter über «Die Weiterziehung von Strafsachen an das Bundesgericht nach Inkrafttreten des schweizerischen Strafgesetzbuches» (ZSR 60 1941 117a). Den Festschriften für H. F. Pfenninger und O. A. Germann steuerte er wertvolle Arbeiten über die Teilrechtskraft und die Wiederauf-

nahme des Verfahrens bei. Noch im Juni 1960 nahm er als Delegierter der Schweiz an einem Studienzyklus der UNO in Wien über den Schutz der Menschenrechte im Strafverfahren teil: eine Aufgabe, die er mit besonderer Freude erfüllte, hatte er sich doch stets mit letzter Entschiedenheit dafür eingesetzt, daß das Strafverfahren nicht nur rechtsstaatlich geregelt, sondern auch im Alltag der Strafrechtspflege tatsächlich rechtsstaatlich durchgeführt werde.

Neben seinen vielen prozessualen Veröffentlichungen hat Max Waiblinger nicht wenige strafrechtliche Arbeiten verfaßt, welche ihn als hervorragenden Dogmatiker erwiesen und die verschiedensten Probleme, den Grundsatz *nullum crimen sine lege* in der Berner Festschrift für den Schweizerischen Juristenverein 1955, die Hehlerei in der Hafter-Festgabe, die Rechtfertigungsgründe und anderes mehr behandelten. Er hielt an der Auffassung der klassischen Schule fest und wandte sich, weniger aus strafrechtlich dogmatischen Gründen als aus Sorge für den Rechtsstaat, gegen ein rein spezialpräventives Sanktionsrecht. Mit letzter Folgerichtigkeit entwickelte er das dem Strafgesetzbuch zugrunde liegende Schuldprinzip, wie vor allem seine Arbeiten über den Versuch zeigen. Sein «Bernisches Strafrecht» ist die einzige Gesamtdarstellung eines kantonalen Strafrechts mit Einschluß der Nebenerlasse.

Einem weiteren Kreis von Juristen wurde Waiblinger bekannt durch seine kritischen Berichte über die strafrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichtes, welche er jedes Jahr für die Zeitschrift des bernischen Juristenvereins schrieb. An der Rechtspflege durch das höchste Gericht stellte er höchste Anforderungen. Die Rolle eines Kritikers durfte übernehmen, wer, wie er, auch den eigenen Ansichten so kritisch gegenüberstand und sich nie scheute, von früheren Auffassungen, besserer Einsicht folgend, in aller Offenheit und Öffentlichkeit abzugehen. Nur das Bestreben, eine das Strafgesetzbuch und dessen Wertungen achtende Rechtsprechung zu fördern, bestimmte ihn. *Iustitia fundamentum regnum* war sein Leitsatz.

Es erstaunt nicht, daß Max Waiblinger auch mit gesetzgeberischen Aufgaben betraut wurde. Seine ausgedehnten, weit über das Strafrecht hinausreichenden, stets präsenten Kenntnisse und die immer wieder überraschende Fähigkeit, nach kurzem Überlegen zu einem Revisionsvorschlag Stellung zu nehmen und dann sogleich alle Folgerungen der vorgesehenen Regelung bis zu den abgelegenen Auswirkungen zu überblicken, ließen ihn als zur Mitwirkung an gesetzgeberischen Arbeiten geradezu prädestiniert erscheinen. Der Kanton Bern berief ihn in die Kommission zur Vorbereitung des Gesetzes über den Ausbau der Rechtspflege vom 10. Februar 1952. Der Bund versicherte sich seiner Mitarbeit in der Experten-

kommission für die Teilrevision des Strafgesetzbuches. Seine stets gründlich vorbereiteten Voten und Vorschläge, seine undoktrinäre Art, Neuerungen aufzunehmen und zu prüfen, seine Vertrautheit mit der Strafrechtspflege und dem Strafvollzug aller Landesteile, sein Verständnis für die Anliegen der Schweizer romanischer Zunge, ließen ihn zu einem führenden Mitglied der Kommission werden.

Außergewöhnliche Arbeitskraft, größte Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit, Fähigkeit zu scharfsinnigem dogmatischem Denken, verbunden mit der Rücksicht auf die Möglichkeiten der praktischen Strafrechtspflege zeichneten den Juristen Max Waiblinger aus. Im persönlichen Umgang war dieser grundgütige und so fröhliche Mensch zurückhaltend und bescheiden. Ohne viel Aufheben zu machen, hat er manchem Bedrängten selbstlos geholfen. Sein Leben folgte der alten Juristenregel: *honeste vivere, alterum non laedere, suum cuique tribuere.*

HANS SCHULTZ (Bern)

Dr. iur. et oec. publ. CARL MOSER-NEF. Mit dem am 26. März im 88. Altersjahr in St. Gallen verstorbenen Seniorenmitglied, Dr. Carl Moser-Nef hat unser Verein eine Persönlichkeit verloren, die gesamtschweizerische Bedeutung erlangte und lange Zeit regelmäßig an den Jahresversammlungen teilnahm.

Geboren am 1. Januar 1873 in Altstätten im Rheintal, besuchte er dort die Primarschule und nachher in St. Gallen das Gymnasium der Kantonsschule, in der gleichen Klasse mit seinem Freunde Hans Fehr, stark beeindruckt von den Historikern Dierauer und Götzinger. In seinen Studienjahren begeisterten ihn in München, Berlin und Leipzig seine Lehrer Brentano, Amira, Binding, Sohm, Wach, Treitschke und Gierke und in Bern seine Vorbilder Eugen Huber und Carl Hilty.

Nach Abschluß seiner Studien an der Universität Bern war er zuerst einige Jahre als Rechtsanwalt und Redaktor in seinem Heimatort Altstätten tätig. Nachher wurde er Sekretär des Bezirksamtes in St. Gallen. Damit begann seine strafrechtliche Praxis. Zwanzig Jahre lang (1903–1923) war er als geborener Untersuchungsrichter tätig, zeichnete sich als Kriminalist durch seinen praktischen, kritischen Verstand und Spürsinn aus, gütig gegen Zufallsdelinquenten, aber streng gegen unverbesserliche Schwerverbrecher. Mit unerschütterlicher Ruhe führte er seine Einvernahmen durch und in seinen Strafeinleitungsschriften und Aufhebungsanträgen wies er sich als überlegener Strafrechtskenner aus. Der sankt-gallischen Schutzaufsichtskommission und später dem Schutzaufsichtsverein mit der Fürsorge für entlassene Sträflinge gehörte er von Anfang an als maßgebendes Mitglied an. Bis zum Jahre 1923 war er Vorstand des Untersuchungsrichteramtes des Bezirks Sankt Gallen.

Dann gab Dr. Moser diesen Beruf auf, um sich als freier Forscher der Rechtsgeschichte zu widmen. Schon vorher hatte er ab und zu kleinere Publikationen auf diesem Gebiet verfaßt und im Historischen Verein und im Juristenverein St. Gallen, deren ständiges Mitglied er war, darüber Vorträge gehalten. Er war daher aufs beste darauf vorbereitet, im Jahre 1923 sein siebenbändiges Werk über die Rechtsgeschichte der Freien Reichsstadt und Republik Sankt Gallen in Angriff zu nehmen. Als Wissenschaftler arbeitete er dann jahrzehntelang an seinem Standardwerk mit eisernem Fleiß und Selbstdisziplin, einem Zugang zu den Rechtsquellen, Rechtsbüchern, Gesetzen, Verordnungen und über 300 Ratsprotokollen. In diesem Quellenwerk sind in den Fußnoten die einzelnen Rats- und Gerichtsentscheide mit genauem Datum und Seitenzahl minutiös zusammengestellt. Unterstützt wurde er in seiner Arbeit von seiner Ehefrau als Sekretärin. Als wissenschaftliche Anerkennung, hauptsächlich für den vierten Band über das Münz- und Finanzwesen, verlieh ihm die st. gallische Handelshochschule den Ehrendoktor der Wirtschaftswissenschaften und die Bürgergemeinde St. Gallen nach Abschluß des ganzen Werkes das Ehrenbürgerrecht. Von Herrn Prof. Ulrich Stutz in Berlin ist dem Werk in den Besprechungen der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, germ. Abt. Band 51 (1931) Seite 758 ff. und Band 55 (1935) Seite 489 vorbehaltlos Anerkennung zuteil geworden.

Nach Abschluß des Gesamtwerkes lag es dem Verfasser daran, weitere Forschungen auf diesem Gebiete zu fördern und neue Kräfte anzuregen. Zu diesem Zwecke stellte er dem Historischen Verein des Kantons St. Gallen den Moser-Nef-Fonds für rechtsgeschichtliche Arbeiten und der Universität Bern einen ebensolchen in generöser Weise zur Verfügung.

Der Verstorbene war allen Berufsgenossen ein freundlicher, hilfsbereiter Kollege und Freund, und im st. gallischen Juristenverein erfreute er bei fröhlichen Anlässen mit seinen humorvollsten Ansprachen. Bei deren Organisation stand er stets an erster Stelle. An der Hauptversammlung vom November 1960 war er zum letztenmal anwesend und nahm damit für alle ganz unerwartet Abschied.

OSKAR LUTZ (St. Gallen)

Dr. HERMANN BLASS. Am 24. Februar dieses Jahres ist alt Oberrichter Dr. Hermann Blass gestorben. Er wurde im Jahre 1874 geboren als Sproß eines Geschlechtes, das seit der Zeit des Burgunderkrieges in der Stadt Zürich verbürgert ist. Sein Leben war der zürcherischen Rechtspflege gewidmet, in deren Dienst er im Jahre 1899 eintrat als Substitut und bald als Gerichtsschreiber des Bezirksgerichtes Horgen. 1908 wurde er zum Obergerichtsschreiber

und 1916 zum Oberrichter gewählt. Als solcher gehörte er seit 1920 dem Handelsgericht an: von 1931 bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1941 war er dessen Präsident. Mehrere Jahre wirkte er in der Prüfungskommission für Rechtsanwaltkandidaten, zuerst als Mitglied, dann als Vorsitzender. Auch nachdem er sich für die Augen der Öffentlichkeit in den Ruhestand zurückgezogen hatte, blieb er mit dem Obergericht noch eine Reihe von Jahren als von diesem ernannter Ersatzmann verbunden; insbesondere bearbeitete er in dieser Zeit manchen großen Prozeß als Referent. Auch später nahm er gern an den geselligen Veranstaltungen des Obergerichtes teil.

Neben seiner amtlichen Tätigkeit betreute Herr Dr. Blass von 1915 bis 1946 die Redaktion der «Blätter für zürcherische Rechtsprechung». Er führte diese Sammlung gerichtlicher Entscheide im bewährten Sinn und in der bewährten Form seiner Vorgänger, der Oberrichter Schurter und Wächter, weiter und verstand es, die Gel tung und das Ansehen, die sich die Zeitschrift unter den früheren Redaktoren erworben hatte, zu mehren und zu festigen.

Der Verfasser dieses kurzen Nachrufes durfte als Sekretär des zürcherischen Handelsgerichtes sechs Jahre lang unter dem Präsidium des Herrn Dr. Blass arbeiten und ihn näher kennen und verehren lernen. Oberrichter Blass war eine stille, aber keineswegs weltfremde Gelehrtennatur. Er beherrschte die seiner Beurteilung anvertrauten Rechtsgebiete und Prozeßstoffe mit Überlegenheit. Er hatte eine besondere Gabe, in den Rechtsstreiten stets das Entscheidende zu erkennen und sowohl in den Beratungen und Urteilen des Gerichtes als in den Blättern für zürcherische Rechtsprechung in den Inhaltsangaben am Kopfe der abgedruckten Entscheide und in den gelegentlichen kritischen Bemerkungen zu solchen mit wenigen, treffenden Sätzen alles Notwendige zu sagen. Sein feingeschnittenes Antlitz war der Ausdruck eines feinen, gütingen Geistes. Mit Herrn Dr. Blass ist eine Richterpersönlichkeit im besten Sinne des Wortes dahingegangen.

ALBERT HEINRICH SIEBER (Zürich)

PIERRE CARTERET. Am 2. November 1960 verschied in Genf nach einem erfüllten Leben im 78. Altersjahr Maître Pierre Carteret, Nestor der Genfer Notare. In Genf geboren und aufgewachsen, erlangte er 1910 das Notariatspatent. Im gleichen Jahre trat er unserem Vereine bei, dem er also volle 50 Jahre angehört hatte. Ebenso lange übte er in seiner Vaterstadt den Beruf des Notars in gewissenhafter und erfolgreicher Weise aus.

H. CHAPPAZ. In Martigny (Wallis) verstarb am 13. Juli 1960 der angesehene Walliser Anwalt Maître Henri Chappaz im Alter von 72 Jahren. 1888 in Martigny geboren, dort und in Sitten (wo

sein Vater als Walliser Staatsrat amtete) aufgewachsen, studierte Chappaz die Rechte in Bern und Lausanne und erwarb 1911 das Notariats- sowie 1912 das Walliser Anwaltspatent. Während nahezu 50 Jahren führte er in Martigny mit Auszeichnung und mit großer Hingabe sein Advokaturbüro, dessen Klientenschaft sich bald über die Grenzen des Kantons Wallis hinaus erstreckte. Getragen vom Vertrauen und von der Wertschätzung seiner Kollegen, wurde ihm die Funktion eines Bâtonnier der Walliser Anwaltskammer übertragen. Tradition, Temperament und ein lebhaftes Interesse für alle das Gemeinwesen berührenden Fragen führten Chappaz zu politischer Wirksamkeit: Während 8 Jahren wirkte er im Gemeinderat der Stadt Martigny, während 25 Jahren im Walliser Großen Rat, zu dessen angesehensten Mitgliedern er gehörte. Der Walliser Rechtspflege diente er während Jahren als Ersatzrichter des Kantonsgerichtes. Daneben fand er Zeit zur Pflege seiner lebhaften literarischen, historischen und künstlerischen Interessen. Unserem Verein gehörte er während 30 Jahren an.

Dr. H. FRÖLICHER. Am 30. Januar 1961 entschließt in Bern 73-jährig Dr. Hans Frölicher, Bürger von Solothurn. 1887 in Zürich geboren und dort aufgewachsen, studierte er die Rechte in Deutschland, Bern und Zürich. Nach glänzendem Abschluß seiner Studien betätigte sich der junge Jurist zunächst als Anwalt, um im Jahre 1918 in den Dienst des Politischen Departementes einzutreten. 1930 wurde er zum Legationsrat bei der Gesandtschaft in Berlin ernannt. Einige Jahre später nach Bern zurückgekehrt, wurden ihm 1935 die Funktionen des Stellvertreters des Chefs der damaligen Abteilung für Auswärtiges übertragen. 1938 betraute der Bundesrat Dr. Frölicher mit dem überaus wichtigen und heiklen Posten des schweizerischen Gesandten in Berlin. Während 7 Jahren erfüllte er die überaus schwierige und undankbare Aufgabe, die schweizerischen Interessen wirksam gegenüber der Hybris der Machthaber des Dritten Reiches zu verteidigen und zu wahren. Die Art, wie Dr. Frölicher diese von ihm nicht gesuchte Aufgabe bewältigte, trug ihm die Anerkennung und Hochschätzung von Persönlichkeiten ein, die die Drangsal und den Zwiespalt jener Jahre persönlich an verantwortlicher Stelle erlebt hatten. Andererseits begegneten die Äußerungen und die Haltung des schweizerischen Vertreters im Dritten Reich auch heftiger Kritik, insbesondere nach Eröffnung und Auswertung der Archive des deutschen Auswärtigen Amtes nach Kriegsende. Dazu schrieb alt Minister Dr. E. Feisst in einem Freundeswort zum Gedenken an Dr. Frölicher unter anderem folgendes: «Er (Dr. Frölicher) wurde auch von seinem Land auf Posten gestellt und mit derart heiklen

Missionen betraut, die von vornherein den Keim schwersten Un-
danks und großer Verständnislosigkeit in sich schlossen. Er wußte
das und trug auch die heftige und meist doch überbordende, un-
sachliche Kritik mit der ihm eigenen Haltung und Würde. Das
durfte er füglich, denn er hatte das ruhige und gute Gewissen, den
allerschwersten diplomatischen Posten zwischen 1939 und 1945 im
Interesse und zum Vorteil seines Landes ausgefüllt zu haben.»
Nach 1945 diente Dr. Fröhlicher noch während 7 weiterer Jahre
als Vorsteher des Amtes für deutsche Interessenvertretung in der
Schweiz. Den Lebensabend verlebte er auf seinem Landsitz
«Schlößli» bei Konolfingen (Bern), tief verbunden mit dem Bern-
biet und mit der bäuerlichen Umwelt seiner Wahlheimat. Unserem
Verein gehörte der Verstorbene während 22 Jahren an.

Dr. ALBERTO GIANELLA. In den ersten Tagen des Jahres 1961
wurde in Locarno Dr. Alberto Gianella in den besten Mannesjahren
von einer heimtückischen Krankheit dahingerafft. In Locarno auf-
gewachsen, lag Gianella dem Studium der Rechte im In- und Aus-
lande ob. Nach Erlangung des Doktorates kehrte er nach Locarno
zurück, wo er zunächst im Büro von Advokat G. B. Rusca arbei-
tete. Alsdann eröffnete er ein eigenes Advokatur- und Notariats-
büro in Locarno. Der vielseitig gebildete und interessierte Jurist
diente seiner Heimatstadt als Mitglied des Gemeindepalmentes
sowie der Exekutive der Stadt Locarno. Unserem Verein gehörte
er während 20 Jahren an.

Dr. WALTER HAERTSCH. In den ersten Tagen des Jahres 1961
verschied in Lausanne nach langer Leidenszeit im Alter von 71
Jahren Dr. Walter Haertsch. Aus St. Gallen gebürtig und dort auf-
gewachsen, schloß Walter Haertsch seine juristischen Studien in
Bern ab, um alsdann in das Advokaturbüro seines Vaters in
St. Gallen einzutreten, welches er bis 1943 weiterführte. In diesem
Jahre wählte ihn der sanktgallische Große Rat zum Ersten Staats-
anwalt des Kantons St. Gallen. Er versah dieses verantwortungs-
volle Amt mit Auszeichnung bis Ende 1954. In früheren Jahren
diente Dr. Haertsch der Öffentlichkeit auch als Mitglied des Ge-
meinderates St. Gallen, welchen er umsichtig präsidierte. Während
weiterer 9 Jahre widmete er sich im Schulrat St. Gallen dem
städtischen Schulwesen. Die Jahre des Ruhestandes verlebte Dr.
Haertsch in Lausanne. Unserem Verein hatte er während voller
40 Jahre angehört.

JEAN HIRSCH. Im Jahre 1960 ist in Genf, erst 56jährig, von
Richtern und Anwälten gleichermaßen betrauert, Maître Jean
Hirsch verschieden. Nach dem Studium in seiner Geburtsstadt

Genf trat er im Jahre 1927 in das Advokaturbüro von Louis Willemin ein. Der Verbindung «Stella» blieb er treu verbunden und traf sich bis zu seinem Tode allmonatlich mit Ehemaligen, um die Kolloquien der Studienzeit wiederaufzunehmen, fortzusetzen und mit den Erfahrungen der Jahre zu vertiefen. 1937 verassoziierte er sich mit Maître Jacopin, der ein Jahr später starb und ihn allein an der Spitze seines Advokaturbüros ließ. Obwohl Maître Hirsch vor allem mit finanziellen Geschäften befaßt wurde, widmete er sich oft, und immer mit Zähigkeit und wacher Intelligenz, auch Fällen des Justizrechtes. Maître Jean Hirsch genoß unter seinen Kollegen wegen seiner für seine Person geübten Zurückhaltung und seines geraden Wesens hohe Achtung. Er setzte sich für seine Klienten mit Generosität ein und gab, wenn er sich für die Übernahme eines Mandates entschied, immer auch ein Stück seines Herzens. Er gehörte dem Schweizerischen Juristenverein seit dem Jahre 1948 an.

Dr. WERNER E. ITEN. Der kurz vor Weihnachten 1960 im Alter von 71 Jahren in Zug verstorbene Rechtsanwalt Dr. Werner E. Iten hatte nach Abschluß seines Rechtsstudiums zunächst im diplomatischen Dienst an der schweizerischen Gesandtschaft in London gearbeitet. In seine zugerische Heimat zurückgekehrt, eröffnete er in Zug eine eigene Anwaltspraxis, die sich schön entwickelte. Er übernahm das Sekretariat und später das Präsidium des Vereins schweizerischer Metallwarenfabrikanten. Überdies lieh er seine juristischen und organisatorischen Fähigkeiten auch weiteren industriellen und kaufmännischen Unternehmungen. Besondere Verdienste erwarb sich Dr. Iten um die Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Zug, deren Vorstand er während 40, davon 29 Jahre als Präsident, vorstand. Unser Verein zählt ihn seit 1946 zu seinen Mitgliedern.

Dr. JOSEPH KUGLER. Am 2. April 1961 wurde in Meilen Dr. Joseph Kugler in seinem 74. Lebensjahr heimgerufen. Er hatte während Jahren in Davos ein Anwaltsbüro geführt und seine Arbeitskraft an verschiedenen wirtschaftlichen Unternehmungen seiner Wahlheimat Davos zur Verfügung gestellt. Unserem Vereine war er 1952 beigetreten.

Dr. H. METTLER. Noch nicht 50jährig, wurde am 20. September 1960 in Zürich Dr. Hans Mettler-Lavater auf der Höhe seines Schaffens seiner Familie und einem großen Freundeskreis entrissen. Am 11. September 1911 in seiner Vaterstadt St. Gallen geboren, durchlief Hans Mettler die dortigen Schulen bis zur Maturität, um sich dann in Zürich, Bonn, Genf, Berlin und Paris dem Studium

der Rechte zuzuwenden, das er mit einer Dissertation über Fragen des Clearingrechtes abschloß. Schon frühe wandte sich das Interesse des jungen Juristen dem Bankwesen zu. Nach Jahren der Praxis im In- und Auslande war er zunächst in der Schweizerischen Kreditanstalt und seit 1950 als Teilhaber des Privatbankgeschäftes Dr. E. Friedrich tätig. In seinem Wirken als Banquier kam ihm seine am Recht geschulte Objektivität und sein klares, unbeirrbares Urteil sehr zustatten. Zeugnis dafür ist seine Schrift «1960–1970 aus der Perspektive des Banquiers». Unserem Verein war der allzufrüh Verstorbene schon in jungen Jahren, 1936, beigetreten.

J. MINET. Am 17. April 1961 verstarb erst 52jährig in Lausanne Maître John-Pierre Minet. In Echallens geboren, besuchte er die Schulen in Lausanne, wo er auch dem Rechtsstudium oblag, das er mit einer Dissertation über den Wohnsitz der verheirateten Frau abschloß. Ursprünglich französischer Herkunft, ließ er sich 1936 naturalisieren. 1939 eröffnete er in Lausanne seine eigene Advokatur, die der vielseitig gebildete und geistreiche Jurist umsichtig und erfolgreich bis zu seinem Tode führte. Unserem Verein ist er 1947 beigetreten.

JEAN PONCET. In Genf verschied in der Frühe des 4. August 1961 im Alter von 66 Jahren Maître Jean Poncet. 1895 in Genf geboren und aufgewachsen, absolvierte er das Rechtsstudium an der Universität Genf, um sofort nach dessen Abschluß in die Advokatur überzutreten. 1920 bereits eröffnete er ein eigenes Büro, das er im Vereine mit befähigten Associés zu schönem Ansehen und zur Blüte brachte. In einer schwierigen Zeit für die Genfer Anwaltsschaft übertrugen ihm seine Kollegen das Amt des Bâtonnier der Genfer Anwaltskammer, eine Aufgabe, die er mit derselben Gewissenhaftigkeit und demselben Takt bewältigte, die seine Arbeitsweise auszeichneten. Im politischen Bereich war Maître Poncet seit 1924, also während 37 Jahren, ein in finanziellen Fragen versiertes Mitglied des Genfer Großen Rates, den er 1955 mit Auszeichnung präsidierte. Unserem Verein gehörte er seit 1948 an.

Dr. PAUL REINERT. Am 30. Mai 1961 verstarb Dr. Paul Reinert in seiner Heimatstadt Solothurn, in der er aufgewachsen war und zeitlebens gewirkt hatte. 1884 geboren, eröffnete er 1912, nach Abschluß seiner Studien an der Universität Bern, ein Anwaltsbüro. Im gleichen Jahr trat er dem Juristenverein bei. Der Verstorbene war ein gewandter und gesuchter Anwalt. Sein Verständnis für wirtschaftliche Fragen verschaffte ihm namentlich das Vertrauen industrieller Kreise. Er selber war in der Verwaltung mehrerer Unternehmen und in der Lokalkommission der Schweizerischen Volks-

bank in Solothurn führend tätig. Erst die Gebrechen des Alters zwangen den Rastlosen zur Ruhe.

Dr. HANS ROHR. Am 7. Juni 1961 starb in seiner Vaterstadt Brugg alt Oberrichter Dr. Hans Rohr in seinem 80. Lebensjahr. Geboren 1882 in Brugg, durchlief er die dortigen Schulen und das Gymnasium in Aarau, um sich alsdann in Basel dem Studium der Rechte zuzuwenden, das er mit der Doktorpromotion und dem aargauischen Fürsprechexamen abschloß. 1907 wurde er zum aargauischen Obergerichtsschreiber und Handelsgerichtsschreiber gewählt. Bereits 1909 trat der insbesondere dem öffentlichen Recht zugetane Jurist unserem Vereine bei. Ende 1915 wählte ihn der aargauische Große Rat zum Mitglied des Obergerichtes und zum juristischen Mitglied des Handelsgerichtes. Während 34 Jahren amtete er als scharfsinniger und äußerst gewissenhafter Richter. Dr. Rohr war auch Mitglied und Präsident der aargauischen Anwaltsprüfungskommission, wo er sich ebenfalls für die vermehrte Pflege des öffentlichen Rechtes einsetzte. Seit 1949 lebte er im Ruhestande in Brugg.

Dr. RUDOLF STÄNZ. Mitte Mai 1961 verstarb kurz nach Vollsung des 59. Altersjahres in seiner Vaterstadt Aarau Dr. Rudolf Stänz. In Aarau aufgewachsen und geschult, studierte er in Zürich, Heidelberg, Berlin und Rom die Rechte, um in Zürich bei Prof. Fleiner mit einer gründlichen Dissertation über das Thema «Die Parität im Kanton Aargau» zu doktorieren. Mit Ausnahme der Jahre des Zweiten Weltkrieges, während denen er in der kriegswirtschaftlichen Strafrechtspflege in Bern tätig war, fand er in Aarau sein Arbeitsfeld, in den letzten 15 Jahren als selbständiger Anwalt. Der gewissenhafte Jurist, der unserem Verein während 19 Jahren angehört hatte, war aber auch im Bereich des dichterischen Wortes und der Musik in außergewöhnlichem Maße zuständig. So erstreckte sich sein Interesse und sein Wirken auch auf literarisches und kunsthistorisches Schaffen.

Dr. ERNST EMIL STEINER. Am 29. Juni 1961 verschied in Zürich in seinem 60. Lebensjahr Rechtsanwalt Dr. Ernst Emil Steiner. Nach dem Besuch des Literargymnasiums in seiner Vaterstadt studierte er die Rechte an den Universitäten Berlin und Zürich; an der letztern promovierte er 1925 mit der Dissertation über die «Börsenschiedsgerichtsbarkeit». Nach weiterer Ausbildung und praktischer Tätigkeit in England und Genf bestand er 1927 in Zürich das Anwaltsexamen. Darauf war er zunächst als Rechtskonsulent bei einer Versicherungsgesellschaft tätig, um dann 1931 in das Advokaturbüro von Dr. Erwin Cramer, dem damaligen

Nestor des Zürcher Baurechtes, einzutreten. Später verband er sich mit Dr. Hans Stockar und führte seither ununterbrochen ein angesehenes Anwaltsbüro. Einer der gesuchtesten Anwälte des Immobilienrechtes, war er doch nicht nur Spezialist. Er betreute mit Erfolg Fragen des Handels- und Gesellschaftsrechtes. Er wurde von zahlreichen Klienten, von privaten und halböffentlichen Institutionen als ständiger Berater und Vertreter in Vermögensfragen beigezogen. Dr. Ernst Emil Steiner wurde in ausgesprochen umfassender Weise seiner Aufgabe als Anwalt gerecht, wobei ihm sein scharfer Verstand, sein klares praktisches Denken, sein Sinn für die wirtschaftlichen Zusammenhänge behilflich waren. Allzufrüh wurde er seinem Wirkungskreis entrissen. Unserem Verein trat er 1939 bei.

Ausgetreten sind seit dem Juristentag 1960:

Lucien Fischer, avocat, Genève
Edouard Krafft, avocat, Lausanne
Adrien Lachenal, avocat, Genève
Dr. Ernst Meyer-Brügger, Rechtsanwalt, Zürich
Johann Niklaus, Notar, Bern
Dr. Franz Schmid, Fürsprecher, Altdorf

Im Berichtsjahr haben das 50. Jahr ihrer Mitgliedschaft vollendet:

Herr Dr. Otto Gröner, Rechtsanwalt, Zürich
Herr Jost Köpfli, Rechtsanwalt, Zürich
Herr Dr. Hans Schmid, alt Oberrichter, Zürich

Während 60 Jahren gehörten dem Verein an:

Herr Dr. Ernst Brand, Pully,
Herr Dr. Fritz Trüssel, Bern.

Herr alt Handelsgerichtspräsident Dr. Hermann Becker, St. Gallen, und Herr Professor Dr. Hans Fehr, Bern, traten dem Verein im Jahre 1900 bei, Herr Dr. Hans Dietler, Castagnola, schon im Jahre 1898.

Der Verein dankt allen diesen Herren herzlich für ihr stetes Teilnehmen.

Zu entschuldigen für die heutige Tagung haben wir: Herrn Bundesrat LUDWIG VON Moos, Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, der er-

krankt ist, Herrn alt Bundesrat Dr. MAX PETITPIERRE, der im Ausland weilt, die Herren Prof. Dr. JEAN GRAVEN, Prof. Dr. ERWIN FREY und Prof. Dr. VITAL SCHWANDER, die am internationalen Strafrechtskongreß in Lissabon mitwirken; Herr Dekan Prof. FREY hat seinen Aufenthalt in Lissabon eigens für unsere heutige Vormittagssitzung unterbrochen, um dem Verein die Festschrift der Zürcher Fakultät überreichen zu können; Herrn PD Dr. DIETRICH SCHINDLER, der zur Zeit in Ann Arbor an der University of Michigan tätig ist, Herrn Nationalrat Dr. BOESCH, der an einem interparlamentarischen Kongreß in Brüssel teilnimmt, und Herrn Dr. h.c. BENIGNE MENTHA, Mitglied des Nationalen Forschungsrates. Grüße aus Salerno entbietet unser langjähriges Mitglied Dr. RAOUL HUGUENIN.

Entschuldigt haben sich ferner die Mitglieder Regierungsrat Dr. ROBERT ZUMBÜHL, Zürich, ERNST und PAUL BERGER, notaires, Lausanne, und Generaldirektor Dr. SCHNEEBELLI, Schaffhausen.

Der Vorstand hat für die Behandlung der laufenden Geschäfte vier Sitzungen abgehalten. Daneben wurden eine Reihe Vorstandsbeschlüsse auf dem Zirkulationswege gefaßt. Ich danke meinen Kollegen im Vorstand für ihre Mitarbeit.

Die Frist für die Ablieferung der Preisaufgabe für 1961 über das Thema «Aufgabe und Rechtsstellung der endgültig entscheidenden eidgenössischen Rekurskommissionen» ist am 1. Juni leider unbenutzt abgelaufen. Die vor einem Jahr gemachte Feststellung drängt sich von neuem auf, daß die beschleunigte Beanspruchung junger Juristen im Erwerbsleben die Bereitschaft hindert, sich an die Bearbeitung von Preisaufgaben zu wagen, obwohl durch eine Erhöhung der für Preise zur Verfügung stehenden Summen und durch eine frühzeitigere Bekanntgabe der Themen die Teilnahme an den Wettbewerben erleichtert würde. Es müßte beklagt werden, wenn diese juristischen Arbeiten des wissenschaftlichen Wettbewerbes infolge der überhitzten, kranken Luft

der Konjunktur mit der zu raschen Wegwerbung junger Begabungen wegfielen.

Für das Jahr 1962 ist als Thema ausgeschrieben: «Der Fahrlässigkeitsbegriff in den Straftatbeständen des Straßenverkehrsgesetzes».

Für das Jahr 1963 lautet das Thema: «Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, aktienrechtlich und steuerrechtlich».

Machen Sie junge Mitarbeiter auf die Möglichkeit der Erprobung ihres Könnens aufmerksam.

Am 29. Dezember 1960 hat Herr Bundesrat von Moos den Präsidenten und Vizepräsidenten des Vereins im Bundeshaus zu einer Besprechung empfangen, an der die Bereitschaft des Vereins bestätigt wurde, die Themenwahl der Juristentage, wenn dies geboten scheint, auf die Bedürfnisse des Gesetzgebers tunlichst auszurichten.

Ein Schreiben der Université libre de Bruxelles und des dortigen Centre d'histoire et d'éthnologie juridique, mit dem eine Commission internationale d'histoire du droit et des institutions ins Leben gerufen wurde, ist an die Dekane unserer juristischen Fakultäten weitergeleitet worden.

Im Juni dieses Jahres fand in Wien der erste österreichische Juristentag statt, nachdem bis in die Vorkriegsjahre die österreichischen Juristen mit den deutschen Juristen im Deutschen Juristentag verschmolzen gewesen waren. Unser Verein war an der österreichischen Eröffnungs tagung durch Herrn Bundesrichter Dr. GIOVANOLI vertreten.

V.

Der Bericht von Herrn Bundesrichter Dr. PANCHAUD, Präsident der Kommission für die Schweizerische Landesausstellung 1964 in Lausanne, liegt gedruckt vor. Er lautet folgendermaßen:

La tâche de notre commission était avant tout une tâche d'information: que sera l'Exposition de 1964? comment les aspects de la

vie nationale d'aujourd'hui et de demain y trouveront-ils leur expression? quelle place sera faite à la culture et à la pensée? sous quelle forme et par quels moyens les exposants s'adresseront-ils aux visiteurs? A cet effet, notre commission n'a pas manqué de créer et d'entretenir un étroit contact avec les dirigeants de l'Exposition et avec ses comités. Deux secteurs ont retenu principalement notre attention: dans la partie générale, les institutions politiques; dans la partie spéciale, la communauté humaine. A ce seul secteur de la communauté humaine sont déjà intéressés une soixantaine de groupements suisses, d'intérêt public et de culture intellectuelle. Mais, à l'heure actuelle, deux ans avant la réalisation, tous les projets esquissés sont toujours en pleine évolution et transformation. De sorte que notre commission n'a pas encore une vue nette de ce qui sera, en réalité, l'objet de l'Exposition sur les points qui l'intéressent. Nous pensons être mieux fixés d'ici peu de temps. Une chose est certaine: l'Exposition sera une œuvre collective. De sorte que ceux qui ont à s'exprimer, par exemple dans le secteur de la communauté humaine, ne pourront le faire que par un message commun, donné avec d'autres interprètes des impératifs de la solidarité nationale.

La deuxième tâche de notre commission devait être une prise de conscience. Pour pouvoir répondre, le cas échéant, aux interrogations des responsables de l'Exposition, nous avions à faire quelque clarté sur des questions essentielles: quelles sont pour nous les valeurs fondamentales du droit, spécialement en Suisse? quelles sont les grandes idées qui ont animé les juristes d'hier, qui sont encore vivantes aujourd'hui et, surtout, qui ont leur rôle à remplir pour que vive et rayonne la Suisse de demain? Notre commission a provoqué à ce sujet des discussions dans son sein et elle a sollicité divers avis. Ce travail n'est pas entièrement achevé.

Enfin une troisième tâche s'est imposée à la commission. Pour le cas où les juristes suisses ne pourraient pas se faire entendre convenablement par l'Exposition elle-même, on nous a demandé si l'occasion ne leur serait pas fournie de s'exprimer, en 1964, par une publication sous un slogan comme celui-ci: «Les juristes face à la Suisse de demain.» Au moment où notre Société se penche sur son passé, sans pouvoir ignorer l'avenir, la question est particulièrement opportune. A cet égard encore, la commission a provoqué une étude préliminaire quant au contenu d'une telle publication, quant à sa diffusion possible et quant à son aspect financier; cette étude est en cours.

Bien entendu, la commission pour l'Exposition nationale n'a pas eu de décisions à prendre. Et elle n'a pas de résolution à proposer à la présente assemblée. Organe d'information, de recherche et

d'étude, elle va incessamment présenter au Comité de la Société suisse des juristes les premiers résultats de ses travaux. Et c'est aux organes réguliers de la Société qu'il appartiendra d'envisager, le moment venu, les décisions les plus sages et inspirées de l'idéal qui est le nôtre.

Le président de la commission,
PANCHAUD

Dieser Bericht wird ohne Diskussion genehmigt.

VI.

Der Quästor des Vereins, Maître EDMOND MARTIN-ACHARD, erläutert folgende an die Versammlungsteilnehmer gedruckt verteilte Jahresrechnung:

*Comptes de l'exercice 1960/61 – I. Fonds général**Bilan au 30 juin 1961*

Actif	Fr.
Caisse	639.85
Chèques postaux	39 946.09
Banque Cantonale Vaudoise	5 146.40
Impôt anticipé	13.58
Fonds Dr Janggen	1 000.—
Titres	6 713.—
	<u>53 458.92</u>

Passif

Capital au 30 juin 1960	Fr. 36 740.19
Bénéfice 1960/61	2 827.03
	<u>39 567.22</u>
moins extinction du compte «Ex- cédent des dépenses à amortir» au 1 ^{er} juillet 1961	7 718.30
Capital au 30 juin 1961	31 848.92
Différence évaluation des titres	31 848.92
report 1959/60	45.—
augmentation 1960/61	68.—
	<u>113.—</u>
Fonds Spécial	8 461.35
Fournisseurs et frais à payer	3 035.65
Avance du Fonds National pour frais de rapporteurs 1961	10 000.—
	<u>53 458.92</u>

*Compte de Pertes et Profits au 30 juin 1961***Produits****Fr.**

Cotisations	31 850.—
Revenus des titres	155.70
Intérêts bancaires	50.29
Ventes de publications	898.—
Contribution de la Revue de droit suisse	1 600.—
Part Fonds Janggen (Concours)	500.—
Subvention Fonds National, frais impression rapports 1960	11 000.—
	<hr/>
	46 053.99

Dépenses

Remboursement au Fonds National	1 935.65
Imprimés divers (papiers, enveloppes)	1 405.50
Factures rapports et procès-verbal 1960	23 178.95
Bibliographie juridique suisse.	1 768.—
Frais circulaires	1 611.—
Frais assemblée générale 1960:	
– frais rapporteurs	4 200.30
– convocations, invitations.	2 439.70
Frais Commission de la recherche scientifique (Exposition nationale 1964)	348.40
Indemnités, débours et frais de commission	3 453.10
Prix aux auteurs de travaux de concours	1 500.—
Frais de banque	15.66
Impôts	20.70
Honoraires secrétariat, comptabilité, etc..	1 350.—
Bénéfice de l'exercice 1960/61	2 827.03
	<hr/>
	46 053.99

*II. Fonds pour la publication des sources du droit suisse**Compte de Pertes et Profits au 30 juin 1961*

Produits	Fr.
Ventes de publications	2 063.40
Revenus des titres	1 874.20
Intérêts bancaires	642.18
Subvention fédérale 1960, versée à Sauerländer & Co.	800.—
Subvention Fonds National do.	3 000.—
Transfert de la Provision pour Publications	30 217.—
	<u>38 596.78</u>

Charges

Frais bancaires	74.49
Frais d'édition Source du Droit «Das Stadtrecht von Bern VI»	28 167.—
Frais commission sources du droit	396.45
Honoraires Source du Droit	5 850.—
Bénéfice de l'exercice	4 108.84
	<u>38 596.78</u>

*Bilan au 30 juin 1961**Actif*

Banque Cantonale Vaudoise	51 400.30
Titres	78 921.—
Fonds Général	8 461.35
Impôt anticipé	173.39
Sauerländer & Co.	2 863.40
	<u>141 819.44</u>

Passif

Capital report 1959/60	Fr. 134 124.40
+ bénéfice 1960/61	Fr. 4 108.84
	<u>138 233.24</u>
Provision pour Publications	
report 1959/60	Fr. 33 291.20
subventions 1960/61 Fr. 3 800.—	
paiements 1960/61 Fr. 34 017.—	30 217.—
	3 074.20
Différence évaluation des titres	
report 1959/60	Fr. 246.—
augmentation 1960/61 Fr. 306.—	
- différence sur rem-	
boursement Fédéral 1932 Fr. 40.—	266.—
	512.—
	<u>141 819.44</u>

*III. Fonds du Dr Arnold Janggen**Compte de Pertes et Profits au 30 juin 1961*

Produits	Fr.
Revenus des titres	476.—
Intérêts bancaires	49.17
	<hr/>
	525.17

Charges

Frais bancaires	22.89
Bonification Fonds Général – part aux prix	500.—
Bénéfice de l'exercice	2.28
	<hr/>
	525.17

*Bilan au 30 juin 1961**Actif*

Banque Cantonale Vaudoise	5 272.—
Impôt anticipé	13.28
Titres	20 684.—
	<hr/>
	25 969.28

Passif

Capital report 1959/60	Fr. 24 663.—
+ bénéfice 1960/61	Fr. 2.28
	<hr/>
Différence s/évaluation des titres	
report 1959/60	Fr. 190.—
augmentation 1960/61	Fr. 114.—
	<hr/>
Frais à payer	1 000.—
	<hr/>
	25 969.28

Budget pour l'exercice 1961/62

Recettes	Fr.
Cotisations	35 000.—
Augmentation extraordinaire cotisations pour l'ouvrage du Prof. Fritzsche	10 000.—
Donations pour l'ouvrage du Prof. Fritzsche	25 000.—
Revenus divers:	
a) revenus des titres	150.—
b) intérêts bancaires	50.—
c) remboursement impôt anticipé	100.—
d) vente de publications	1 000.—
Part de la Revue de droit suisse	1 600.—
Part Fonds Janggen (concours)	500.—
Subvention du Fonds National de la recherche scientifique pour l'impression rapports 1961	11 000.—
Total	84 400.—

Dépenses

Frais pour l'ouvrage du Prof. Fritzsche et relevé chronologique 1861–1961	40 000.—
Impression rapports 1961	16 000.—
Procès-verbal assemblée générale 1961	4 500.—
Bibliographie juridique suisse	2 000.—
Réserve pour Concours	1 500.—
Frais assemblée générale 1961	
a) Convocations, invitations, etc.	5 000.—
b) Actes nomination membres honoraires	1 000.—
Frais pour séance du Comité	1 400.—
Commission Exposition nationale 1964	1 500.—
Autres commissions et représentations	2 000.—
Circulaires et imprimés divers (papiers, enveloppes) .	3 000.—
Secrétariat et comptabilité	2 000.—
Ports divers, téléphones	2 000.—
Frais de banque	20.—
Impôts	400.—
Bénéfice	2 080.—
Total	84 400.—

Auf Antrag der Rechnungsrevisoren wird die Jahresrechnung diskussionslos genehmigt.

VII.

Zur Festsetzung des Jahresbeitrages teilt Präsident Dr. GUBLER folgendes mit:

Dank hochherzigen Spenden privater Unternehmungen und Stiftungen ist es möglich, die Ausgaben für das schöne Werk von Herrn Prof. FRITZSCHE, das Sie aus Anlaß des Centenariums erhalten haben, aus der laufenden Rechnung zu decken, vorausgesetzt, daß Sie dem in der Einladung zur heutigen Generalversammlung bereits angekündigten Antrag zustimmen, den Mitgliederbeitrag einmalig und außerordentlicherweise um Fr. 5.— zu erhöhen. Dabei wären dann auch die besonderen Kosten gedeckt, die dadurch erwachsen sind, daß der Verein auch bei der Herausgabe dieser von Herrn Prof. Fritzsche geschriebenen hundertjährigen Geschichte das föderalistische Prinzip der Zweisprachigkeit voll und ganz durchgeführt hat.

Die Versammlung beschließt mit großem Mehr, den Jahresbeitrag für das am 30. Juni 1962 ablaufende Geschäftsjahr 1961/62 auf Fr. 18.— festzusetzen und einen einmaligen Zuschlag zu diesem Jahresbeitrag von Fr. 5.— zu erheben.

VIII.

Die bisherigen Rechnungsrevisoren, Dr. JOHN OCHSÉ, Basel, und MAÎTRE PHILIBERT LACROIX, Genf, werden einstimmig für das Geschäftsjahr 1961/62 in ihrem Amte bestätigt.

IX.

Der Präsident richtet sodann folgende persönlichen Worte an die Versammlung:

Meine Damen und Herren, 1914 und 1915 fielen die Juristentage aus. Es war Krieg, rund um unser Land herum. 1916 trafen sich die Juristen für einen Tag in Olten. Der große Staatsrechtlehrer WALTHER BURCKHARDT präsidierte. Die «ernste Kriegsstimmung» bestimmte den Ton seiner

Rede. Er sprach vom «Unbehagen über die Konzentration der Staatsgewalt in den Händen der Bundessexekutive», das wir als Bürger eines demokratischen Staates empfänden. Wohl uns, wenn wir, umwittert von totalen Gefahren, heute und morgen davon zu reden noch die physische und geistige Freiheit besitzen. Vor einem halben Jahrhundert, als der erste Weltkrieg ausbrach, nannte man die Zeit dunkel. Seit-her haben sich radikalere, grausamere Perspektiven, Stufe um Stufe, abzuzeichnen begonnen. Bedenkt man die exi- stentielle Alternative, die uns ohne Wahl und ohne Möglich- keit, die Kinder zu schützen, vor den erschrockenen Augen steht, scheint uns das Notrecht für den Fall des Krieges eine einleuchtende, fraglose Notwendigkeit zu sein. Das Un- behagen, das unsere Herzen heute mit schwarzen Ahnungen schwer macht und nur Hoffnungen zuläßt, die nirgends Halt und allein im Lebenswillen Nahrung finden, ist anderer Art als damals. 1917 sagte Burckhardt «Der Trost für das unsägliche Leiden», das die Völker schlug, liege im Ge- danken, daß «dieser Krieg – der erste Weltkrieg – der letzte sein werde». Er hoffte auf eine allgemeine Regelung des Völ- kerrechtes. 1920 speiste sich diese edle und doch trügerische Sehnsucht im Aufbau des Völkerbundes, dem die Schweiz beitrat. Auf die politische Konstellation in den dreißiger Jahren und die Vorgänge in Italien und in Deutschland, die über die Grenzen zu uns, osmotisch, seuchenmäßig hinüber- wirkten, antwortete dann in besonderer Weise der Juristen- tag in Schaffhausen 1931. WALTHER BURCKHARDT und DIET- RICH SCHINDLER fällten, in unruhiger Stunde, auf dem Fundament rechtsphilosophischer Deduktion, das dem schweizerischen Standort gemäße Urteil über das erdbeben- haft erschütterte Grundverhältnis von Staat und Recht.

Jedoch schon 1939 fiel der Juristentag wieder aus. Wie- derum brandete der Krieg an den Grenzen. Die EGGERSCHE Bekenntnisschrift über die Rechtsethik im schweizerischen Zivilgesetzbuch, dem geplanten schweizerischen Juristen- tag 1939 zugedacht, wurde dann den Studenten, die drau- ßen standen und Wache hielten, gewidmet.

1940 eröffnete PLINIO BOLLA den 74. Juristentag, mit ernster Gewissensforschung.

1943 in Freiburg befaßte sich SIMONIUS von neuem mit dem Notrecht, das sittlich gerechtfertigt sei, aber mangelhaft in der Form.

1944, in St. Gallen, erklärte SCHÖNENBERGER feierlich: «Ich wüßte nicht mit welchen Verdiensten wir das nie verlorene und daher unmeßbare Glück des Friedens verdient hätten». 1945 mahnte er richterlich in Baden: «Der Wille zum Recht ist das Entscheidende im Verhalten unter den Einzelnen, im Staatswesen, in den internationalen Beziehungen».

Die allzu knappen Stichworte scheinen mir immerhin geeignet, den bangen Gefühlen, die unsere Jubiläumsfeier atmosphärisch umhüllen, Erinnerungspunkte zu geben. Niemand konnte in den letzten Wochen sagen, ob man die Zusammenkunft absagen müsse. Die täglichen Nachrichten hören wir ratlos und niedergeschlagen. Wir wissen um die Schwachheit des Rechts und glauben um so tiefer an seine Unverlierbarkeit. Wir konstatieren die Akte der Gewalt und Gewalttätigkeit auf dem Erdball und kämpfen gegen das um sich greifende Fieber des Zweifels.

Die Malerei ist immer ein unmißverständlicher Ausdruck der Epoche, die sie hervorbringt. Die Malerei unseres Zeitalters, aus der der Mensch verbannt und in der der Gegenstand aufgelöst wurde, in der das Linienskelett und die psychologische Pulverisierung der menschlichen, irdischen Realität als moderner Totentanz, oft fürs Auge ein ästhetischer Genuß, wie ein prophetischer Spuk erscheint, übernahm schon lange die Rolle eines Wetterleuchtens am Horizont. Die Voraussagen größter Geister, Goethes, Jacob Burckhardts, Hofmannsthals, des Spaniers Ortega y Gasset, erhalten Jahr um Jahr eine ungeheuerlichere Aktualität. In solche Lage fällt unser Jubiläum. Es wäre nicht gut, darüber blind hinwegzugehen, auch wenn es uns nicht zu kommt, über den Widerspruch zwischen unserem Willen nach Frieden und gerechter Ordnung und der absoluten Machtlosigkeit im Weltgeschehen zu klagen.

Der Schweizerische Juristenverein hat sich drei Hauptaufgaben gestellt.

1. Das Hauptziel, das seine Gründer ihm setzten, ist erreicht. Jene Rechtsmaterien, die sich im föderalistischen Bundesstaat zur Vereinheitlichung eigneten, sind unifiziert worden.

2. Die wissenschaftliche Ausbeutung schweizerischer Rechtsquellen hat aus verschütteten Schächten wertvolles Gut zutage gefördert. Solange hingebungsvolle Gelehrte ihr Leben dieser Arbeit opferfreudig widmen, wird dieser stille Dienst rechtshistorischen, noblen Strebens weiterhin, abseits vom drängenden Tag mit seinen Forderungen, Schätze heben und der Vergänglichkeit entreißen.

3. Wie GUHL es vor 25 Jahren getan hat, können wir auch heute feststellen, daß die «Begründung und Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen unter den schweizerischen Juristen im Schoße des Vereins» kein leeres Wort war. In der Tat, die persönliche Begegnung von Anwälten, Richtern, Juristen der Verwaltung und der Hochschulen, schafft ein Klima des Wohlwollens und Verständnisses, das für die Sache, die die Juristen verbindet, nützlich ist und einem Bedürfnis entspricht.

Mit dem Wort «Vereinheitlichung wichtiger Rechtsmaterien» ist nun aber nur ein Mittel bezeichnet für die Ziele des Vereins, die nie vollkommen erfüllt werden. Das Recht kommt nie zum Stillstand. So hat der Verein auch in den letzten Jahrzehnten, Jahr um Jahr, sich kritisch, empfehlend oder ablehnend, zu gesetzgeberischen Problemen, die die gewaltig sich ausdehnende Wirtschaft, die die sozialen Postulate aufwarfen, zu Fragen der Interpretation und den Quellen des Rechtes, zu seiner Weiterentwicklung, zum Ausbau der Rechtsprechung, zu Problemen der Rechtsstaatlichkeit und zur Jurisprudenz selber vernehmen lassen. Es liegt auf der Hand, daß die direkte Einwirkung und Ein-

flußkraft der Tätigkeit des Vereins dabei nicht in der gleichen Weise wie bei der Einwirkung auf die Kodifikationsbestrebungen nachgewiesen werden kann. Jedoch der Schweizerische Juristenverein hat in allen Fällen, die er aufgriff oder aufzugreifen in der Lage war, als ein kompetentes Organ des schweizerischen Juristenstandes vor der schweizerischen Öffentlichkeit Gutachten erstattet. Wenn er auf jenen Gebieten, die in besonderem Grade der politischen Entscheidung unterworfen sind, ins Leere zu sprechen schien, dann ist doch zu bedenken, daß die mittelbare Wirkung unserer Arbeit, der einfache Umstand, daß es gesagt wurde, wenn auch nicht befolgt, für die Strömung und Richtung des Rechtsbewußtseins in unserem Lande nicht gleichgültig ist.

Richter und Anwälte handhaben nationales Recht. Insofern sind die Fragen des nationalen Rechtes in erster Linie, von Berufs wegen, fachmäßig, die Angelegenheit der Juristen einer bestimmten Nation. Das ist anders bei anderen Geisteswissenschaften oder bei den Naturwissenschaften, die ihrem Material nach universal sind. In allen Bemühungen des Schweizerischen Juristenvereins ist darum begrifflich, in betonter Weise, ein vaterländisches Element enthalten. Das Blühen und Gedeihen unserer Vereinigung hat aus dieser Quelle Kräfte bezogen. Es ist auch der tiefere Grund der förderlichen Zusammenarbeit mit dem Bundesrat und mit den Chefs des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes.

An der Schwelle zum zweiten Jahrhundert darf zum Schluß dieser in Andeutungen verbleibenden Übersicht über das Vergangene ein Blick auf die herandrängenden Aufgaben geworfen werden. Der Internationalisierung der Wirtschaft, deren Prozeß mit einer Beschleunigung sondergleichen im Gange ist, müssen die rechtlichen Ordnungen die geeigneten Formen zur Verfügung stellen. Das bedarf einer juristischen, sorgfältigen Vorarbeit der Rechtsvergleichung. Sie erst, wie vordem für die Kodifikation die rechtshistorischen Untersuchungen der kantonalen Rechte, schafft den

Boden für die Bewältigung der gebieterisch sich anmeldenden Postulate der Rechtsangleichung.

Die Länder in Europa haben sich zusammengeschlossen, zunächst in zwei Gruppen. Die der EWG haben für ihre vertraglichen Gemeinschaftsregelungen einen eigenen, hohen Gerichtshof, der international Recht spricht. Die komparatistische Rechtsliteratur in den der EWG angehörenden Ländern, die von besten Köpfen geschaffen wird, ist über das Studium theoretischer Voruntersuchungen schon hinausgewachsen.

Neben den Problemen der Konflikte und Berührungen kontinentaler Rechtsordnungen unter sich ist sodann der Wirkungszusammenhang zwischen kontinentalem Recht und den Rechtsbegriffen und Rechtseinrichtungen des angelsächsischen *common law*, wie er heute sich vollzieht, nicht zu übersehen.

Schließlich, das schweizerische internationale Privatrecht wird, wenn nicht eine gewaltsame Unterbrechung eintritt, infolge des wachsenden internationalen Gütertauschs, des enormen Transport- und Verkehrspotentials, von Kontinent zu Kontinent, wahrscheinlich eine für die überkommenen Vorstellungen der Bewährung und des ruhigen Wachstums von Rechtsgedanken und Rechtsnormen schnelle Entwicklung nehmen. Das Schiffsrecht konnte über Jahrhunderte hin reifen; das Recht der Luftfahrt, mitten in der schwierigen Phase, die für die Natur der Sache angemessenen Rechtsbegriffe und Rechtsnormen zu bilden, ist nur wenige Jahrzehnte alt, es bedarf aber der Normierungen, die den technischen Gegebenheiten und Entwicklungen angepaßt sind.

Endlich: Schon heute verkörpern Staatsverträge mit neuen Staats-Organisationen neues nationales Recht, das nur die Spezialisten kennen, obwohl wir alle ihm unterworfen sind.

Die Pflege der Rechtswissenschaft in der Schweiz ist der Hauptzweck, dem der Schweizerische Juristenverein nachleben muß, – «insbesondere die Kenntnis des eidgenössischen

Rechts zu verbreiten», heißt es in der Zweckbestimmung des Artikel 1 der Statuten. Der Verein verletzt aber seine Satzung nicht, wenn er dafür Sorge trägt, daß die Fortbildung unserer Rechtsordnung darauf ausgerichtet wird, die Fugen und die Verknüpfungen unseres Rechtes mit werdendem übernationalem Recht zu schließen und enger zu gestalten, möglichst unter Wahrung der unserem Recht innewohnenden Prinzipien der Freiheit und der Gerechtigkeit.

X.

Die Versammlung ernennt mit Akklamation folgende Ehrenmitglieder:

1. Prof. Dr. HERMANN RENNEFAHRT, a. Professor für bernische Rechtsgeschichte, auf Grund folgender von Herrn Prof. Dr. FERDINAND ELSENER vorgetragenen Laudatio:

Der Schweizerische Juristenverein ernennt Herrn Professor Dr. iur HERMANN RENNEFAHRT zu seinem Ehrenmitglied in Anerkennung seiner Verdienste um die bernische und schweizerische Rechtsgeschichte. Seine «Grundzüge der bernischen Rechtsgeschichte» reihen sich würdig an die kantongeschichtlichen Werke von Philipp Anton von Segesser, Johann Caspar Bluntschli und Johann Jakob Blumer. Emsig, selbstlos und mit Akribie hat Hermann Rennefahrt seine Bände bernischer Rechtsquellen geschaffen, und setzt er noch heute, hochbejährt, dieses sein eigenstes Lebenswerk fort; durch diese stille und ruhmlose Kärrnerarbeit hat er der rechtshistorischen Forschung ein gewaltiges Quellenmaterial bereitgestellt. Während fast eines Vierteljahrhunderts hat er als Präsident der Rechtsquellenkommission des Schweizerischen Juristenvereins die «Sammlung schweizerischer Rechtsquellen» mit Liebe und Hingabe betreut und mit Geschick, in einer veränderten Zeit, das monumentale nationale Quellenwerk, das Eugen Huber, Andreas Heusler, Ulrich Stutz und Walther Merz uns hinterlassen haben, weitergeführt; die «Sammlung schweizerischer Rechtsquellen»

ist während der Präsidialzeit Hermann Rennefahrts, vor allem dank seinem eigenen Fleiß, beträchtlich gewachsen. Als Frucht dieser Quellenarbeit sind aus der Feder Hermann Rennefahrts eine Reihe Monographien erschienen, die die Forschung erheblich weitergeführt haben.

Der Schweizerische Juristenverein dankt heute Hermann Rennefahrt für sein Lebenswerk.

2. Dr. PLINIO BOLLA, alt Bundesrichter, auf Grund folgender von Herrn Ständerat Dr. FERRUCCIO BOLLA vorgebrachten Laudatio:

Nel quadro dei giuristi svizzeri che la Società svizzera dei giuristi intende onorare nel centenario della sua esistenza, non poteva mancare la figura di un Ticinese. Nella persona del Dott. PLINIO BOLLA, la scelta si dimostrò subito esemplare. Fra altro, se si stabilisse un parallelo fra la vita della nostra società e la presenza dei giuristi nella famiglia Bolla, questa presenza salirebbe, ininterrotta, oltre il 1861. Onorando Plinio Bolla si onora quindi anche una tradizione del diritto, manifestatasi nell'esercizio dell'avvocatura, della magistratura, dell'insegnamento. Plinio Bolla riunisce gli aspetti vari di questo culto del diritto: e difatti fu avvocato, docente universitario, giudice del Tribunale federale, in un'età in cui normalmente si è poco più di un apprendista del diritto. Talvolta l'apprendista insegnà al maestro. Dagli inizi così precoci, la conquista dei riconoscimenti più alti nei consensi dei giuristi sembrò un fatto ovvio, come l'avvicendamento naturale delle stagioni: presidente del Tribunale federale, presidente della Società svizzera dei giuristi, presidente di commissioni internazionali di conciliazione e di conferenze diplomatiche, *doctor honoris causa* dell'Università di Utrecht. Esiste, dunque, il giurista nato? Considerando l'esempio di Plinio Bolla si sarebbe indotti a dire di sì. Il riconoscimento odierno non vuole però attestare soltanto questa virtù nativa, ma sottolineare come da essa si giunga alle posizioni più alte unicamente con il supplemento di uno studio tenace, di un profondo sentimento della giustizia,

con la consapevolezza di collegare la soluzione del caso singolo alla norma legale, ma anche e soprattutto ai principi immanenti del diritto. Così Plinio Bolla, ricco di cultura umanistica, intende la parola di Bossuet, a lui cara: «On ne doit sortir de la règle qu'en suivant un fil, qui tienne, pour ainsi dire, à la règle.»

3. Prof. Dr. HANS FRITZSCHE, Honorarprofessor der Universität Zürich, auf Grund folgender von Herrn Prof. Dr. MAX GULDENER vorgetragenen Laudatio:

Herr Prof. Dr. HANS FRITZSCHE hat sich um das Recht und um den Schweizerischen Juristenverein in hervorragender Weise verdient gemacht. Als Hauptverfasser des ersten umfassenden Werkes über das gesamte Zivilprozeßrecht der Schweiz und seine Entwicklung seit Beginn des 19. Jahrhunderts, das er im Auftrag des Schweizerischen Juristenvereins nach jahrelanger Arbeit veröffentlicht hat, legte er die Grundlage der Forschung auf einem bis dahin noch wenig erschlossenen Rechtsgebiet. Er hat das Werk später ergänzt durch eine systematische Darstellung des Vollstreckungsrechtes des Bundes. Von seinen zahlreichen weiteren Arbeiten stehen in besonderer Verbindung mit dem Verein: das Referat zum Schweizerischen Juristentag 1925 über die örtliche Rechtsanwendung auf dem Gebiet des OR und seine Geschichte des Schweizerischen Juristenvereins, seine Gabe zur Jahrhundertfeier des Vereins. In glücklicher Weise hat Hans Fritzsché seine Forscher- und Lehrtätigkeit mit dem Richteramt verbunden und in seiner Eigenschaft als Ersatzmann des zürcherischen Obergerichtes und später als Mitglied und Präsident des zürcherischen Kassationsgerichtes jahrzehntelang der Rechtspflege gedient. Er darf des tiefen Dankes der schweizerischen Juristen gewiß sein.

4. ALBERT PICOT, Rechtsanwalt, alt Staatsrat des Kantons Genf und früherer Präsident des Nationalrates, auf Grund folgender von Herrn Bundesrichter Dr. FAVRE vorgetragenen Laudatio:

La Société suisse des juristes nomme Monsieur ALBERT PICOT membre d'honneur de la Société en hommage d'admiration et de reconnaissance pour les services qu'il a rendus à la Société des juristes, au droit et à l'Etat. Dans son activité professionnelle d'avocat, dans ses fonctions de député au Grand Conseil genevois, de membre du gouvernement de son canton, de député au Conseil national puis au Conseil des Etats, Monsieur Picot a œuvré, avec lucidité et fermeté, pour fortifier les fondements moraux de la vie sociale, les libertés civiles, l'autorité de l'Etat de droit, de l'Etat protecteur du faible. Il a présenté à la Société des juristes des rapports: en 1922 sur La réforme des études juridiques; en 1929 sur La jurisprudence en matière de divorce et de séparation de corps; en 1944 sur l'Etat fondé sur le droit. Il y a apporté ses fécondes expériences de juriste et d'homme d'Etat. C'est un rôle éminent et décisif que Monsieur Picot a joué comme Conseiller d'Etat, présentant une loi cantonale sur les allocations familiales qui constituait une œuvre de pionnier, jetant les fondements de l'aéroport international de Cointrin, favorisant l'installation sur le sol genevois du Centre européen de recherches nucléaires. La profonde estime dans laquelle le Parlement fédéral a tenu l'éloquent défenseur de toutes les grandes causes nationales qu'était Monsieur Picot l'a fait porter à la présidence de l'Assemblée fédérale pour l'année du centenaire de la Constitution fédérale. C'est une fidélité exemplaire que Monsieur Picot a vouée, pendant un demi-siècle, à la Société suisse des juristes.

XI.

Prof. Dr. ERWIN FREY, Dekan, überreicht die Festschrift der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich mit folgenden Worten:

Ich habe die Ehre und das Vergnügen, den zur festlichen Begehung des 100. Gründungstages versammelten Mitgliedern des Schweizerischen Juristenvereins im Namen der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universi-

tät Zürich die Jubiläumsfestschrift mit dem Titel: «Die Rechtsordnung im technischen Zeitalter» überreichen zu dürfen. Ich komme dieser, meiner Aufgabe, nach durch symbolische Übergabe je eines Exemplares an den Verein, verkörpert durch seinen derzeitigen Präsidenten und an ein verdientes und ehrwürdigstes Mitglied des Vereins. Die übrigen Exemplare der Festschrift sind bereits gestern vom Verlag der Post zur Zustellung an Sie übergeben worden; denn mit einem Worte des besonderen Dankes an den Verleger Herrn Hürlimann sei es angemerkt, diese Festschrift ist, ein wohl exzessioneller Fall in der noch zu schreibenden Historiographie juristischer Festschriften, einige Wochen früher fertig geworden als vorgesehen war. Es ist auch in anderer Hinsicht eine vielleicht etwas ungewöhnliche Festschrift. Wenn Sie später das die Beiträge von drei Medizinern und neun Juristen umfassende kleine Werk durchblättern, werden Sie feststellen, daß es sich schwerlich dazu eignet, im Bücherschaft das ehrenvolle Dasein einer Gedenkschrift über vollbrachte Leistungen in der Vergangenheit zu fristen. Was unsere Fakultät Ihnen übergibt, hat wohl viel eher den Charakter einer programmatischen, wissenschaftlichen Streitschrift, schon insofern, als in dem einleitenden Beitrag von OFTINGER die grundsätzliche Forderung nach dem Primat der Rechtsordnung über die Technik aufgestellt und begründet wird. Und in jedem der elf weiteren Beiträge werden, jedesmal unter anderen Gesichtspunkten, die von der Technik gestellten Probleme mit der Rechtsordnung konfrontiert und die Frage nach der Eignung und allenfalls Verbesserungsbedürftigkeit der geltenden Gesetzgebung aufgeworfen. In einem Zeitpunkt, in dem die Menschheit dank den ungeheuren Fortschritten der Technik mit beängstigender Geschwindigkeit den Schritt aus dem kaum erst begonnenen Atomzeitalter ins kosmische Zeitalter zu tun im Begriffe steht, ist wohl keine Aufgabe so dringlich als eine solche Konfrontation der Rechtsordnung mit den Auswirkungen der Technik. Es ist dem Menschen gelungen, alle

Kräfte der Technik zu entfesseln; er trägt damit die Verantwortung, durch Einsatz aller tauglichen Mittel der Rechtsordnung dafür Sorge zu tragen, daß er Herr und nicht Knecht des technischen Fortschritts sei. Mit der Übergabe dieses festlich gebundenen ersten Exemplars an Sie, sehr geehrter Herr Präsident, verbinde ich die Bitte an den Schweizerischen Juristenverein, er möge seine ganze Autorität zu einer Generalmobilmachung aller rechtsstaatlich zulässigen Mittel im Kampfe gegen die Auswüchse der Technik geltend machen und, wie das seiner hundertjährigen Tradition entspricht, die Initialzündung für die Behebung von Mängeln in Gesetzgebung und Praxis geben. Und mit der Übergabe dieses zweiten Exemplares in schlichtem Normaleinband an Sie, hochverehrter Herr alt Bundesrat von Steiger, verbinde ich die höfliche Anregung, Sie möchten Ihrem heutigen Nachfolger im eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, Herrn Bundesrat von Moos, der ja unserer Tagung leider nicht beiwohnen kann, gewissermaßen ins Ohr flüstern, er möge die Tätigkeit des schweizerischen Juristenvereins stets mit dem gleichen Interesse verfolgen und dessen Postulate mit der gleichen Bereitschaft entgegennehmen, wie Sie es während Ihrer Amtsperiode alle Zeit getan haben. Ich danke Ihnen.

Präsident Dr. GUBLER verdankt die Festschrift.

XII.

Der Präsident eröffnet die Diskussion über das Thema «*Bundesprivatrecht und kantonales Zivilprozeßrecht*» und spricht den Berichterstattern den Dank des Vereins aus. Herr Fürsprech JOSEPH VOYAME, Bundesgerichtsschreiber, Lausanne, Berichterstatter in französischer Sprache, leitet die Diskussion ein.

1. Le sujet que le comité de notre société a choisi pour les débats d'aujourd'hui est extrêmement vaste. Les rappor-

teurs n'ont pu l'épuiser. Pour ma part, je me suis borné à esquisser les principes qui régissent les relations entre le droit privé fédéral et la procédure cantonale, à délimiter le domaine qui reste à cette dernière et à étudier brièvement l'influence réciproque de ces deux matières juridiques; puis, dans une partie spéciale, j'ai passé en revue, d'une façon très succincte, quelques institutions où le problème des rapports entre le droit privé et la procédure me paraissait se poser avec une acuité particulière. C'est dire qu'il m'est difficile de résumer encore, pour introduire la discussion, un rapport qui, me semble-t-il, est déjà trop sommaire et qui donne peut-être l'impression de découvrir des abîmes juridiques qu'il se garde bien d'explorer.

Je me bornerai donc à revenir sur quelques points qui me paraissent importants, quitte à en aborder d'autres plus tard, selon le cours de la discussion.

2. Le droit privé et la procédure émanant en Suisse de législateurs différents, la première question est de délimiter leurs attributions. Sur le principe, il n'y a guère de divergence possible. La Confédération règle la naissance, le contenu, la modification et l'extinction des rapports juridiques entre particuliers. Quant aux cantons, ils désignent les juges chargés de constater définitivement les droits litigieux, ils déterminent les formes dans lesquelles les parties doivent agir et les tribunaux rendre la justice, enfin, ils réglementent l'exécution forcée des décisions judiciaires. Mais on sait que ces principes souffrent de nombreuses exceptions. La Confédération s'immisce dans maints domaines procéduraux et les cantons, de leur côté, peuvent user parfois de moyens de droit privé pour garantir l'application de leur droit public, notamment celle de leurs règles de procédure. Cela m'amène à un des rares points sur lesquels je diverge de l'opinion de M. le professeur Guldener. M. Guldener pense, d'accord, du reste, avec la majorité de la doctrine et de la jurisprudence, que les cantons peuvent introduire la préemption de l'action pour des motifs pro-

céduraux. Il me semble au contraire qu'une telle préemption, qui équivaut à l'extinction du droit allégué, est une question de fond, qui ne peut être réglée que par la Confédération. Je tiens donc pour contraire au droit fédéral les dispositions cantonales en vertu desquelles la prétention litigieuse est perdue lorsqu'elle n'est pas, après l'audience de conciliation, l'objet d'une action en justice introduite dans le délai légal. Il en est de même, à mon avis, des règles cantonales qui instituent la procédure provocatoire ou qui statuent que le défaut entraîne automatiquement l'admission ou le rejet de la demande. Mais il serait sans doute intéressant d'entendre sur ce point les praticiens des cantons qui connaissent de telles règles procédurales. Peut-être aurons-nous cet avantage tout à l'heure.

3. La pluralité des législateurs soulève une seconde question: Faut-il admettre, selon la théorie des deux pouvoirs, que la Confédération et les cantons sont absolument libres dans leur domaine et qu'il n'y a qu'à accepter tous les inconvénients d'une telle situation? On ne peut évidemment résoudre cette question que par la négative. La procédure est la servante du droit matériel. Son but est d'en assurer la réalisation en cas de nécessité. Elle doit s'y adapter pour atteindre ainsi, avec le droit de fond, à une indispensable harmonie. Le législateur cantonal ne peut donc ni empêcher ni entraver l'application du droit matériel. Il est tenu, au contraire, d'en garantir le fonctionnement. Le droit fédéral l'oblige ainsi à instituer une procédure qui, non seulement soit conforme à la lettre et à l'esprit du droit civil mais qui, de plus, ne décourage pas les plaideurs par le coût, la longueur ou la complication des procès.

4. Mais il ne suffit pas que, prise individuellement, chaque procédure cantonale soit en harmonie avec le droit fédéral. Lorsqu'en 1898, le législateur constitutionnel a réservé le droit privé à la Confédération, c'était pour que cette matière juridique fût en principe réglée de façon uniforme sur tout le territoire suisse et pour que, de leur côté, ces

règles fussent appliquées de manière identique dans tous les cantons. Il faut donc que, si les circonstances sont les mêmes, un plaideur diligent qui fait valoir une prétention de droit fédéral puisse en principe obtenir le même jugement dans tous les cantons. La voie à suivre peut être fort différente d'un canton à l'autre, le résultat doit être identique. Si ce n'est pas le cas, le législateur et le juge fédéral peuvent intervenir pour assurer l'application uniforme du droit privé. Aussi bien l'ont-ils déjà fait à plusieurs reprises, et à bon droit en général.

5. Une des raisons essentielles qui empêchent l'application uniforme du droit privé, telle que je la conçois, c'est la diversité des règles cantonales sur les moyens de preuve. Même si les circonstances sont exactement pareilles, on pourra obtenir des jugements tout à fait différents d'un canton à l'autre, simplement parce que tel moyen de preuve est admis dans le premier et ne l'est pas dans le second. Cette situation me paraît non seulement regrettable, mais encore contraire au but que le législateur constitutionnel a poursuivi en unifiant le droit privé fédéral. Je pense donc – avec M. le professeur Guldener – que les moyens de preuve devraient être réglementés de façon uniforme dans toute la Suisse.

Il en est de même, à mon avis, de l'arbitrage. Ici, certes, il ne s'agit pas de l'application uniforme du droit matériel. Il s'agit simplement de rationaliser une institution procédurale dont le maniement est souvent très malaisé. Vous connaissez tous, j'en suis certain, des cas où il est quasi impossible de déterminer le droit cantonal applicable à un arbitrage et où le siège du tribunal n'est qu'une fiction, ou bien des cas où l'omission de formalités – fort différentes d'un canton à l'autre – a provoqué la nullité d'une procédure arbitrale. Cette situation n'est pas satisfaisante. Il me paraît donc que l'arbitrage devrait, lui aussi, être unifié.

Mais comment réaliser cette unification ? On pourrait évidemment songer à une loi fédérale. Cependant, si la base

constitutionnelle d'une telle loi peut être trouvée pour les moyens de preuve, elle fait certainement défaut pour l'arbitrage. D'autre part – et je reviendrai sur cette question dans un instant – une pareille intervention fédérale diminuerait de façon excessive les attributions des cantons, d'autant plus qu'elle serait sans doute le premier pas vers une unification complète de la procédure. Il me semble plutôt qu'on devrait recourir à un concordat intercantonal. On taxera peut-être cette institution d'archaïque, de pesante et aussi d'insuffisante, puisqu'on ne serait pas sûr d'obtenir l'adhésion de tous les cantons. Mais les expériences qu'on a faites dans d'autres domaines montrent que ces objections ne sont guère valables. Du reste, si le recours au concordat comporte quelques inconvénients, ils sont largement compensés par le fait que cette institution sauvegarde les attributions cantonales.

Je relève, au demeurant, que ma proposition n'est pas nouvelle. En 1952 déjà, lorsque notre société avait discuté le problème des juridictions instituées par les associations économiques, un des rapporteurs, Me Robert Piaget, avait suggéré la conclusion d'un concordat intercantonal sur l'arbitrage et il avait été énergiquement soutenu, dans la discussion, par M. le Juge fédéral Panchaud. Cette semence a trouvé un sol fertile. Depuis lors, en effet, les services juridiques du canton de Vaud ont élaboré un projet de concordat détaillé, que le Comité suisse de l'arbitrage a déjà étudié et qui est prêt à être soumis aux autres cantons. Puisque nous avons, cette année, le rare privilège de voir tous les chefs de départements de justice cantonaux participer à notre congrès, je me permets d'attirer spécialement leur attention sur ce projet de concordat. Pour le moment, comme je l'ai dit, il ne porte que sur l'arbitrage. Mais rien n'empêcherait de l'étendre aux moyens de preuve et même à d'autres domaines procéduraux, si le besoin s'en fait sentir.

6. Une dernière question surgit tout naturellement: Ne serait-il pas plus rationnel d'unifier l'ensemble de la procé-

dure, de créer une loi fédérale de procédure civile ? Dans une lettre qu'il m'a adressée il y a quelques jours, Me Stauffacher, de Zurich, répond à cette question par l'affirmative. D'autres sont également de cet avis. Ils ont certainement raison: du seul point de vue de l'efficience, de la perfection technique, il serait préférable de supprimer la dispersion et les complications actuelles. Mais ce critère n'est pas le seul dont on doive tenir compte et ce n'est pas le plus important.

L'unification de la procédure civile, qui entraînerait dans une large mesure celle de l'organisation judiciaire, priverait les cantons d'une de leurs dernières attributions importantes. Or les avantages que l'on obtiendrait par cette unification ne justifient point du tout une telle conséquence.

Les cantons, pour de multiples raisons, doivent demeurer des organismes autonomes et vivants.

C'est dans les petites collectivités que le citoyen apprend la démocratie; c'est là qu'il voit l'importance de sa participation à la vie publique et qu'il comprend le mieux les problèmes posés à la collectivité. Si le sens civique est aussi développé en Suisse, c'est à l'autonomie communale et cantonale qu'on le doit essentiellement.

L'autonomie des cantons a une autre utilité: plus homogènes et parfois plus audacieux que la Confédération, ils servent de bancs d'essai pour de nombreuses institutions politiques ou sociales. Ce fut le cas, autrefois, de l'initiative, du référendum et de la représentation proportionnelle; c'est le cas, aujourd'hui, des vacances obligatoires et du vote des femmes.

Ce n'est d'ailleurs pas là, bien sûr, le rôle essentiel des cantons. Qu'on pense par exemple aux foyers de vie sociale qu'ils représentent, à leurs fonctions de gardiens politiques de nos diverses cultures, de nos langues, de nos traditions!

Jetons enfin un regard sur les démocraties unitaires. On y voit que les sociologues s'inquiètent de constater combien la démocratie individualiste laisse l'individu désarmé en face de l'Etat, qu'ils cherchent à garantir davantage sa liberté en le faisant participer à plusieurs groupements,

qu'ils envient les Etats fédéraux, où l'existence de nombreux centres de vitalité évite la congestion d'un centre unique.

Mesdames, Messieurs, excusez ces considérations, qui sont plus politiques que juridiques et que vous tenez peut-être pour des truismes. J'ai simplement voulu rappeler que l'unification de la procédure n'était pas seulement une question de rationalisation, que sa portée dépassait l'administration de la justice. Une telle mesure mettrait en cause la structure même de notre pays. Il n'est pas justifié, pour obtenir quelques avantages techniques, de menacer la vie de nos cantons, dont Fritz Fleiner disait qu'ils sont la patrie de la démocratie!

Les rapporteurs vous proposent, d'accord avec le comité de notre société, de voter aujourd'hui la résolution suivante:

La Société suisse des juristes recommande, dans le domaine de la procédure civile, l'unification des moyens de preuve et de l'arbitrage, soit par un concordat, soit par la voie de la législation fédérale. Pour le reste, elle estime que le système actuel, qui correspond à la structure fédérale de la Suisse, a fait ses preuves dans l'ensemble et elle considère dès lors qu'il n'est pas opportun d'unifier complètement la procédure civile.

Professor Dr. MAX GULDENER, Zürich:

Das Thema: *Bundesprivatrecht und kantonales Zivilprozeßrecht* läßt sich sinnvoll nur so behandeln, daß auf zahlreiche Einzelfragen aus den verschiedensten Gebieten des Privatrechtes und des Zivilprozeßrechtes eingetreten wird. Schon aus zeitlichen Gründen kann über alle in Betracht fallenden Fragen an dieser Stelle nicht referiert werden. Es ist auch nicht möglich, die Ergebnisse des Referates zusammenzufassen. Deshalb mußte davon abgesehen werden, Thesen aufzustellen. Im Folgenden muß ich mich darauf beschränken, wenige Fragen herauszugreifen.

I. Die Abgrenzung zwischen Privatrecht und Zivilprozeßrecht bietet im allgemeinen keine Schwierigkeiten.

Damit ist aber die Frage nach dem Umfang der Gesetzgebungshoheit des Bundes und der Kantone auf dem Gebiet des Zivilprozeßrechtes nicht gelöst. In Art. 64 BV, der den Bund zur Gesetzgebung auf dem Gebiet des Privatrechtes ermächtigt, ist zwar festgelegt, die Ordnung des Verfahrens der kantonalen Zivilgerichte verbleibe, wie bis anhin, den Kantonen. Bekanntlich hat sich der Bund aber von jeher genötigt gesehen, im Interesse der Verwirklichung seiner Privatrechtsordnung Bestimmungen über das Verfahren der kantonalen Zivilgerichte aufzustellen. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen solche Eingriffe des Bundes bestehen nicht, weil Art. 64 BV, wie mit den Worten: «wie bis anhin» angedeutet ist, keine absolute Geltung beansprucht. Die ausdrücklichen Vorschriften des Bundes über das Verfahren der kantonalen Gerichte sind wenig zahlreich. Im übrigen fällt in Betracht: Das kantonale Zivilprozeßrecht kann dem Bundesprivatrecht nicht derogieren. Weil das Bundesrecht dem kantonalen Recht vorgeht, können Bestimmungen der kantonalen Zivilprozeßordnungen keinen Bestand haben, welche dem Sinn und Geist des Bundesprivatrechtes widersprechen. Das gilt aber auch positiv: Was die Verwirklichung des Bundesprivatrechtes im Verfahren vor den kantonalen Gerichten erheischt, hat von Bundesrechts wegen Geltung. In der Rechtsprechung ist das denn auch anerkannt. So ist entschieden worden, daß für Prozesse über Rechtsverhältnisse, die nicht der freien Verfügung der Beteiligten unterliegen, wie z.B. für Prozesse über Statussachen, von Bundesrechts wegen die Offizialmaxime Geltung hat, auch wenn das Bundesrecht das nicht ausdrücklich festlegt. Andernfalls hätten es die Parteien in der Hand, durch ihre Tatsachenbehauptungen und Zugeständnisse im Prozeß, sowie durch das Vorenthalten von Beweismitteln über solche Rechtsverhältnisse im Widerspruch zum Bundesprivatrecht zu verfügen.

Oftmals kann zweifelhaft sein, ob sich eine Verfahrensfrage nach kantonalem Zivilprozeßrecht beurteilt, oder nach Rechtssätzen des Bundes, die in seinem Privatrecht unausgesprochen mitenthalten sind. Dafür nur zwei Beispiele.

Im allgemeinen wird die Auffassung vertreten, es sei eine Frage des kantonalen Rechtes, was die materielle Rechtskraft kantonaler Urteile zu bedeuten habe. Auch wenn die materielle Rechtskraft als ein Institut des Prozeßrechtes betrachtet werden kann, so ist doch folgendes zu bedenken: Die Kantone sind nicht nur berechtigt, sondern von Bundesrechts wegen auch verpflichtet, auf dem Gebiet des Privatrechtes Rechtsschutz zu gewähren. Zutreffend erklärt denn auch die neueste Rechtsprechung, Feststellungsklagen über Rechtsverhältnisse des Bundesprivatrechtes müßten von Bundesrechts wegen zugelassen werden, sofern ein beachtliches Rechtsschutzbedürfnis vorhanden sei. Wirklicher Rechtsschutz wird nur durch das rechtskräftige Urteil gewährt, das nicht mehr in Frage gestellt werden kann. Würde den Sachurteilen keine materielle Rechtskraft beigelegt, so wäre der Rechtsschutz nur ein vorläufiger und würde zur wirksamen Durchsetzung des Bundesprivatrechtes nicht ausreichen. Die materielle Rechtskraft wird vom Bundesprivatrecht gefordert, und es ist daher eine Frage des Bundesrechtes, worin sie besteht und welches ihre Wirkungen sind. Das Bundesrecht entscheidet insbesondere, inwiefern ein Gesamt- oder ein Einzelnachfolger einer Partei an das rechtskräftige Urteil gebunden sei oder inwiefern sich die Rechtskraft auch auf konkurrerende Ansprüche erstreckt. Mit Bezug auf die formelle Rechtskraft verhält es sich insofern anders, als die Kantone frei bestimmen können, ob und welche ordentlichen Rechtsmittel sie zur Verfügung stellen, nur dürfen die Rechtsmittel nicht so ausgebaut werden, daß eine endgültige Entscheidung überhaupt nicht zu erlangen ist.

Eine andere Frage, auf die ich in diesem Zusammenhang eintreten möchte, habe ich in meinem schriftlichen Referat nicht behandelt; ich bin erst kürzlich auf sie aufmerksam

geworden. Nach Zürich § 254 ZPO kann der Kläger im Ehescheidungsprozeß, von Ausnahmefällen abgesehen, das Bezirksgericht erst acht Wochen nach Durchführung des Sühnverfahrens vor dem Friedensrichter anrufen. Der Sinn der Bestimmung liegt auf der Hand: Der Kläger soll erst nach reiflicher Überlegung die Klage beim erkennenden Richter erheben können. Diese wohlgemeinte Bestimmung führt zu gewissen praktischen Schwierigkeiten, auf die hier nicht einzutreten ist. Aber es stellt sich doch die Frage, ob die Überlegungsfrist von acht Wochen mit dem Bundesprivatrecht überhaupt vereinbar sei. Ich möchte diese Frage verneinen. Nicht in Zweifel gezogen werden kann zwar, daß die Kantone Maßnahmen zur Vorbeugung der Prozeßführung treffen können. Insbesondere steht es ihnen frei, die Durchführung eines Sühnverfahrens vorzuschreiben. Wesentlich weiter geht aber die Überlegungsfrist. Sie ist im Interesse der Aufrechterhaltung der Ehe vorgesehen; sie beruht auf einem Anliegen, das den Bestand der Ehe betrifft und daher in erster Linie Bundesprivatrecht beschlägt. Der Bund hätte es in der Hand gehabt, die Scheidungsgründe erst nach Ablauf bestimmter Fristen zur Entstehung gelangen zu lassen. Von dieser Möglichkeit hat er nur beschränkt Gebrauch gemacht. So kann die Scheidung wegen böswilliger Verlassung erst verlangt werden, wenn die Abwesenheit zwei Jahre gedauert hat (Art. 140 ZGB), und die Scheidung wegen Geisteskrankheit erst nach einer Dauer von drei Jahren (Art. 141 ZGB). Im übrigen kennt das Zivilgesetzbuch keine Fristen, die abgelaufen sein müßten, bevor auf Scheidung geklagt werden kann. Der Kläger hat daher von Bundesrechts wegen ein Anrecht auf Scheidung oder Trennung, sobald sich ein Scheidungsgrund verwirklicht hat. Im Sinne des Bundesrechtes liegt es, daß er alsdann die Scheidungsklage erheben kann. So wenig das kantonale Zivilprozeßrecht die Scheidungsklage überhaupt ausschließen darf, so wenig darf es ihre Anhandnahme an die Voraussetzung knüpfen, daß eine Überlegungsfrist abgelaufen sei. Das kantonale Recht dürfte denn auch nicht die

Beurteilung fälliger schuldrechtlicher Leistungsansprüche während bestimmter Fristen allgemein ausschließen.

II. Der Satz, das kantonale Zivilprozeßrecht dürfe dem Bundesprivatrecht nicht derogieren, schließt immerhin einen Ausbau des kantonalen Verfahrens in dem Sinne nicht aus, daß eine Partei Rechtsnachteile auf dem Gebiet des Privatrechtes erleidet, wenn sie den Prozeß nicht sorgfältig führt. Die Kantone können auf Prozesse über Rechtsverhältnisse, die der freien Verfügung der Parteien unterliegen, die Verhandlungsmaxime und die Eventualmaxime zur Anwendung bringen, Grundsätze, die sich dahin auswirken können, daß ein materiell unrichtiges, dem Bundesprivatrecht widersprechendes Urteil ergeht, wenn eine Tatsache nicht oder nicht rechtzeitig behauptet worden ist oder wenn eine Tatsachenbehauptung des Gegners nicht oder nicht rechtzeitig bestritten worden ist. Diese Grundsätze sind aus dem Zivilprozeßrecht nicht hinwegzudenken; sie gelten auch von Bundesrechts wegen für das Verfahren vor Bundesgericht in erster und einziger Instanz und dürfen auch im Verfahren vor den kantonalen Gerichten zur Anwendung gebracht werden.

Der Herr Korreferent hat ausgeführt, nur das Bundesprivatrecht könne Entstehung und Untergang subjektiver Privatrechte anordnen. Es könne daher nicht zulässig sein, daß das kantonale Prozeßrecht an die Totalversäumnis einer Partei die Folge knüpfe, daß die Klage gutgeheißen oder abgewiesen bzw. als endgültig zurückgezogen erklärt werde (S. 108). Dem kann ich nur zum Teil beipflichten. Versäumt es der Kläger, nach Eintritt der Rechtshängigkeit die Klage zu begründen, so kennt der Richter den Tatbestand nicht, aus welchem die Klage hergeleitet wird. Als dann bleibt überhaupt nichts anderes übrig, als die Klage abzuweisen oder zu fingieren, sie sei zurückgezogen. Fragen könnte es sich einzig, ob es nicht genügen würde, die Klage nur als einstweilen zurückgezogen zu erklären oder sie einstweilen abzuweisen, dem Kläger aber die spätere Neu-

erhebung der Klage zu gestatten. Die Frage ist im Hinblick auf die beklagte Partei zu verneinen. Sind die Prozeßvoraussetzungen gegeben, so darf nach Eintritt der Rechtsabhängigkeit der beklagten Partei ein Anspruch auf Klarstellung des streitigen Rechtsverhältnisses zuerkannt werden, und zwar auf eine endgültige Klarstellung. Eine solche läßt sich aber nur so erreichen, daß die Klage, die nicht begründet wird, endgültig abgewiesen oder als endgültig zurückgezogen erklärt wird. Und darum glaube ich, daß gegen diese Regelung, wie sie die meisten kantonalen Prozeßrechte kennen, bundesrechtlich nichts einzuwenden ist.

Mit dem Herrn Korreferenten stimme ich darin überein, daß es dem Bundesprivatrecht widerspricht, wenn etwa der Kanton Glarus in § 125 seiner ZPO bestimmt, die Klage werde im Falle der Totalversäumnis des Beklagten gutgeheißen. Hat der Kläger die Klage begründet, so ist dem Richter bekannt, aus welchen Tatsachen die Klage hergeleitet wird. Auch wenn der Beklagte die Klage nicht beantwortet, ist der Richter in der Lage, zu prüfen, ob sich aus den vom Kläger vorgebrachten Tatsachen auf Grund des Bundesprivatrechtes die Begründetheit der Klage ergibt. Zur Anwendung des Bundesprivatrechtes ist der Richter von Amtes wegen verpflichtet. Die Klage darf daher nicht unbesehen gutgeheißen werden.

III. Es ist nicht zu verkennen, daß immer wieder Zweifel darüber entstehen können, inwiefern die Gesetzgebungs-hoheit der Kantone auf dem Gebiet des Zivilprozeßrechtes durch Rechtssätze eingeschränkt wird, die im Bundesprivatrecht enthalten oder mitenthalten sind. Die Frage liegt daher nahe, ob nicht der Bund das gesamte Zivilprozeßrecht vereinheitlichen und der bestehenden Rechtszersplitterung auf diesem Gebiet ein Ende setzen sollte. Für eine Vereinheitlichung läßt sich vieles anführen. Persönlich bin ich aber überzeugt, daß sie nicht notwendig ist. Die bestehende Ordnung hat sich im Ganzen bewährt. Der kantonalen Gesetzgebung ist es weithin gelungen, zeitgemäße

Prozeßgesetze zu schaffen. Von Bedeutung ist aber auch, daß wichtige Verfahrensfragen durch ausdrückliche Gesetzesvorschriften des Bundesrechtes geordnet sind, und daß die Rechtsprechung erkannt hat, daß viele Verfahrensgrundsätze des Bundes in seiner Privatrechtsordnung unausgesprochen mitenthalten sind. Gewünscht werden darf, der Bund möge in den Schranken von Art. 64 BV von den für ihn heute schon bestehenden Möglichkeiten vollen Gebrauch machen. Und das ist nun ein Anliegen, das sich vor allem eben auf das Recht der Beweismittel bezieht. Heute entscheidet das kantonale Zivilprozeßrecht über die Beweismittel im Verfahren vor den kantonalen Gerichten. Das ist ein höchst bedauerlicher Zustand, weil das Beweisrecht der Kantone nicht in allen Teilen übereinstimmt. Der Ausgang eines Zivilprozesses kann daher davon abhängen, ob er im einen oder im andern Kanton beurteilt wird. Die Rechtseinheit auf dem Gebiet des Privatrechtes ist daher nicht gewährleistet. Schon unter dem heutigen Rechtszustand wäre der Bund berechtigt, das Beweisrecht zu vereinheitlichen. Anders als so, daß die für die Anwendung des Privatrechtes maßgebenden Tatsachen nach einheitlichen Rechtsgrundsätzen festgestellt werden, läßt sich das Ziel von Art. 64 BV, die Rechtseinheit auf dem Gebiet des Privatrechtes, nicht erreichen. Indem die Bundesverfassung das Ziel bestimmt, ermächtigt sie auch den Bund, die dafür notwendigen Vorschriften zu erlassen. Das zu tun sollte der Bund nicht versäumen, sofern wenigstens nicht etwa die Kantone ein Konkordat zustande bringen, eben über das Recht der Beweismittel.

Zum Schluß möchte ich Ihnen empfehlen, oder Ihnen raten, folgende *Empfehlung* anzunehmen, die in Übereinstimmung mit dem Vorstand des schweizerischen Juristenvereins ausgearbeitet worden ist. In der deutschen Fassung lautet diese Empfehlung:

Der schweizerische Juristenverein empfiehlt auf dem Gebiet des Zivilprozeßrechtes die Vereinheitlichung

des Rechtes der Beweismittel und des Schiedsgerichtswesens, sei es durch ein Konkordat, sei es durch eine eidgenössische Gesetzgebung. Dagegen hält er eine Vereinheitlichung des gesamten Zivilprozeßrechtes nicht für angezeigt, weil sich die bestehende Ordnung, die dem bundesstaatlichen Aufbau der Schweiz entspricht, im ganzen bewährt hat.

LEO VICTOR BÜHLMANN, Rechtsanwalt, Zürich, eröffnet die Diskussion:

Die beiden Referenten wollen es nicht als Unhöflichkeit erachten, wenn ich auf ihre beiden Referate grundsätzlich nicht eingehe, weil ich darüber die These stelle: Nach dem schweizerischen Zivilgesetz und dem schweizerischen Strafgesetz ein schweizerisches Zivil- und Strafprozeßgesetz.

Das schweizerische Zivil- und das Strafgesetzbuch enthalten zusammen ca. 1500 Paragraphen. Die 50 kantonalen Zivil- und Strafprozeßgesetze enthalten über 10 000 Paragraphen. Frankreich beispielsweise, mit einer Einwohnerschaft von 42 Millionen, hat seit langer Zeit *ein* Prozeßgesetz. Unsere Schweiz mit fünf Millionen hat 50 Prozeßgesetze.

Es wäre ein Mangel an Pietät, wollte man nicht der Pioniere für die Schaffung eines schweizerischen Zivil- und Strafprozeßgesetzes im abgelaufenen Jahrhundert gedenken.

Das von Prof. Dr. Fritzsche verfaßte historische Zentralwerk, das mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und Lebendigkeit durch das kulturelle Rechtsleben des Schweizerischen Juristenvereins führt, gibt Aufschluß auch auf dem Gebiete des Prozeßrechtes.

Der Schweizerische Juristenverein wurde im Jahre 1861 in Luzern gegründet, laut Protokoll mit dem obersten Ziel der Erreichung eines «einheitlichen Rechtes zum Nutzen und Segen des Vaterlandes».

Am 26. Juristentag 1898 wurde in der Diskussion bereits ein schweizerisches Prozeßgesetz verlangt.

Am Juristentag 1900 wurde unter dem Vorsitz von Bundesrichter Winkler mit zwei Dritteln Mehrheit der Beschuß gefaßt, den Vorstand einzuladen, «im Laufe der kommenden Vereinsjahre die Frage der Tunlichkeit der Vereinheitlichung des Zivilgesetzes in der Schweiz rechtsvergleichend darzustellen». In der Folge kam das Werk Schurter und Fritzsche über das Prozeßrecht in der Schweiz zustande. Heute noch hat dieses Werk instruktiven Wert, auch für ein künftiges schweizerisches Zivil- und Strafprozeßgesetz.

Am Juristentag 1952 in Genf wurden fragmentarische Prozeßfragen behandelt. Auf Seite 309 der historischen Jubiläumsschrift von Prof. Fritzsche heißt es: «ein Zürcher Rechtsanwalt sprach einer eidgenössischen Zivilprozeßordnung das Wort». Es sei wohl das letzte Mal vor der Jahrhundertfeier, daß dieses, schon früher im Juristenverein mit so vielen Hoffnungen gesteckte Ziel vertreten worden ist. Gemäß veröffentlichtem Protokoll, Seite 418a, führte ich im wesentlichen aus:

«Gegenüber einer Teillösung ist die Schaffung eines einheitlichen schweizerischen Prozeßgesetzes geboten. Es ist schon für den Juristen mühsam, sich im Labyrinth von 50 kantonalen Prozeßgesetzen zurechtzufinden, ebenso für jeden Bürger, der mit diesen verstrickt wird. Der eingeschlafe Gedanke der Vereinheitlichung des Prozeßgesetzes sollte durch eine geschlossene Kundgebung des dazu berufenen Juristenstandes neu belebt werden. Die staatspolitischen Gründe, welche zur Vereinheitlichung des Zivil- und Strafgesetzes geführt haben, treffen auch für eine Vereinheitlichung des Prozeßgesetzes zu, welche die höchste Aufgabe, die Verwirklichung des materiellen Rechtes, erfüllen soll. Bürger eines Kantons sollen in der Rechtsfindung nicht besser oder schlechter gestellt sein als Bürger in den andern Kantonen, nur weil die Prozeßform verschieden ist. Die Schaffung eines schweizerischen Prozeßgesetzes würde wesentlich zur notwendigen Verstärkung unseres Rechtsstaates und der nationalen Verbundenheit unseres Volkes

mit seinen vier Sprachen beitragen, wobei gleichwohl, wie es auch beim Zivilgesetz und Strafgesetz der Fall war, gewisse föderalistische kantonale Rechtsideen zugebilligt werden können.»

Kein Werk, das dem Wohle des Volkes dienen soll, kann nur im Schoße von Juristen zustandekommen. Eine solche Rechtsidee muß in den Geist und in die Seele des Volkes hineingetragen werden. Der Sieg des schweizerischen Zivilgesetzes und des schweizerischen Strafgesetzes wurde nur in erhabenem Kampfe vor dem Volke errungen.

Diese Auffassung wurde vom Präsidenten, Dr. Jacques Le Fort am gleichen Juristentag 1952 in Genf vertreten, indem er den von ihm selbst als etwas überraschend bezeichneten Gedanken verteidigte, «daß auch die politische Seite in Miterwägung gezogen werden soll, soweit ihr juristischer Charakter in Frage kommt. Die Juristen haben gegenüber unsren Mitbürgern die Pflicht, alles zu tun, um jede Rechtsungleichheit auszuschalten». Das wäre eben der Zweck auch eines schweizerischen Zivil- und Strafprozeßgesetzes. Deshalb unterbreite ich im wohlverstandenen Rechtsinteresse des Volkes der Zentenartagung des Schweizerischen Juristenvereins eine Resolution, es sei auf den Beschuß des Jahres 1900 zurückzukommen und der Vorstand von neuem zu beauftragen, im Laufe der kommenden Vereinsjahre (aber nicht wieder 60 Jahre) die Schaffung eines einheitlichen schweizerischen Zivil- und Strafprozeßgesetzes zu prüfen, zu behandeln und Bericht zu erstatten.

Aufmerksam gemacht worden auf das oben zitierte Protokoll in Genf im Jahre 1952 und die darin enthaltene These der Vereinheitlichung der kantonalen Prozeßgesetze zu einem schweizerischen Zivilprozeßgesetz, schloß sich der Vize-Rektor der Universität und Präsident des Kassationsgerichtes Genf, Prof. Graven, dieser These an und reichte dem Vorstand ein zustimmendes Exposé ein. Er vertritt gleichzeitig auch die Notwendigkeit eines schweizerischen Strafprozeßgesetzes. Er verweist deshalb darauf, daß in Äthiopien in der kurzen Zeit von ca. 8 Jahren unter seiner

Leitung bei schwierigeren Verhältnissen als in der Schweiz eine Strafprozeßordnung eingeführt worden ist. Die große Zersplitterung der kantonalen Prozeßgesetze würde eine einheitliche Prozeßrechtswissenschaft verunmöglichen, und nur ein schweizerisches Prozeßgesetz könne die Garantie der Rechtsgleichheit für alle Schweizerbürger gewähren. (Es wird auf das Exposé von Prof. Graven hingewiesen.)

Hervorragender Pionier für ein schweizerisches Strafprozeßgesetz ist auch der Strafrechtsprofessor Dr. H. F. Pfenninger.

Hier sei eingefügt, daß auch Prof. Fritzsche, langjähriger Inhaber des Lehrstuhles für Prozeßrecht und Präsident des Kassationsgerichtes Zürich, grundsätzlicher Befürworter eines schweizerischen Prozeßgesetzes ist. Er hat sich dazu schon vor 56 Jahren bekannt. In der Bibliothek der Universität Zürich kann man in seiner Doktor-Dissertation von 1905 über das «Rechtsbot» auf Seite 61 lesen:

«Die Verhältnisse, die wir für die Beurteilung der Rechtsbote ins Auge fassen, sind diejenigen der ganzen Schweiz, das in Frage kommende Gesetz, die eidgenössische Zivilprozeßordnung, an deren früheren oder späteren Erscheinen wir nicht zweifeln.»

Aus anderen Schriften des Referenten, Prof. Guldener, ergibt sich, daß auch er kein grundsätzlicher Gegner eines künftigen schweizerischen Zivil- und Strafprozeßgesetzes ist. Wie könnte auch ein Professor des Prozeßrechts anderer Meinung sein.

Zwei von unzähligen Beispielen aus dem Rechtsleben sprechen gegen ein Abwarten von Revisionen der 50 ungleichen kantonalen Zivil- und Strafprozeßgesetze.

Im Jahre 1959 berichtete die Presse über die Revision des Strafprozeßgesetzes im Kanton Aargau. Einleitend wird rechtsideal erhebend gesagt, es dürfte wohl erstmals in einer Strafprozeßordnung bestimmt sein: «Die Untersuchungs- und Gerichtsbehörden haben bei ihren Amtshandlungen den Angeklagten als Menschen zu achten.» Dann aber wird festgestellt: «Das alte Gesetz über die Straf-

prozeßordnung war im vergangenen Jahr genau hundert Jahre alt und umfaßte 600 Paragraphen, so daß es höchste Zeit ist, daß unser Kantonsvolk aus diesem Paragraphen-dschungel herauskommt.»

Der Fall Dr. Richter im Waadtland ist noch in Erinnerung. Auf Grund einer falschen Anzeige wegen schweren Diebstahls wurde er zu fünf Jahren Gefängnis und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Gründe lagen in verschiedenen Mängeln des kantonalen Strafprozeßgesetzes, insbesondere im Fehlen einer Appellationsmöglichkeit gegen erstinstanzliche Strafurteile. Die ganze Schweizer Presse lehnte sich dagegen auf, und es kam zu einer Petition im Parlament durch Advokat Dr. Krafft in Lausanne. Dieselbe hatte nur teilweise Erfolg durch Erweiterung des Rekursrechtes. Gegenwärtig, also nach 10 Jahren, bzw. seit der Verurteilung 18 Jahren, ist eine neue Petition im waadt-ländischen Großen Rat pendent, in welcher neuerdings eine Appellationsmöglichkeit gefordert wird.

So würden im nächsten Jahrhundert die Annäherungsmöglichkeiten durch Revisionen der 50 verschiedenen kantonalen Prozeßgesetze aussehen!

Im Revisionsverfahren wurde Dr. Richter von Schuld und Strafe freigesprochen und vom Staate genugtuungsweise entschädigt.

Das offizielle Referat von Prof. Guldener gibt den Verfechtern eines einheitlichen schweizerischen Zivil- und Strafprozeßgesetzes mehrere scharfe und blanke Waffen in die Hand. Prof. Guldener weist eine Unzahl von für die Rechts-suchenden verhängnisvollen Lücken auf, die er selbst als rechtsstaatswidrig bezeichnet. Die Hauptwaffe ergibt sich aber auf Seite 49 seines Referates, wo es heißt:

«Das kantonale Zivilrecht entscheidet über die Zulässigkeit von Beweismitteln im Verfahren vor den kantonalen Gerichten. Das ist ein höchst bedauerlicher Rechtszustand, weil das Beweisrecht der Kantone nicht übereinstimmt. Der Ausgang eines Zivilprozesses kann daher davon abhängen, ob er im einen oder andern Kanton beurteilt wird. Damit

ist aber die Rechtsgleichheit auf dem Gebiete des materiellen Privatrechtes nicht mehr gewährleistet.»

Das gleiche trifft auf die kantonalen Strafprozeßgesetze zu, wo es um die höchsten menschlichen Güter der Ehre und Freiheit geht. Zudem haben Zivil- und Strafprozeßgesetze die rechtlich gemeinsame Wurzel der Verwirklichung des materiellen Zivil- und Strafrechtes.

Mit der urheimischen Natur der kantonalen Prozeßgesetze als kantonalem Souveränitätseinwand gegen ein eidgenössisches Zivil- und Strafprozeßgesetz ist es nicht so, daß dieselben ihre Wurzeln auf der Rütliwiese geschlagen hätten. Immerhin ist im Bundesbrief vom Jahre 1291 die Einheit des Richters für alle Eidgenossen proklamiert. Aus andern Schriften von Prof. Guldener – auch Prof. Graven weist darauf hin – ergibt sich, daß die kantonalen Prozeßgesetze in der deutschen Schweiz durch deutsche, der französischen Schweiz durch französische und der italienischen Schweiz durch italienische Lehren des Prozeßrechtes mitgestaltet werden.

Möge sich die Zentenartagung des Schweizerischen Juristenvereins im Sinne der Resolution grundsätzlich zu dem nationalen Werk eines schweizerischen Zivil- und Strafprozeßgesetzes und dessen unverzögerlicher Behandlung bekennen, ohne Hemmungen negativ-kleinlicher Art, im Sinne unseres Nobel-Preisträgers und Kulturphilosophen, des Afrika-Doktors Albert Schweitzer, der in einer seiner Schriften ausruft:

«Streut nicht zu viel scholastischen Sand in das Getriebe der natürlichen Entwicklung der Rechtskultur, deren Fundament die Humanität ist.»

Wir dürfen uns auch nicht hemmen lassen durch die leider sporadisch auftretende negative Vorstellung, unsere Generation würde das große Werk einer Rechtsvereinheitlichung auf dem Gebiete des Prozeßrechtes nicht erleben.

Die altgriechische Philosophie erkannte, daß schon die Arbeit an einem Menschenwerk an sich eine lebensbejahende Genugtuung verleiht. Das Bewußtsein, daß die Vollendung

des Werkes über unseren Tod hinausgeht, erhöht für den ethischen Menschen die lebensbejahende Genugtuung.

Prof. Eugen Huber hat sein Lebenswerk, das schweizerische Zivilgesetz, knapp erlebt.

Prof. Stooss hat sein Lebenswerk, das schweizerische Strafgesetz, nicht mehr erlebt.

Aber wir und nochmals über unsren Tod hinaus die künftige Generation erleben immer wieder den vorbildlichen, willensstarken und rechtskulturgestaltenden Geist dieser großen Pioniere, mit dem das letzte Werk einer Rechtsvereinheitlichung, das schweizerische Zivil- und Strafprozeßgesetz, in Angriff genommen und zur Vollendung geführt werden wird.

Die schriftlichen Aufzeichnungen von Herrn Professor JEAN GRAVEN, Genf, werden vom französischsprechenden Sekretär wie folgt verlesen:

Je suis chargé de vous lire un résumé de l'intervention que M. le Prof. Graven a rédigée à l'intention du Congrès.

Après avoir affirmé que son expérience l'a conduit à défendre le principe de l'unité de la procédure en Suisse, M. le Professeur Graven donne les raisons de sa conviction qui, dit-il, ne l'empêche pas d'être résolument fédéraliste. Voici ces raisons:

1. *Pratiquement*, nous vivons dans un temps où les frontières humaines s'élargissent sans cesse. Les rapports et les affaires juridiques à trancher se multiplient et s'unifor- misent de plus en plus. Dans ces conditions, l'extraordi- naire épargillement de nos lois d'organisation, de nos juri- dictions civiles et pénales et de leurs systèmes de procédure, de compétence, d'administration des preuves, de jugement et d'appels successifs, apparaît d'une complication à peine concevable. Non seulement les institutions et les formes, mais encore la terminologie sont différentes, et créent sou- vent la confusion. Les justiciables, les avocats, parfois les juges et les professeurs eux-mêmes s'y perdent. Et cela pour

quel profit réel ? La procédure est, paradoxalement, aussi diverse ou plus diverse dans notre petit pays que dans l'ensemble de l'Europe, et sa connaissance, son application et son amélioration sont presque aussi difficiles à obtenir à l'échelle helvétique qu'à l'échelle européenne.

On peut même dire que le système de nos procédures civiles et pénales reste pratiquement inconnaisable même pour le praticien et le spécialiste, malgré certains efforts et certains ouvrages remarquables auxquels il faut rendre hommage, comme ceux des Schurter, Fritzsche et Guldener en matière de procédure civile, et des professeurs Pfenninger, von Cleric, Waiblinger et Clerc en matière de procédure pénale.

Il ne faut pas oublier de plus que nos multiples lois d'organisation et de procédure ont dû subir toute une série de rajustements qui, par leur multiplication même, rendent le travail et le progrès législatifs infiniment plus lents et onéreux, sans assurer toujours l'amélioration des institutions, comme le montre la révision de bien des lois récentes. Car si certains détails se simplifient, le fond général des structures n'a guère changé, l'organisation et la procédure judiciaires étant un des domaines où la routine a le plus de place et de ténacité.

2. Du point de vue de *l'administration de la justice*, les lenteurs, les imperfections et les contradictions qui résultent d'un tel enchevêtrement de procédures ne peuvent être tempérées par la vigilance d'une autorité supérieure, c'est-à-dire de la juridiction fédérale.

Les inconvénients sont d'ailleurs si évidents qu'on est *obligé* malgré tout d'y déroger et d'instituer des règles de procédure *fédérales* de plus en plus nombreuses, obligatoires pour les cantons, et par conséquent uniformes. On les trouve dans la constitution elle-même (art. 55), dans le code civil (art. 8 et 158), dans la loi sur la poursuite (art. 46 ss.) et dans les lois spéciales. La même observation doit être faite dans la procédure pénale (art. 247 PPF; art. 345 ss., 363 ss.

et 397 du code pénal). C'est bien la preuve que, malgré la garantie constitutionnelle, le système ancien n'est plus viable et qu'il faut coûte que coûte l'amender, tout en le conservant intact en théorie pour des raisons historiques, politiques et psychologiques d'ailleurs compréhensibles et en soi respectables.

3. Du point de vue de la *science de la procédure* enfin, les effets sont aussi regrettables. Il est en effet *impossible* de faire un exposé d'ensemble sur le système des procédures civiles et pénales de la Suisse. Tout exposé honnête doit nécessairement commencer par l'avertissement qu'il n'y a pas de procédure civile ou pénale suisse, d'institutions communes et d'esprit général d'une procédure suisse, mais une multitude, une mosaïque de régimes d'origine coutumière ou doctrinale et de tendances différentes, souvent opposées. L'enseignement d'ensemble de la procédure dans nos Universités – c'est-à-dire sur un plan qui ne soit pas uniquement celui du canton où elles se trouvent – pose de telles difficultés que les professeurs suisses de procédure civile ont dû, il y a quelques années, se réunir en un colloque pour examiner le problème et chercher une formule à peu près cohérente et satisfaisante, sans d'ailleurs y parvenir. La question est d'autant plus importante dans les Universités qui reçoivent – et recevront de plus en plus, avec l'institution des bourses d'études fédérales – des étudiants étrangers qu'on ne saurait simplement initier à telle procédure cantonale.

Il résulte d'un tel morcellement des textes qu'une véritable science de la procédure suisse ne peut atteindre à la notoriété qu'elle mériterait. La procédure reste une routine plutôt qu'une science. Quelques foyers sporadiques d'étude et de publication existent bien, comme notamment à Zurich. Mais en général l'étude est presque toujours limitée à l'histoire, aux aspects et aux problèmes d'une procédure cantonale particulière, et donc d'un intérêt local. On peut et doit le déplorer, au vu de la juste réputation dont jouit

dans le monde la doctrine suisse en matière de droit public, de droit civil et commercial, et plus récemment de droit pénal, depuis les résolutions votées par la Société suisse des Juristes et les projets d'Eugen Huber et de Carl Stooss qui en ont été l'aboutissement, ouvrant un champ immense à l'étude, aux recherches et à l'émulation. Un même «patri-moine scientifique suisse» se créerait certainement aussi pour le droit judiciaire sitôt qu'existerait une procédure à l'échelle nationale, et partant d'intérêt national et international. Des œuvres magistrales comme celle de Schurter et Fritzsché y conduisent directement et montrent bien quelle pourrait être la valeur d'une doctrine de la procédure suisse.

4. *Les objections* nous sont familières. On fera valoir le respect de la tradition, le prétendu enrichissement qui découle des particularismes, la possibilité d'améliorer sans unifier et la nécessité de maintenir les derniers bastions importants de la souveraineté des cantons, les difficultés insurmontables à changer ce qui a des racines aussi profondes dans le peuple et dans la vie locale. On invoquera aussi les charges matérielles et financières qu'entraînerait une modification du système existant.

Ces arguments ne sont pas négligeables et méritent d'être pris en considération. C'est pour l'avoir fait que dans une étude de 1957 sur l'évolution du droit pénal suisse des 50 dernières années (pour le volume jubilaire de la Revue belge de droit pénal et de criminologie examinant l'état mondial en ce domaine), nous nous étions montré réservé sur la question de savoir «si, dans ces conditions, il ne serait pas raisonnable d'envisager aussi l'unification de la procédure pénale et des formes de la justice en Suisse comme on l'a fait pour l'ensemble du droit de fond». Rappelant que le professeur Pfenninger a notamment défendu cette idée et en a montré les possibilités et les avantages certains, je n'avais pas manqué de rappeler, comme l'avait fait aussi déjà le professeur Clerc, que la Société suisse des juristes avait écarté cette idée lors de la discussion sur les rapports

du droit fédéral et du droit cantonal à son assemblée de 1946. Mais observant, dans l'étude des tendances actuelles, une sorte de rapprochement parmi les nouveaux codes cantonaux de ces dernières années, sous l'influence de la procédure fédérale et de quelques-unes des meilleures lois cantonales (comme celles de Berne, Zurich et Neuchâtel, notamment), je concluais que si une unification devait un jour se faire dans le domaine de la procédure et de l'organisation judiciaire, ce ne serait assurément pas d'autorité et par un vote de majorité, mais plutôt par le processus naturel et progressif d'interpénétration relevé.

Or, à la réflexion et après l'étude des plus récents codes de procédure pénaux cantonaux en vue de travaux de droit comparé, je n'en suis plus du tout aussi sûr. Ces codes ou projets de codes, tels ceux de St-Gall, Lucerne, Genève, Grisons, Argovie et Uri, montrent que malgré un rapprochement relatif sur quelques points, comme la réglementation de la détention préventive, la libre appréciation de la preuve et l'évolution du jury vers l'assessorat, la diversité des codes cantonaux est encore si profonde que les progrès attendus des réformes en cours seront très relatifs. Après comme avant, les procédures suisses constitueront un domaine inconnaisable, souvent irrationnel et contradictoire, désuet au regard de la science, de la méthode et des exigences modernes. Elles seront insuffisantes au moment même où l'on aura cru les rendre actuelles et parfaites.

5. Le contraste avec les réformes fondamentales heureusement accomplies par *d'autres pays* ne peut manquer de faire réfléchir. On peut se borner à deux exemples, qui sont de nature à intéresser tous deux notre pays: D'une part, la France a abandonné, par sa réforme de décembre 1958, un système datant de 150 ans, et introduit toute une série d'innovations qui, il y a peu encore, semblaient utopiques. D'autre part, la traditionnelle Ethiopie, dans des conditions historiques et politiques bien moins favorables que celles de la Suisse, a conduit à bien, dans ses nouveaux

codes de 1957/1959 actuellement en cours de mise au point définitive, l'unification et la réglementation méthodique de son organisation judiciaire et de ses procédures civile et pénale. Il est naturel que de tels exemples incitent à se demander si une franche réforme de base ne serait pas préférable à des remaniements plus ou moins superficiels, qui n'améliorent en définitive pas *le régime fondamental* incohérent dont nous offrons l'image.

Il ne m'apparaît pas douteux qu'une telle entreprise, malgré sa difficulté, serait finalement heureuse pour notre pays. Les rapporteurs, MM. Guldener et Voyame, arrivent à la conclusion qu'une unification des procédures cantonales n'est pas indispensable pour assurer l'application du droit privé et ce n'est pas contestable, puisqu'il s'applique en effet – et le droit pénal à son tour – depuis des années. Mais là n'est pas la véritable question: Il s'agit en réalité de savoir si, avec la diversité de nos vingt-cinq procédures cantonales, il est possible d'appliquer le droit de fond *dans les meilleures conditions* exigées par l'intérêt des justiciables, et s'il n'est pas impossible d'avoir une véritable *science* de la procédure suisse. C'est, pour nous, l'angle sous lequel le problème devrait être examiné.

Or, la situation n'est pas essentiellement différente de celle qui existait pour le droit de fond dont l'unification a été ressentie comme une inéluctable nécessité, recommandée par la Société suisse des Juristes. Malgré les progrès intervenus, on pourrait en certains endroits répéter les constatations pessimistes qui existaient lors de la résolution prise par notre Société en 1887, à Bellinzona, et du dépôt consécutif de la motion Forrer demandant la révision de l'art. 64 de la constitution fédérale pour pouvoir y remédier. Aujourd'hui encore, on ne peut que s'associer au souhait d'un progrès profond et définitif, digne de la position et du renom de notre pays, et renouveler pour le 100^e anniversaire de la Société suisse des Juristes le vœu qu'elle émit en 1900, à une très nette majorité, de voir commencer l'étude comparative d'ensemble qui conduirait à l'élaboration d'une

procédure suisse. Car c'est sa mission d'assurer le développement de nos institutions juridiques, et cette œuvre nationale serait digne de l'événement qu'elle commémore. Elle ne pourrait mieux marquer son centenaire.

Dr. WALTER GRESSLY, Fürsprecher, Solothurn:

Unter das Thema unserer heutigen Diskussion fallen verschiedene einseitige oder zweiseitige Rechtsgeschäfte, durch welche Privatpersonen prozessuale Wirkungen herbeiführen. Schwierigkeiten bereiten darunter namentlich Klagerückzug, Klageanerkennung, gerichtlicher Vergleich, welche alle einander rechtlich verwandt sind, ferner die Prozeßvollmacht, der Schiedsvertrag (compromissum) und der Schiedsrichtervertrag (receptum arbitrii). Die Bestimmung der Natur dieser Rechtsgeschäfte ist von erheblicher praktischer Bedeutung; denken wir nur an die Regeln des OR über den Abschluß und die Unverbindlichkeit der Verträge.

Ein Problem ist bekanntlich halb gelöst, wenn die Frage richtig gestellt wird. Mir scheint nun, daß die Frage nach der Rechtsnatur der erwähnten Rechtsgeschäfte oft zu wenig präzis formuliert wird. Dies gilt insbesondere für den Schiedsvertrag und den Schiedsrichtervertrag. Die Frage nach ihrer Rechtsnatur bedürfte einer Präzisierung in zwei Richtungen.

Erstens sollte man klar festhalten, daß Prozeßrecht nicht begriffsnotwendig öffentliches Recht sein muß, und daß somit Privatrecht und Prozeßrecht keine sich ausschließenden Kategorien sind. Dieser Sachverhalt wird zwar bei wissenschaftlicher Untersuchung im allgemeinen berücksichtigt, doch dürfte es zur Klärung beitragen, ihn ganz deutlich festzustellen. Wir lassen uns verwirren durch den Umstand, daß die erwähnten Rechtsgeschäfte nicht nur prozessuale Wirkungen haben, sondern auch eindeutig privatrechtliche Elemente enthalten.

Mit Grund ordnen wir das Prozeßrecht im allgemeinen dem öffentlichen Recht zu, weil in der Regel staatliche Or-

gane als Hoheitsträger Recht sprechen. Wir müssen aber die Einschränkung machen, daß Rechtsprechung nicht unbedingt durch staatliche Organe und nach zwingenden staatlichen Verfahrensvorschriften ausgeübt werden muß. Vergegenwärtigen wir uns, daß das Prozeßrecht eine Art des formellen Rechts ist. Formelles Recht sind die Normen, die bestimmen, wie (durch wen, in welcher Form) das materielle Recht gesetzt wird, wie es nötigenfalls rechtskräftig und vollstreckbar festgelegt wird, und wie es vollstreckt wird. So gut wie Private auf Grund der Privatautonomie ohne Mitwirkung staatlicher Organe selber Recht setzen oder durch Vollmachterteilung, Bestellung eines Vereinsorgans usw. dessen Schaffung durch andere Privatpersonen ordnen können, ebensogut können sie auch – soweit der Staat es zuläßt – selber Recht rechtskräftig und vollstreckbar festlegen (z.B. durch gerichtlichen Vergleich, durch Klageanerkennung) oder die Mitwirkung anderer Privatpersonen bei der vollstreckbaren Festlegung des Rechts ordnen (etwa durch Prozeßvollmacht, durch Bestellung eines Schiedsgerichts usw.). Prozeßrecht ist somit nicht *per definitionem* öffentliches Recht. Vielmehr sind gesetzliche Vorschriften oder Rechtsgeschäfte, die die Schiedsgerichtsbarkeit ordnen, als privatrechtliches Prozeßrecht zu bezeichnen. Vorausgesetzt ist dabei, daß der Schiedsrichter Privatperson ist, was eingehender Untersuchung nach jeder Prozeßordnung bedürfte, aber im allgemeinen für die Schweiz zutrifft.

Es ist also beispielsweise nicht erforderlich und verwirrend, die Rechtsprechung durch private Schiedsrichter als Anomalie zu betrachten, welche sich logisch nicht befriedigend erklären läßt, und z.B. die prozessuale Natur des Schiedsvertrages dadurch zu retten, daß man den Schiedsgerichten obrigkeitliche Funktionen zuschreibt und sie sogar als eine Art Staatsorgane bezeichnet.

Wenn wir somit die Rechtsnatur einer gesetzlichen oder rechtsgeschäftlichen Norm bestimmen wollen, müssen wir immer zwei verschiedene Fragen beantworten:

1. Ist sie materiellrechtlich oder formellrechtlich? So weit sie formellrechtlich ist, betrifft sie die Rechtssetzung, die vollstreckbare Festlegung oder die Vollstreckung des Rechts?

Wenn sie eben die vollstreckbare Festlegung des Rechts oder die nicht betrieburechtliche Vollstreckung betrifft, gehört sie in die kantonale Kompetenz.

2. Ist sie öffentlichrechtlich oder privatrechtlich, d.h., ist der Staat als Hoheitsträger daran beteiligt?

Nach diesem Kriterium beurteilt sich, ob materielles Recht oder formelles Recht, das die Rechtssatzung betrifft, in die Kompetenz des Bundes oder der Kantone fällt.

Eine zweite Klarstellung: Wenn wir die erwähnten Kriterien auf ein bestimmtes Rechtsgeschäft anwenden, erkennen wir, daß in einem solchen Rechtsgeschäft oft zwei oder sogar drei Rechtsgeschäfte verschiedener Natur stecken.

Eine solche Zerlegung eines Rechtsgeschäfts ist uns etwa bei der privatrechtlichen Vollmacht geläufig. Sie ist ein einseitiges Rechtsgeschäft, durch das ein Privater einem andern Privaten die Macht überträgt, Recht zu setzen: Das ist ausschließlich formelles Recht. Damit verbunden ist in der Regel ein materielles Rechtsverhältnis, zum Beispiel ein Auftrag oder Dienstvertrag. Von erheblicher praktischer Bedeutung werden nun solche Zerlegungen eines Rechtsgeschäftes, wenn eben die beiden Kategorien nicht in dieselbe Gesetzgebungskompetenz fallen.

Wenden wir nun diese Überlegungen einmal an auf den Schiedsvertrag und die Schiedsklausel. Die Schiedsabrede wird zu Recht allgemein als prozessuales Rechtsgeschäft anerkannt. (Nach den gemachten Ausführungen ist sie als privatrechtliches Prozeßrecht zu bezeichnen.) Nicht prozessualer Natur sind hingegen materiellrechtliche Abreden, die – was oft geschieht – mit einer Schiedsabrede verbunden sein können: z.B. Abreden über die Bezahlung des Honorars des Schiedsrichters oder über die Tragung der Parteikosten. Nicht prozessualer Natur ist ferner die besonders in Gesamtarbeitsverträgen häufige Ermächtigung des Schiedsgerich-

tes, materielle Rechtsverhältnisse – z.B. Lohnansätze oder Ferienansprüche – abzuändern. Solche nicht prozessuale Abreden unterstehen dem Bundesprivatrecht, z.B. den Regeln des OR über Vertragsabschluß, Willensmängel usw., und können obligatorisch verbindlich sein, selbst wenn sie einem Erfordernis des kantonalen Zivilprozeßrechts nicht genügen. Das bedürfte näherer Prüfung.

Die Bestellung des Schiedsrichters, die ja vom Schiedsvertrag zu unterscheiden ist und die ich in meiner Dissertation behandelt habe, enthält regelmäßig ein doppeltes Rechtsgeschäft: Einmal erhält der Schiedsrichter die Macht, die Streitfrage vollstreckbar zu entscheiden. Diese Übertragung der Rechtsprechungsmacht ist formelles Recht, und zwar, da sie die vollstreckbare Festlegung des Rechts ordnet, prozessualer Natur. Sie untersteht ausschließlich dem kantonalen Prozeßrecht. Bestimmungen des OR können höchstens als ergänzendes kantonales Recht herangezogen werden. Bei Streitigkeiten darüber ist die zivilrechtliche Berufung an das Bundesgericht nicht möglich.

Neben dieser Übertragung der Rechtsprechungsmacht begründet die Schiedsrichterbestellung ein materiell-rechtliches, obligatorisches Rechtsverhältnis, kraft dessen z.B. die Parteien verpflichtet sind, dem Schiedsrichter ein Honorar zu zahlen, oder der Schiedsrichter den Spruch zu fällen und widrigenfalls Schadenersatz zu bezahlen hat. Da der Schiedsrichter Privatperson ist, ist auch dieses materiell-rechtliche Rechtsverhältnis privatrechtlicher Natur. Es untersteht grundsätzlich dem OR. Zwar können die Kantone wegen des engen Zusammenhangs mit dem Prozeßrecht vom OR abweichende Bestimmungen aufstellen. Soweit sie indessen von dieser Befugnis keinen Gebrauch gemacht haben, bleibt das OR anwendbar, und die zivilrechtliche Berufung ist unzulässig.

Ich glaube, mit diesen Schlußfolgerungen kommt man zu einem logisch einwandfreien und auch praktisch befriedigenden Ergebnis, und von hier aus scheint kein Grund zu bestehen für eine Änderung der Gesetzgebungskompetenzen,

die vielleicht aus anderem Grunde als wünschbar erscheinen mag.

Diese Überlegungen ließen sich auch auf andere Rechtsgeschäfte anwenden, insbesondere auf Klagerückzug, Klageanerkennung, gerichtlichen Vergleich, die Betrauung eines Anwaltes mit der Prozeßführung; doch möchte ich mit Rücksicht auf die Stoppuhr unseres Präsidenten darauf nicht mehr näher eintreten.

Monsieur le Juge fédéral ALBERT COMMENT, Lausanne:

D'une manière générale, je tiens tout d'abord à m'associer aux félicitations déjà adressées à MM. les rapporteurs pour leurs magnifiques travaux. Ils ont fait leur possible pour mettre en lumière une fois de plus les nombreuses difficultés que rencontrent les praticiens du droit du fait que le droit civil est unifié alors que la procédure civile est restée dans la compétence des cantons. Comme le dit M. Guldener, ce principe fondamental de notre droit constitutionnel ne peut pas être appliqué jusque dans ses dernières conséquences. Toutes les lois fondamentales de notre droit civil contiennent des empiètements sur la procédure cantonale. Ils ont toujours été motivés par la nécessité d'assurer une meilleure application du droit fédéral. Lorsque la jurisprudence aborde ce problème – ce qui lui arrive aussi de temps à autre –, elle doit également opter entre le respect de l'autonomie cantonale en procédure civile et l'application uniforme du droit privé suisse. A cet égard, M. Voyame a épluché consciencieusement les arrêts du Tribunal fédéral. Il en approuve une partie tout en signalant quant à l'autre des inconséquences et des dépassements du compétence. Je pense qu'en toute bonne foi, on peut diverger d'opinion sur ces questions. Permettez-moi d'en évoquer rapidement quelques-unes.

1. Règle: *ne eat judex ultra petita partium* (p. 156). M. Voyame pense que cette règle est de droit fédéral, alors

que selon le Tribunal fédéral il s'agit d'une règle de procédure cantonale qui peut permettre aux autorités cantonales de statuer d'office sur des prétentions qui ne leur sont pas soumises. Avec la meilleure volonté du monde, je ne puis concevoir que cette règle soit une règle de droit fédéral. Certes, elle est formulée dans la loi d'organisation judiciaire (art. 63 al. 1), mais nous ne la trouvons ni dans le code civil, ni dans le code des obligations, même si l'on y rencontre l'une ou l'autre exception à ce principe. Et par nature, c'est une règle de procédure qui trace au juge la voie à suivre dans un cas concret litigieux lorsqu'une partie n'a pas réclamé – à tort – tout ce à quoi elle aurait droit. Le droit civil ne fait que fixer les droits des individus entre eux. Il ne détermine pas en général dans quelle mesure ceux-ci peuvent ou doivent exercer leurs droits.

Selon M. Voyame, la jurisprudence serait d'ailleurs contradictoire. Les arrêts cités par lui à l'appui de cette affirmation ne concernent toutefois pas ce principe, mais la porté des conclusions en général, ce qui n'est pas tout-à-fait la même chose.

2. De l'avis de M. Voyame (ff. 156 et 158), la juridiction fédérale de réforme s'ingère de façon excessive dans la procédure cantonale lorsqu'elle vérifie si les moyens de preuve admis par ce droit sont propres à établir un fait selon l'art. 8 CC. Les arrêts cités précisent que l'art. 8 exige une preuve idoine et interdit par conséquent de prendre en considération un moyen de preuve qui serait absolument impropre à former la conviction du juge sur le point de fait qu'il a à trancher, p. ex. si ce point ne peut être élucidé que par une personne ayant des connaissances spéciales. Il me paraît, ce faisant, que la jurisprudence fait une application raisonnable de l'art. 8 CC, qui ne concerne directement que le fardeau de la preuve; je reconnais cependant que l'opinion divergente de M. le rapporteur n'est pas insoutenable. Quand il reproche toutefois au Tribunal fédéral de dépasser les limites de sa compétence lorsqu'il vérifie par exemple,

sur la base de faits-indices constatés par l'autorité cantonale, s'il est exclu que le mari soit le père de l'enfant conçu dans le mariage, je pense que M. le rapporteur n'a pas raison. La notion d'impossibilité qui résulte de l'art. 254 CC est incontestablement une notion de droit que peut revoir librement le Tribunal fédéral. En revanche, les éléments sur lesquels s'appuie cette notion sont des éléments de fait qui dépendent exclusivement de l'appréciation cantonale.

3. Au sujet de l'expertise des sangs en matière de paternité et de désaveu (p. 160), je suis d'accord avec M. le rapporteur que l'innovation consistant à permettre au défendeur à l'action en paternité et au demandeur à l'action en désaveu, en vertu du droit fédéral d'exiger l'expertise des sangs était hardie lorsqu'elle fut décidée par le Tribunal fédéral. Car elle ne trouve sa base dans aucun texte légal. Elle fut acceptée dans le seul but de faire progresser l'évolution du droit fédéral. Aujourd'hui personne ne songerait cependant à revenir en arrière. Sans doute serait-il indiqué de n'en pas rester à cette demi-mesure et d'imposer l'expertise par des dispositions coercitives. A cet égard, la critique des deux rapporteurs ne manque pas de pertinence (cf. pp. 48, 160).

4. M. Voyame postule en outre (p. 161) l'interrogatoire des parties dans la procédure de divorce en disant qu'il est impossible au juge de comprendre dans la plupart des cas les conflits conjugaux quand il n'entre pas en contact direct avec les époux. Je suis pleinement d'accord avec tout cela. Mais le Code civil a prescrit à l'art. 158 les exigences qu'il entendait formuler à propos de la procédure cantonale. L'interpellation des parties ne s'y trouve pas. Comment le juge pourrait-il l'introduire et l'imposer aux cantons lorsque l'art. 158 dispose: «La procédure en matière de divorce est réglée par le droit cantonal sous les réserves suivantes»? Je ne le vois pas. D'ailleurs l'étude des nombreux dossiers de divorce qui nous sont soumis chaque année nous montre que ce postulat est pour ainsi dire sans objet, l'interrogatoire des parties ayant lieu presque dans tous les cas.

5. Au sujet de la force de chose jugée attachée au jugement (pp. 17, 27, 172/173), les deux rapporteurs se distancent de la jurisprudence fédérale, selon laquelle il n'est pas contraire au droit fédéral que les cantons permettent de juger à nouveau, malgré l'identité des parties et du droit déféré en justice, un litige sur lequel leurs autorités se sont déjà prononcées. Ils estiment que si la prétention litigieuse relève du droit fédéral, celui-ci exige que les jugements cantonaux jouissent de l'autorité de la chose jugée. La question est très controversée même au sein du Tribunal fédéral. Mais pour ma part, je crois la jurisprudence juste. Le jugement est l'acte par lequel se termine normalement le procès. Il est lui-même un acte de la procédure qui a pour but de dire le droit dans un cas donné. C'est à la procédure cantonale à préciser quels sont les effets de cet acte et notamment à dire si cet acte peut être soumis à la révision. Tout au plus peut-on concéder au droit fédéral le pouvoir d'intervenir si, dans une nouvelle procédure, le juge cantonal admet la chose jugée alors qu'il ne s'agit pas de la même prétention de droit fédéral et des mêmes parties. Je ne vois aucune nécessité d'incorporer totalement ce principe de procédure civile au droit matériel, ce qui entraînerait la conséquence que la révision des jugements devrait elle aussi devenir une institution du droit fédéral: où se trouve la base légale pour faire cela? Je rappelle à ce propos que lors du débat qui s'est institué au sein de notre Société 1955 sur le procès en divorce M. le juge fédéral Leuch avait déjà clairement démontré que la force de chose jugée du jugement n'a rien à voir avec le droit matériel du divorce (1955 p. 672a RDS).

6. Les deux rapporteurs postulent (pp. 49/50, 163/164) l'unification des moyens de preuve et M. Guldener pense même que ce serait possible déjà sur la base du droit actuel. Nous venons d'apprendre que notre Comité nous propose d'adapter une recommandation en faveur de l'unification des moyens de preuve et de l'arbitrage. Je pense que si le législateur se décidait à suivre cette voie, il serait indiqué

qu'il envisage directement l'unification de la procédure civile en général. Les dispositions sur les moyens de preuve et l'administration de celle-ci sont un des chapitres essentiels de la procédure civile. Amputée de ce chapitre, la loi de procédure n'aurait plus guère de portée, réserve faite peut-être de l'organisation et de la compétence des autorités judiciaires. Ce serait une demi-mesure qui ne satisferait personne. Sans doute on ne peut contester que cette souveraineté des cantons en matière de preuves peut ici et là rendre plus aléatoire la bonne application du droit matériel. Mais, dans l'ensemble, l'inconvénient n'est pas à ce point insupportable qu'il faille y remédier par l'unification des moyens de preuve. L'art. 64 OJ donne déjà au Tribunal fédéral l'occasion d'intervenir dans les cas les plus frappants. Par ailleurs, à quelques exceptions près, les dispositions cantonales sur les moyens de preuve tendent de plus en plus à se rapprocher les unes des autres. Et enfin s'il le faut absolument, la jurisprudence peut, comme elle l'a fait à propos de l'expertise des sangs, intervenir en vue de promouvoir une meilleure application du droit fédéral. A mon avis, la voie des concordats inter-cantonaux que préconise M. Voyame pour arriver à l'unification des moyens de preuve n'est en tous cas guère praticable.

7. Faut-il songer dans l'avenir à une unification de la procédure civile (cf. p. 66, 180) ? M. Voyame y est résolument opposé avant tout pour des raisons politiques. M. Guldener a relevé que la question n'est pas posée aujourd'hui. Dans son exposé de ce jour, il a déclaré que cette unification n'était pas nécessaire. Je rejoins les rapporteurs. Sans doute l'unification marquerait-elle un pas sérieux vers une meilleure réalisation du droit privé. Mais l'état de choses actuel n'est pas insupportable. Les quelques inconvénients que rencontre la jurisprudence sur son chemin peuvent être éliminés s'il le faut absolument; ils ne sont pas insurmontables. D'autre part, le droit fédéral se développe dans tous les domaines ces dernières années d'une manière inquiétante aux dépens des prérogatives cantonales. Lorsqu'il n'y a pas né-

cessité absolue, laissons aux cantons les domaines qui, comme la procédure, furent les leurs jusqu'à ce jour. Une unification de la procédure aurait inévitablement sa répercussion sur l'organisation judiciaire des cantons et sur celle du Tribunal fédéral. A cela il n'y a pour le moment aucune nécessité absolue. Quant à s'inspirer à ce propos des législations étrangères (France, Ethiopie), nous n'en avons aucune raison. Dans cette matière plus que dans toute autre, nous ne devons construire sur le terrain fédéral qu'en puisant dans le réservoir de nos institutions et traditions cantonales et en ne perdant jamais de vue la structure particulière de notre Etat fédéral.

Enfin l'argument tendant à favoriser l'unification de la procédure civile pour que la science juridique puisse mieux l'enseigner ne saurait être retenu; les lois doivent répondre à des nécessités pratiques car elles sont faites pour le peuple; leur justification ne saurait être fournie essentiellement par des considérations théoriques et scientifiques.

Alt Bundesrichter Dr. ADOLF ZIEGLER, Lausanne:

Gegen die eine Auseinandersetzung mit Art. 64 BV vermissen lassende Ansicht der Referenten, der Bund sei ohne Verfassungsrevision zuständig zu allgemeiner Ordnung des Beweismittelrechts für «Bundesrechtsprozesse», muß ich Bedenken anbringen und möchte dem Vorstand Wiedererwägung seines Resolutions-Antrages nahelegen. Solche Bundeskompetenz läßt sich nicht vereinbaren mit dem Satz: «Das gerichtliche Verfahren verbleibt, wie bis anhin, den Kantonen». Er garantiert ihnen bis auf weiteres den Zivilprozeß ganz allgemein, außer sie vereiteln damit die Durchsetzung des Bundeszivilrechts, m.a.W. es sei dafür ein bundesrechtlicher «Eingriff», d.h. die Nichtanwendung einer kantonalen Prozeßvorschrift notwendig, unerlässlich. Wenn dieser enge Rahmen etwa vereinzelt gesprengt worden sein mag – übrigens hauptsächlich nur für Gerichtsstandsvorschriften, wo ja die andere Frage der Abgrenzung

der Zuständigkeit der kantonalen Behörden hineinspielt –, so dürfen daraus keine verallgemeinernden Schlüsse gezogen werden.

Als diese Verfassungsvorschrift im Jahre 1898 aufgestellt wurde, war längst bekannt, daß beim Nebeneinanderbestehen materiellen Zivilrechts des Bundes und kantonalen Zivilprozeßrechts nicht alles bestens klappen werde, hatte doch gerade deshalb schon eines der allerersten Privatrechtsspezialgesetze des Bundes, das Eisenbahnhaltspflichtgesetz von 1875, in Art. 11 bestimmt: «Bei Streitigkeiten über die aus diesem Gesetz entspringenden Schadenersatzansprüche hat das Gericht über die Höhe des Schadenersatzes und die Wahrheit der tatsächlichen Behauptungen nach freier Würdigung des gesamten Inhalts der Verhandlungen zu entscheiden, ohne an die Beweisgrundsätze der einschlagenden Prozeßgesetze gebunden zu sein», was dann der Sache nach später (bis 1898) bloß noch in zwei Spezialgesetzen wiederholt wurde, nämlich über das Urheberrecht, Art. 11, und über die paulianische Anfechtung, Art. 289 SchKG; auch der erste Teil der Privatrechtskodifikation im ungefähren Umfang eines Drittels der Gesamtkodifikation trat bloß in einer einzigen Spezialvorschrift dem kantonalen Prozeßrecht nahe, nämlich Art. 116 Abs. 2 aOR: «Den Betrag des Schadens stellt der Richter nach freiem Ermessen unter Würdigung der Umstände fest» – was aber nur Schaden aus Nichterfüllung von Verträgen betraf, also noch enger war als heute Art. 42 Abs. 2 und 99 Abs. 3 rOR. Wenn angesichts dieser von der Verfassungsrevision von 1898 vorgefundenen Rechtslage damals den Kantonen bis auf weiteres garantiert wurde, ihnen verbleibe wie bis anhin das gerichtliche Verfahren, so darf hievon heute nicht das gesamte Beweismittelrecht ausgenommen werden. An etwas Derartiges hat damals kein Mensch gedacht, wie die verhältnismäßig wenigen und ganz vereinzelten zivilprozessualen Vorschriften des ZGB und des rOR durtun – die zwar auch m.E. nicht etwa eine unverrückbare Grenze bilden. Gegenüber dem Hergebrachten

(«wie bis anhin») wäre es etwas ganz Anderes, Neues, bis anhin nie Dagewesenes, daß sich der Bund in Bausch und Bogen eines ganzen wichtigen Teiles des Zivilprozeßrechts bemächtige, wie es die Beweismittellehre ist, die von ZPO-Lehrbüchern immerhin etwa einen Zwanzigstel des Umfangs ausmacht. «Bis anhin» kann nur historisch genommen werden und ist moderneren Auslegungsmethoden nicht zugänglich, die es ins Gegenteil verkehren könnten. So sagt ja auch Herr Voyame selbst (S. 74 N. 30): «Cette expression (ne signifie rien par elle-même, mais) oblige à se reporter à la situation qui existait dans le passé». Aber man muß das dann eben auch tun, was ja durch Schurter-Fritzsche (I 475 ff., zumal 506 ff.) für immer leicht gemacht ist. Man ver gegenwärtige sich übrigens das Nebeneinanderbestehen solchen Beweismittelrechts des Bundes für nach Bundesrecht zu beurteilende Tatsachen und das (zu supponierende) Festhalten der Kantone am bisherigen Beweismittelrecht für die nach kantonalem Recht zu beurteilenden Tatsachen und bzw. Prozesse! Gestatten Sie mir, die Frage einmal dahin zu formulieren: Wenn viele Kantone z. B. seit jeher ihren Richtern verunmöglichen wollten, eine Partei einen sonst verlorenen Prozeß bloß mit dem Zeugnis des Ehegatten oder eines heranwachsenden eigenen Kindes gewinnen zu lassen – soll ihnen dies nun aus der Hand gewunden werden, bloß weil ihnen die Privatrechtsgesetzgebung zur Hauptsache nicht mehr zusteht? Was hat dies überhaupt mit einheitlicher Anwendung des Bundeszivilrechts zu tun? Man gebe sich übrigens keinen Illusionen hin: Mit solcher Verfassungsritzung wäre auch gar nichts gewonnen gegenüber sogenannter uneinheitlicher Anwendung des Bundeszivilrechts wegen verschiedenartiger Beweiswürdigung, worüber jeder in der Bundesrechtspflege Tätige seine geradezu ungeahnten Erfahrungen macht.

Was ich sodann zu dem von Herrn Voyame (S. 91 N. 114) gepriesenen § 254 der Zürcher ZPO sagen wollte, hat mir Herr Prof. Guldener am Schluß seiner heutigen mündlichen Darlegungen vorweggenommen. Dessen Unvereinbarkeit

mit dem Bundesrecht wird am allereinleuchtendsten durch eine ganze Anzahl von in seinem Referat formulierten allgemeinen Sätzen aufgezeigt. Diese Frage wird ja aber nie innerhalb der «gesetzlichen» Frist von 8 Wochen zum Austrag gebracht werden können, also immer vorher gegenstandslos geworden sein – woraus sich erklären dürfte, daß das Bundesgericht noch nie damit befaßt wurde, worauf ich seit Jahren gespannt war.

Professor Dr. HANS HINDERLING, Basel:

Das Prozeßverfahren dient der materiellen Berechtigung, dem subjektiven Recht. Wenn auch eine unbegründete Klage immerhin erhoben werden darf, so nur deshalb, weil die behauptete Berechtigung gerade erst im Prozeß abgeklärt werden kann. Auch die einstweilige Verfügung bezieht den Schutz der materiellen Berechtigung. Wenn der Gesetzgeber sich hier mit einer bloßen Glaubhaftmachung begnügt, so tut er das ungern, er tut es nur, weil es hier auf eine schnelle Entscheidung ankommt. Dem Beklagten freilich wird Rechtsschutz auch dort zuteil, wo er nur eine Verpflichtung bestreitet, ohne ein eigenes Recht zu behaupten; aber der Schutz des Beklagten hat hier nur sekundäre Bedeutung. Er ist Korrelat und notwendige Begrenzung des dem Kläger zugestandenen Rechtsschutzes.

Wir sind uns darüber einig, daß es zwingende Einwirkungen des Bundesprivatrechts auf den kantonalen Zivilprozeß auch da geben kann, wo der Bundesgesetzgeber – abweichend von der z.B. mit Art. 158 ZGB befolgten Methode – unterlassen hat, die aus dem Privatrecht folgenden zivilprozessualen Konsequenzen ausdrücklich zu formulieren. Es ist nicht ganz einfach, die Grenzlinie richtig zu ziehen, die bei dieser Ausscheidung gesetzgeberischer Kompetenzen zwischen Bund und Kanton resultiert, und die den übrig bleibenden Bereich eigener Entscheidungsbefugnisse der Kantone festzustellen erlaubt. Man ist sich zwar auch darüber einig, daß sich das kantonale Prozeßrecht am Bundesprivatrecht nur dann bricht, wenn es kraß gegen dessen

Sinn verstößt und seine Durchsetzung vereitelt oder übermäßig erschwert. Aber die Unschärfe des Kriteriums führt zu Auslegeschwierigkeiten. Auf alle Fälle kann, wie Herr Voyame mit Recht ausführt, eine ideale Anpassung des Prozeßrechts an das Privatrecht nicht verlangt werden. Bloße Mängel der Anpassung, die die Durchsetzung des Privatrechts nicht vereiteln, müssen in Kauf genommen werden. Sie können sich dem kantonalen Gesetzgeber sogar empfehlen, nämlich dann, wenn sie andere Vorteile wie eine Verbilligung, Straffung und Beschleunigung des Verfahrens mit sich bringen und deshalb im Allgemeininteresse liegen. Übrigens können sie sich, wenn nicht in der Anwendung auf jeden Einzelfall, so doch generell gesehen, gerade auch wieder hilfreich für die Durchsetzung des Privatrechts erweisen. Zwar hat der Zivilprozeß dem Zivilrecht zu dienen, ist also insofern nur sekundär bedeutungsvoll; aber bei der Verwirklichung des Privatrechts muß auch auf zivilprozessuale Möglichkeiten und Zweckmäßigkeit Rücksicht genommen werden. Diese sind dem Befinden der Kantone unterstellt. Soweit daher die Verwirklichung des Privatrechts nicht geradezu auf dem Spiel steht, bleibt bei der Auslegung einer an sich mehrdeutigen kantonalprozessualen Regelung Raum für eine echte Interessenabwägung, die sich auf dem Boden des kantonalen Rechts vollzieht. Die Entscheidung braucht dabei nicht immer zugunsten der Anpassung an das Privatrecht auszufallen. Denn die Interessenabwägung, die ich in Abweichung von den Referaten im angegebenen Rahmen für zulässig und notwendig halte, kann zu einem andern Ergebnis führen.

Verschiedene in den Referaten genannte Beispiele beweisen, daß die Frage, ob gewisse an sich eindeutige Regeln des kantonalen Prozeßrechts mit dem Bundesprivatrecht vereinbar sind, oft schwierig zu entscheiden ist.

1. Am Juristentag 1955 hat Georg Leuch die Meinung vertreten, daß Art. 158 ZGB den Richter bloß zwinge, scheidungsfeindliche Tatsachen von Amtes wegen zu beachten.

Er müsse deshalb z.B. die Klage nach Art. 142 ZGB abweisen, wenn er von der Schlüssigkeit des klägerischen Vorbringens nicht überzeugt sei; dagegen sei er keineswegs von Bundesprivatrechts wegen gehalten, ein Mehreres zu tun und selber nach scheidungsfeindlichen Tatsachen zu forschen, z.B. nach solchen, die die Zumutbarkeit der Fortsetzung einer ehelichen Gemeinschaft betreffen. Ich halte diese Auffassung für richtig. Die im deutschen Referat vertretene gegenteilige Meinung will dem Offizialprinzip ein Gebiet erobern, das sich in der Praxis kaum halten lässt. Wir wollen den Scheidungsprozeß nicht überfordern. Wenn es gelingt, die Konsequenzen, die sich aus dem anerkannten Umfang des Art. 158 ZGB und aus dem materiellen Scheidungsrecht ergeben, bei allen kantonalen Gerichten durchzusetzen, so ist schon viel gewonnen und unter anderm dem Übel der Konventionalentscheidungen ein Riegel geschoben. Dagegen zwingt Art. 142 ZGB, wie im französischen Referat ausgeführt wird, zur Parteikonfrontation. Das Bundesgericht selber als Berufungsinstanz kann freilich eine solche im Rahmen seiner auf die Überprüfung von Rechtsfragen beschränkten Kognition leider nicht durchführen.

2. Ein Kanton überschreitet m.E. seine Kompetenz auch dann nicht, wenn er der Veräußerung des Streitobjekts nach Hängigwerden der Klage keinen Einfluß mehr auf die Legitimation zur Sache (besser: auf die Prozeßführungsbefugnis) einräumt. In seinem Werk über das «Schweizerische Zivilprozeßrecht» will der deutsche Referent den Kantonen sogar die Befugnis einräumen, die Veräußerung des Streitobjekts während der Dauer des Prozesses zu verbieten. Wenn sie das tun können – was ich freilich trotz Art. 6 ZGB bezweifle, weil ein so tiefer Eingriff ins Privatrecht durch den prozessualen Zweck nicht gerechtfertigt wird – oder wenn die Kantone, wie mit mehr Recht angenommen wird, für die Prozeßführungsbefugnis grundsätzlich auf den Zeitpunkt der Rechtshängigkeit abstellen dürfen, dann muß ihnen auch erlaubt sein, eine Veräußerung während der Dauer des Prozesses zu ignorieren.

3. Auf eine Torpedierung des Privatrechts würde es dagegen hinauslaufen, wenn ein Kanton den Zeugenbeweis grundsätzlich und überhaupt ausschließen würde. In diesem Sinn ist das Beweisrecht den Kantonen schon *de lege lata* nicht preisgegeben.

4. In den Fällen der Provokationsklage und der friedensrichterlichen Verhandlung können, wie Herr Voyame wohl mit Recht ausführt, die Kantone nicht einfach den Verlust des Anspruchs (genauer: die Wirkung einer Klagabweisung) eintreten lassen, wenn der erkennende Richter nicht fristgemäß angerufen wird. Die Klagabweisung wäre zwar zulässig und würde sich sogar aufdrängen, wenn der Anspruch rechtshängig wurde, was aber bei der Versäumnis auf Klagprovokation hin gerade nicht und bei der friedensrichterlichen Verhandlung nur dann zutrifft, wenn der Kanton in diesem Punkt eine entsprechende Regelung getroffen hat. Man kann einwenden, daß die Auffassung des französischen Referats die Provokationsklage zu einem Messer ohne Klinge mache. Das stimmt und wäre als Einwand beachtlich, wenn es nicht die negative Feststellungsklage gäbe; deren Vorhandensein macht die Provokationsklage überflüssig. Der Kanton Basel-Stadt kennt sie auf dem Papier, wäre aber nicht unglücklich, wenn sie auch offiziell in die Fossilienkammer wandern würde.

5. In einem wichtigen in den Referaten nicht erwähnten Punkt möchte man wiederum geneigt sein, dem Bundesprivatrecht ohne Rücksicht auf die Stellungnahme der Kantone zwingenden Einfluß zu gewähren: Die sogar unter strafrechtlichen Schutz gestellte Schweigepflicht der Geistlichen, Rechtsanwälte und Ärzte sollte sich als Ausfluß des Persönlichkeitsrechtes des Privaten gegenüber dem prozessualen Interesse an der Wahrheitsforschung durchzusetzen vermögen. Bedauerlicherweise hat hier der Bundesgesetzgeber selber in übergroßer Zurückhaltung die Grenze enger gezogen: Art. 321 Ziff. 3 StGB behält neben den eidgenössi-

schen auch die kantonalen Bestimmungen über die Zeugnispflicht ausdrücklich vor. Glücklicherweise sehen alle kantonalen Prozeßordnungen ein entsprechendes Zeugnisverweigerungsrecht vor, was aber gerade erst recht bestätigt, daß sich diese Lösung schon von Privatrechts wegen aufdrängt.

Eine Vereinheitlichung des Zivilprozeßrechts wäre vom Standpunkt des Juristen aus zu begrüßen. In einer Zeit, wo nicht nur die untadeligen Äthiopier, wie Homer sie nannte, sondern ganze Kontinente einer weitgehenden Rechtsvereinheitlichung zustreben, macht sich das hartnäckige Festhalten an 25 kantonalen Prozeßordnungen seltsam. Aber wir wissen ja alle, daß sich nach der Kunst des Möglichen eine Vereinheitlichung des Prozeßrechts kaum durchführen läßt. Die Gründe sind bekannt. Auch eine Vereinheitlichung auf dem Wege eines Konkordats oder eine Teilvereinheitlichung auf dem Boden des eidgenössischen Rechts, wie heute vorgeschlagen ist, dürfte auf Schwierigkeiten stoßen. Einer Unifizierung des ganzen Beweisrechts stehen verfassungsmäßige Schwierigkeiten entgegen. Den Kantonen bleibt die Möglichkeit, bei einer Revision ihrer Ordnungen sich nach einem Modell auszurichten, als welches das von Leuch geschaffene Gesetz über den Bundeszivilprozeß empfohlen werden könnte. Dabei blieben den Kantonen Abweichungen freigestellt, die sie für unumgänglich halten.

Ein letzter, ein erfreulicher Punkt: Vor ungefähr 30 Jahren gab es noch Richter, die den zivilprozessualen Formalismus als Selbstzweck auffaßten und sich freuen konnten, wenn Anwälte in prozessuale Fallen liefen. Ich könnte Beispiele nennen. Eine solche Mentalität kommt heute kaum mehr vor. Auch der kantonale Richter weiß heute nicht nur, daß der Anwalt Gehilfe des Richters ist, sondern auch, daß der Richter Gehilfe des Anwaltes sein soll, soweit dieser sich um das Recht bemüht. In der richtigen Gesinnung von Richter und Anwalt liegt die wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung des Bundesprivatrechts beschlossen.

Monsieur JEAN CASTELLA, avocat, privat-docent à la Faculté de Droit, Fribourg:

MM. les rapporteurs, qui ont étudié d'une manière approfondie les relations entre le droit privé fédéral et la procédure civile cantonale, à la lumière de la doctrine, de la jurisprudence et des expériences faites dans ce domaine, ne proposent ni l'un ni l'autre l'unification de la procédure civile. Et pourtant, comme ils l'ont relevé, lorsque la compétence de légiférer sur toutes les matières du droit civil fut attribuée à la Confédération, la plupart des juristes pensaient que l'unification de la procédure suivrait rapidement celle du droit de fond. Au début de ce siècle, la Société suisse des juristes était de cet avis et avait décidé de préparer l'unification de la procédure civile. Si cette unification, que l'on envisageait comme inélectable il y a quelque soixante ans, ne s'est pas faite, c'est pour la raison qu'elle ne s'est révélée ni nécessaire ni opportune. Messieurs les rapporteurs ont tous deux démontré que, malgré certains défauts mineurs, le maintien des diverses lois cantonales de procédure, parallèlement à un droit de fond unifié, a donné des résultats satisfaisants: les lois cantonales de procédure ont permis d'assurer avec efficacité l'application et la réalisation du droit privé fédéral.

Certes, l'unification de la procédure civile présenterait, du point de vue de la technique juridique, des avantages que M. Voyame a relevés dans son rapport (p. 179) et sur lesquels M. le Professeur Graven a mis l'accent dans l'exposé qui nous a été lu. Ces avantages d'ordre technique ne sont toutefois pas décisifs. Il est en effet des valeurs devant lesquelles la poursuite d'une plus grande perfection technique doit céder le pas. Parmi ces valeurs, la structure fédéraliste de notre pays est l'une des plus importantes. Dans le mouvement vers la centralisation, qui s'accentue en de nombreux domaines, spécialement économiques et sociaux, il importe de conserver aux Etats cantonaux leurs compétences dans les matières où des atteintes à leur souveraineté

ne s'imposent pas impérieusement. Or, l'unification de la procédure civile n'est nullement nécessaire pour assurer la réalisation du droit privé fédéral. L'administration de la justice civile par les cantons, selon les lois de procédure qui leur sont propres, est un des attributs essentiels de leur souveraineté, une des tâches premières de l'Etat étant précisément de rendre la justice. La diversité de nos cantons, qui est le fondement et la raison d'être de notre structure fédéraliste se manifeste en particulier dans leur organisation judiciaire. Les différences qui existent entre les cantons dans le domaine de l'organisation judiciaire reposent sur des données historiques, politiques, économiques, sociales et culturelles. Ainsi, l'organisation des tribunaux, qui correspond aux traditions et aux besoins de cantons comme Genève ou Bâle-Ville, qui sont fortement industrialisés et dont la population est pratiquement concentrée dans une grande ville, n'est pas celle qui convient à d'autres cantons plus diversifiés et au territoire étendu, tels Berne ou Vaud. Le régime fédéraliste permet aux cantons de se doter d'institutions conformes à leurs particularités et de conserver en matière judiciaire leurs caractères propres. Or, une unification de la procédure civile entraînerait fatalement une uniformisation de l'organisation judiciaire des cantons, car les lois de procédure doivent être adaptées aux tribunaux auxquels elles sont destinées. Il est évident, par exemple, qu'un code de procédure civile conçu pour des magistrats de carrière et juristes n'est pas celui qui convient à des juridictions comportant des juges laïcs, qui parfois statuent seuls, tels les juges de paix vaudois ou fribourgeois, ou les juges de commune valaisans. En particulier, la réglementation des voies de recours doit nécessairement être différente suivant la composition des tribunaux de première instance et des cours supérieures. La constatation faite par Johann-Jakob Blumer, lors de la première assemblée de la Société des juristes suisses, le 9 septembre 1862, à Zurich, et rapportée par le professeur Fritzsche, dans l'ouvrage publié cette année à l'occasion du centenaire (p.21), est toujours valable

aujourd’hui: «La procédure est tellement liée à l’organisation judiciaire, elle-même dépendante des particularités cantonales et sociales, que son unification apparaît fort difficile.» Ainsi, malgré les avantages techniques que pourrait comporter une unification de la procédure civile, le maintien des lois cantonales en cette matière s’impose pour des raisons supérieures.

Les deux rapporteurs proposent une unification limitée au domaine des preuves. Il l’estime nécessaire pour mieux assurer la réalisation du droit privé fédéral. M. Voyame relève que, si tous les cantons connaissent les moyens de preuves classiques (titres, témoignage, inspection, expertise), les modalités en sont fort diverses: ainsi, il est des cantons qui statuent des motifs d’incapacité de témoigner visant certaines personnes; l’interrogatoire des parties et le serment ne sont pas admis par tous les cantons et sont, de surcroît, réglés de façon différente par les lois cantonales qui les prévoient. Or, ces différences font obstacle, de l’avis des rapporteurs, à l’application uniforme du droit privé fédéral.

MM. Guldener et Voyame pensent que l’unification des moyens de preuves pourrait en soi être réalisée par la voie d’une loi fédérale, l’art. 64 CF fournissant à cet égard une base constitutionnelle suffisante: la Confédération a le pouvoir de s’immiscer dans la procédure cantonale lorsqu’une telle intervention est nécessaire pour assurer la réalisation uniforme du droit privé. Le bien-fondé de cette opinion nous paraît douteux. Les moyens de preuves ressortissent en effet incontestablement à la procédure. Or, la procédure est réservée aux cantons par l’art. 64 CF. Cette disposition fait donc obstacle à l’unification par la Confédération de toutes les règles régissant les moyens de preuves. L’immixtion fédérale dans le domaine des preuves ne peut se justifier que dans la mesure où elle est nécessaire pour garantir la réalisation du droit privé et doit, partant, se limiter aux règles indispensables à cet effet. Les différences qui peuvent exister, par exemple, entre les modalités de l’interrogatoire des parties dans les procédures cantonales n’empêchent pas,

par elles-mêmes, la réalisation uniforme du droit civil fédéral. Ce n'est donc pas une réglementation complète et détaillée des moyens de preuves que la Confédération est habilitée à édicter, mais seulement les règles strictement nécessaires pour assurer l'application de son droit privé. Il suffirait à cet effet de quelques dispositions statuant le principe de la libre appréciation des preuves, prévoyant l'interrogatoire des parties comme moyen de preuve fédéral, supprimant les incapacités de témoigner, disant que le serment ne lie pas le juge, la réglementation des moyens de preuves restant, pour le surplus, du domaine des cantons. Si une unification plus complète des moyens de preuves devait être envisagée, il n'y aurait que deux voies possibles: la révision de l'art. 64 CF, suivie d'une loi fédérale sur les moyens de preuves, ou l'élaboration d'un concordat intercantonal conçu comme une loi commune uniforme, préconisé par M. Voyame, selon le modèle de la réglementation adoptée sur le plan international pour la lettre de change et le chèque.

Ce dernier système, qui serait nouveau en Suisse, nous paraît particulièrement adéquat et pourrait être, pensons-nous, retenu. D'une part, il respecte la souveraineté cantonale, la législation uniforme ainsi créée étant une émanation des Etats cantonaux, par la voie d'un traité-loi auquel ils seraient parties. D'autre part, du point de vue de la technique législative, il permettrait l'insertion des dispositions de la loi uniforme dans les divers codes cantonaux sans entraîner leur bouleversement. Dans la mesure où l'unification des moyens de preuves devrait être réalisée, nous nous rallions à la formule proposée par M. Voyame.

Cette formule pourrait être adopté également pour l'unification de l'arbitrage préconisée par les deux rapporteurs, en raison des inconvénients pratiques importants qui résultent de la diversité des procédures cantonales en cette matière et des lacunes qu'elles comportent.

M. Voyame nous a appris que le canton de Vaud avait préparé un projet de concordat intercantonal sur l'arbitrage. Nous souhaitons que les Conseillers d'Etat, chefs des dé-

partements cantonaux de justice, entreprennent l'examen de ce projet et mettent également à l'étude l'élaboration éventuelle d'un concordat contenant une loi uniforme sur les moyens de preuves.

Professor Dr. HANS MERZ, Bern:

Gestatten Sie einem Privatrechtler, der sich erst durch das Anhören der Diskussion und insbesondere der Resolution, die uns vorgeschlagen werden soll, aufgerufen fühlt, ein kurzes Wort für die Vereinheitlichung des Zivilprozeßrechts einzulegen. Ich glaube, daß sie sachlich wünschbar ist. Darüber bestehen kaum Differenzen. Man hat das Prozeßrecht als Dienerin des materiellen Rechtes bezeichnet. Diese dienende Rolle verlangt zweifellos neben einem einheitlichen materiellen Recht auch ein einheitliches Prozeßrecht. Es schien mir, daß die ablehnenden Stimmen das nicht eigentlich bestreiten. Ich glaube Herrn Voyame und auch Herrn Bundesrichter Comment so verstanden zu haben, daß sie die sachliche Wünschbarkeit der Vereinheitlichung nicht verneinen.

Dagegen werden staatspolitische Bedenken geltend gemacht, vor allem im Hinblick auf die föderalistische Struktur der Eidgenossenschaft. Ich habe vor wenigen Wochen das stenographische Bulletin der Debatte zur Rechtsvereinheitlichung 1897/98 in den Räten durchgelesen. Es sind nahezu 300 Seiten einer bemerkenswerten Auseinandersetzung, die auf viel breiterem Raum die gleichen Bedenken zur Sprache bringt, – damals gerichtet gegen die Einheit des materiellen Rechts. Mit einer gewissen Berechtigung konnten Vertreter der Landsgemeindekantone in der Sprache des 19. Jahrhunderts sagen, daß nun die Axt an die Wurzel der Eiche gelegt werde, welche die kantonale Gesetzgebungs-hoheit verkörpere. Wir wissen, daß die Bedenken sich nicht verwirklicht haben und daß die Rechtsvereinheitlichung für die Kantone ebenso segensreich war, wie für den Bund. Da scheint es fast etwas merkwürdig, wenn heute behauptet wird, die Vereinheitlichung des Zivilprozeßrechts gefährde

die kantonale Souveränität, sie gefährde die föderalistische Struktur unseres Bundesstaates, an der mir ebensoviel liegt wie den Verneinern der Vereinheitlichung. Ich glaube, wenn die bundesstaatliche Struktur nur an einer solchen Kompetenz hängen würde, dann wäre es schlecht um sie bestellt. Den Kantonen und den Gemeinden sind in diesen fünfzig Jahren andere Aufgaben erwachsen, neue Aufgaben, die sie vollauf beschäftigen, mehr beschäftigen, als die Gesetzgebungshoheit im Gebiet des Zivilprozeßrechts. Und ich glaube deshalb, daß wir dem Vorstand den Wunsch mitgeben sollten, eine vielleicht nicht sehr dringliche, jedoch wünschbare Rechtsvereinheitlichung weiterhin vorzubereiten.

Schlußwort von Fürsprech VOYAME:

1. J'ai écouté avec le plus grand intérêt les orateurs qui se sont exprimés et je les remercie de la précieuse contribution qu'ils ont apportée à l'étude du problème qui nous occupe aujourd'hui. Tous ne partagent pas mes opinions et je m'y attendais. Je dois dire cependant, au risque de passer pour un entêté, que je ne suis pas encore convaincu de mes erreurs. Mais je n'ai évidemment pu consacrer une réflexion très longue à leurs thèses et il est bien possible que la lecture et la méditation de leurs exposés me rendent plus perméable à leur argumentation. Je pense spécialement, en disant cela, aux interventions fort intéressantes de M. le juge fédéral Comment et de Me Gressly.

Etant donné l'heure avancée, je ne puis revenir sur chacun des points qui ont été abordés dans la discussion. Je me limiterai à deux.

2. Se fondant sur l'expression «dans la même mesure que par le passé», qui figure à l'art. 64 de la constitution, M. le juge fédéral Ziegler pense que cette disposition ne doit être interprétée qu'historiquement et qu'on ne peut introduire sur aucun point une unification qui n'existe pas avant 1898. Je dois dire que cette opinion m'étonne. Innombrables

sont les immixtions du droit fédéral qui ont été faites après 1898, soit par la voie de la loi, soit par la voie de la jurisprudence, jurisprudence à laquelle M. le juge fédéral Ziegler a du reste collaboré de façon remarquable. Qu'on pense, par exemple, à l'expertise des sangs imposée, aujourd'hui par le droit fédéral. Je ne sache pas que cette expertise des sangs ait déjà relevé du droit fédéral avant 1898. Ce que l'art. 64 de la Constitution a voulu exprimer c'est le *principe* que les empiétements fédéraux sont autorisés lorsqu'ils sont nécessaires pour assurer l'application uniforme du droit civil. C'est de ce principe que je me suis inspiré pour dire que la Confédération pourrait unifier le statut des moyens de preuve.

Quant à la résolution proposée, elle est peut-être trop absolue. Comme les rapporteurs n'ont pu étudier longuement cette question précise, on pourrait peut-être amender la résolution en recommandant non pas l'unification de certaines branches de la procédure, mais l'*étude* de cette unification. Cependant, je laisse cette question à l'appréciation de M. le Président.

3. Me Bühlmann et MM. les professeurs Graven et Merz estiment que la procédure devrait être unifiée. Les inconvénients qu'ils signalent sont réels, encore que M. Graven, notamment, les ait, me semble-t-il, un peu exagérés. Si la situation était telle qu'il l'a dit, je ne pense pas qu'elle aurait pu subsister pendant 50 ans, sans être l'objet de critiques sérieuses.

M. Graven insiste sur les difficultés qu'on rencontre en Suisse pour créer une science de la procédure. Dans le magistral exposé qu'il nous a présenté hier, M. le professeur Liver a déjà répondu à cet argument. La doctrine, a-t-il dit, est la servante du droit. Le but des lois n'est pas de provoquer l'élaboration de traités savants et de favoriser l'essor de la science juridique, c'est au contraire à la doctrine de s'adapter au droit. Et, en particulier, je vois mal que nous devions modifier nos institutions pour faciliter les études

des jeunes étrangers que les bourses fédérales vont attirer dans nos universités.

D'autre part, que l'unification de la procédure civile apporterait certaines améliorations dans l'administration de la justice, on ne peut le nier et je l'ai déjà dit. Mais je crois que MM. Bühlmann et Graven ont tort quand ils affirment que là est le véritable problème. Comme Me Castella l'a excellemment exposé tout à l'heure, le véritable problème doit être situé à un niveau supérieur. Il n'est pas juridique, il est politique. Il faut se demander si ces améliorations justifient une grave atteinte à l'autonomie qui reste aux cantons. Je persiste à répondre négativement. C'est précisément parce que les attributions des cantons se sont restreintes comme une peau de chagrin qu'il faut, aujourd'hui, les sauvegarder plus que jamais, plus qu'en 1898.

Quant aux exemples que M. le professeur Graven puise dans d'autres pays, ils ne me paraissent pas pertinents. Sans doute, la France a réalisé depuis quelques années d'heureuses innovations dans le domaine de la procédure. Mais rien n'empêche nos cantons d'en faire autant. Du reste, cet argument se retourne contre son auteur: jusqu'en 1958, la France avait un droit qui datait, comme on l'a dit, de 150 ans et qui, par conséquent, était moins moderne que celui de la plupart de nos cantons. La centralisation n'est donc pas nécessairement un gage de progrès. Quant à l'Ethiopie, on comprend que, devant l'impossibilité matérielle de doter chacune de ses provinces d'un droit moderne particulier, elle ait préféré abroger radicalement des institutions sans doute archaïques ou informes et se donner une organisation judiciaire et une procédure unifiées. Mais la situation n'est pas du tout la même en Suisse.

4. Je conclus donc en vous recommandant le rejet des propositions contraires qui ont été formulées et l'adoption de celles que vous font les rapporteurs, d'accord avec le comité de la société.

Schlußwort von Professor Dr. GULDENER:

Der Vorstand und die Referenten möchten eine Empfehlung zur Abstimmung bringen, nicht eine Resolution. Bewußt wurde die Frage offen gelassen, ob es zu einer Vereinheitlichung des Rechtes der Beweismittel einer Revision der Bundesverfassung bedürfte oder ob der Erlaß eines einfachen Bundesgesetzes genügen würde. Die Empfehlung spricht von einer eidgenössischen Gesetzgebung; darunter ist auch eine Verfassungsänderung zu verstehen. Persönlich glaube ich nicht, daß eine solche notwendig wäre.

Die Resolution, die Herr Rechtsanwalt Bühlmann vorschlägt, empfiehlt eine Vereinheitlichung sowohl des Zivil- als des Strafprozeßrechtes. Das Strafprozeßrecht bildet jedoch nicht Gegenstand unserer heutigen Verhandlung, und ich bin auch nicht zuständig, eine Ansicht darüber zu äußern, ob das Strafprozeßrecht vereinheitlicht werden sollte. Was das Zivilprozeßrecht betrifft, so kann ich mich nicht davon überzeugen, daß sich seine Vereinheitlichung aufdrängt. Ich teile in diesem Punkt die Ansicht der Herren Comment und Castella. Herr Graven glaubt, erst ein vereinheitlichtes schweizerisches Zivilprozeßrecht werde die Grundlage einer wirklichen schweizerischen Prozeßrechtswissenschaft bilden können. Indessen ist es nicht Aufgabe der Bundesgesetzgebung, der Wissenschaft Impulse zu verleihen. Im übrigen glaube ich, daß sich ein gutes einheitliches Prozeßrecht nur schaffen läßt, wenn die Wissenschaft die nötige Vorarbeit geleistet hat. Richtig ist, daß das heutige schweizerische Schrifttum auf dem Gebiet des Zivilprozeßrechtes weithin an kantonales Recht anknüpfen muß. Dieses Schrifttum enthält aber doch viel, was über die Kantongrenzen hinaus von Bedeutung ist und in allen Kantonen Beachtung verdient. Ich habe es nie als Nachteilempfunden, daß in einer Vorlesung über Zivilprozeßrecht nicht das Recht aller Kantone behandelt werden kann. Solche Vorlesungen müssen sich ohnehin auf das Wesentliche beschränken, nämlich auf die grundlegenden Verfahrensgrundsätze, die in allen kantonalen Pro-

zeßordnungen wiederkehren. Mit dem Detail kann und soll sich der junge Jurist in der Praxis vertraut machen. Das darf ihm zugemutet werden, weil sich die Universität nicht zum Ziel setzt, Praktiker auszubilden.

Präsident Dr. GUBLER schreitet zur Abstimmung. Es liegen vier Abstimmungsmöglichkeiten vor: Erstens der Ordnungsantrag von Herrn alt Bundesrichter Ziegler, die vom Vorstand vorgeschlagene Abstimmung über die materielle Frage der Vereinheitlichung des Zivilprozeßrechtes zu verschieben. Der Präsident und Kollegen aus dem Vorstand sind anderer Meinung. Dr. Gubler hebt hervor, daß zwei Referate von kompetenten Kollegen vorliegen und die Sache nun gründlich durchdiskutiert wurde.

Zweitens liegt eine Resolution von Herrn Rechtsanwalt Bühlmann vor, die nochmals verlesen wird:

«Die Zentenarversammlung des schweizerischen Juristenvereins 1961 kommt auf deren Beschuß von 1900 zurück, durch den unter dem Präsidium von Herrn Bundesrichter Winkler mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit der Vorstand eingeladen wurde, im Laufe der kommenden Vereinsjahre die Frage der Tunlichkeit der Unifikation des Zivilprozesses in der Schweiz rechtsvergleichend darzustellen und beauftragt heute den Vorstand von neuem, die Schaffung eines schweizerischen Zivil- und Strafprozeßgesetzes in den nächsten Vereinsjahren zu prüfen und Bericht zu erstatten.»

Drittens ruft der Vorsitzende der Versammlung die Empfehlung der beiden Referenten, der sich der Vorstand angelassen hat, wieder ins Bewußtsein. Der Vorstand hat diese Empfehlung begrüßt, damit die Tagung nicht ohne eine Willenskundgebung endet. Es sind in ihr zwei Gedanken enthalten. Der eine heißt:

«Der Schweizerische Juristenverein empfiehlt auf dem Gebiet des Zivilprozeßrechtes die Vereinheitlichung des Rechtes der Beweismittel und des Schiedsgerichtswesens, sei es durch ein Konkordat, sei es durch eine eidgenössische Gesetzgebung.»

Dann folgt, als vierter Gegenstand einer Abstimmung, der zweite Absatz der Empfehlung der Referenten und des Vorstandes:

«Dagegen hält er eine Vereinheitlichung des gesamten Zivilprozeßrechtes nicht für angezeigt, weil sich die bestehende Ordnung, die dem bundesstaatlichen Aufbau der Schweiz entspricht, im ganzen bewährt hat.»

Präsident Dr. Gubler bezeichnet diesen zweiten Absatz als politische Äußerung und Wertung, und eine Reverenz vor unserem föderalistisch aufgebauten Bundesstaat. Er bringt zunächst den Ordnungsantrag von Herrn alt Bundesrichter Ziegler zur Abstimmung und bittet ihn, den Antrag selbst noch einmal zu formulieren.

Herr alt Bundesrichter ZIEGLER führt aus, es habe sich für ihn nur darum gehandelt, dem Vorstand Gelegenheit zu geben, seine Empfehlung, so wie sie formuliert ist, noch einmal in Wiedererwägung zu ziehen. Nun ist aber in der Diskussion geltend gemacht worden, daß das Wort «Gesetzgebung» auch die Verfassungsgesetzgebung umfasse. Herr Dr. Ziegler ist bereit, seinen Antrag zurückzuziehen, wenn diese Erklärung über den Sinn des Wortes «Gesetzgebung» ausdrücklich abgegeben wird. Im andern Falle müßte er darauf beharren, weil er gefunden hätte, die Empfehlung laufe auf eine Verfassungsritzung hinaus, so daß sich der Juristenverein mit ihr blamieren würde.

Präsident Dr. GUBLER stellt fest, daß er namens des Vorstandes die von Bundesrichter Dr. Ziegler gewünschte Er-

klärung bereits abgegeben hat und zieht daraus den Schluß, man habe über den Verschiebungsantrag Ziegler jetzt nicht abzustimmen. Er legt nun den Resolutionsentwurf von Herrn Rechtsanwalt Bühlmann zur Abstimmung vor.

Herr BÜHLMANN wünscht seinen Antrag als Empfehlung, wie jenen des Vorstandes, nicht als Resolution, zu bezeichnen.

Herr Prof. MERZ wünscht, daß in Anlehnung an den Antrag Bühlmann auch ein Antrag zur Abstimmung gebracht werde, in dem darauf verzichtet würde, die Strafprozeßordnungen in die Rechtsvereinheitlichung einzubeziehen. Der Vorsitzende stellte fest, daß bis jetzt ein solcher Antrag nicht vorlag. Auf seine Bitte wird dieser neue Antrag von Prof. Merz formuliert, wie folgt:

«Der Schweizerische Juristenverein beauftragt den Vorstand, die Frage der Vereinheitlichung des Zivilprozeßrechtes in der Schweiz weiterhin zu behandeln und zu fördern.»

Präsident Dr. GUBLER stimmt nun zuerst über die Empfehlung von Rechtsanwalt Bühlmann ab, die mit großer Mehrheit verworfen wird. Er stellt fest, daß angesichts des eindeutigen Ergebnisses die wenigen Stimmen im Auditorium Maximum nicht gezählt zu werden brauchen und läßt nun über den Antrag von Herrn Prof. Merz abstimmen. Es ergibt sich für den Antrag Merz eine deutliche Mehrheit.

Präsident Dr. Gubler hält eine Abstimmung über den Antrag der Referenten und des Vorstandes nicht mehr für notwendig, nachdem eine deutliche Mehrheit dem Antrag von Herrn Prof. Merz gefolgt ist. Er fragt die Versammlung jedoch an, ob jemand eine Abstimmung über die Empfehlung des Vorstandes und der Referenten wünsche, Herr Rechtsanwalt Dr. ZÜBLIN bittet, über den ersten Teil der Empfehlung des Vorstandes abzustimmen. Dieser erste Teil

(Vereinheitlichung des Beweisrechts und des Schiedsgerichtswesens) schließt die Resolution Merz nicht aus. Beide vereinigen sich sehr gut.

Der Vorsitzende liest den ersten Absatz der Empfehlung der Referenten und des Vorstandes nochmals vor und lässt über den Antrag Dr. Züblin abstimmen, der dahingeht, die Resolution Merz, die beschlossen bleibt, durch diesen Satz zu ergänzen. Die Abstimmung ergibt in der Aula 147 Ja und 147 Nein. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses im Auditorium Maximum werden 150 Stimmen für die Ergänzung der Resolution Merz durch den ersten Absatz der Empfehlung der Referenten und des Vorstandes und 154 Stimmen dagegen abgegeben.

SITZUNG VOM MONTAG, 25. SEPTEMBER 1961
IN DER AULA DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

Präsident:

Herr Dr. FRIEDRICH T. GUBLER, Rechtsanwalt, Winterthur

Die Sitzung wird um 08.30 Uhr wieder aufgenommen.

XIII.

Der Bericht der Rechtsquellenkommission über ihre Tätigkeit im Vereinsjahr 1960/61 liegt der Versammlung gedruckt vor und hat folgenden Wortlaut:

1. Im Berichtsjahr ist in der Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen, II. Abteilung die Rechtsquellen des Kantons Bern, I. Teil Stadtrechte, das Stadtrecht von Bern, der erste Halbband von Band 6, Staat und Kirche, erschienen. Herausgeber ist Prof. Dr. H. Rennefahrt; der zweite Halbband, der auch das Register für beide Halbbände enthält, ist vollständig gesetzt und wird in näherer Zukunft erscheinen. Für den ganzen Band wurden Beiträge an die Druckkosten geleistet bzw. zugesichert vom Kanton Bern, von der Einwohnergemeinde Bern, von der allgemeinen Kirchenverwaltung der Stadt Bern, vom Schweizerischen Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung und vom Friedrich-Emil-Welti-Fonds.

Die Fertigstellung des Druckes der von Frau Dr. M. Graf-Fuchs, Wengen, herausgegebenen Rechtsquellen von Interlaken hat sich bedauerlicherweise verzögert. Doch ist nunmehr mit einer baldigen Veröffentlichung zu rechnen.

Fertiggestellt ist das Manuskript von Band 7 des Stadtrechts von Bern (Zivil-, Straf- und Prozeßrecht). Herausgeber ist Prof. Dr. H. Rennefahrt. Das Manuskript wird, sobald die Finanzierung gesichert ist, in Druck gehen.

In naher Aussicht steht ferner die Herausgabe der Rechtsquellen von Stadt und Hof Rapperswil. Herausgeber ist Prof. Dr. F. Elsener.

2. Die wichtigste Angelegenheit, welche die Kommission zur Zeit beschäftigt, ist die Notwendigkeit einer Umgestaltung der bisher geltenden Regeln für die Rechtsquellenedition. Diese drängt sich allein schon deswegen auf, weil eine weitere Befolgung der bisherigen Editionsgrundsätze die ganze Sammlung mit der Zeit ins Ungemessene würde anwachsen lassen. Aber nicht nur eine gewisse Stoffbeschränkung hat sich als notwendig erwiesen. Sondern im Zusammenhang damit steht auch eine Änderung bei der Auswahl wie bei der Gliederung der zu veröffentlichten Rechtsquellen zur Diskussion. Die Kommission hat alle diese Fragen in ihrer Sitzung vom 1. September eingehend durchberaten. Sie hat festgestellt, daß es sich dabei um sehr komplexe Fragen handelt, und vorerst eine Subkommission bestellt, welche ihr innert kürzerer Frist konkrete Vorschläge unterbreiten soll. Die Kommission wird dem Schweizerischen Juristenverein in der nächsten Jahresversammlung über das Ergebnis ihrer Beratungen berichten.

3. Prof. Dr. Hans Fehr hat leider aus Altersgründen seinen Rücktritt als Mitglied der Kommission erklärt. Prof. Fehr hat der Rechtsquellenkommission über dreißig Jahre angehört. An ihren Verhandlungen nahm er stets lebhaften Anteil. Seine von umfassendem Wissen und überlegtem Urteil getragenen Voten haben in den Beratungen immer großes Gewicht gehabt. Der Schweizerische Juristenverein, aber auch die Rechtsquellenkommission bleibt ihm dafür zu dauerndem Danke verpflichtet.

Die Kommission ist der Auffassung, daß es nicht notwendig ist, jetzt schon eine Ersatzwahl zu treffen. Sie wird jedoch dem Juristenverein in der nächsten Jahresversammlung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Der Präsident der Rechtsquellenkommission:
J. WACKERNAGEL

Basel, den 12. September 1961.

Über die Tätigkeit der Forschungskommission im Vereinsjahr 1960/61 liegt folgender gedruckter Bericht vor:

Seit bald zehn Jahren unterstützt der Bund durch Beiträge an den Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, zu dessen Gründern neben den andern großen wissenschaftlichen Vereinigungen des Landes auch der Schweizerische Juristenverein gehört, die wissenschaftliche Forschung. Blickt man auf die Erfahrungen dieser Jahre zurück, so wird man feststellen, daß durch die Bundesmittel manches möglich geworden ist, was vorher ausgeschlossen schien. Auf dem Gebiet der Jurisprudenz ist

indessen der bedeutende Aufschwung der Forschung, den man bei der Gründung des Fonds erhoffte, noch nicht in genügendem Maße eingetreten. Das beweist die geringe Zahl der Beitragsgesuche, mit denen sich die Forschungskommission zu befassen hat. Die tüchtigen jungen Köpfe, die sich zu andern Zeiten der Wissenschaft zuwendeten, scheinen vielfach durch die Bequemlichkeiten materiellen Wohlergehens fasziniert zu sein. Das ist bedauerlich. Die Forschungskommission betrachtet es als ihre Pflicht, auf diese Entwicklung hinzuweisen und daran zu erinnern, welche Bedeutung gerade heute, und zwar nicht nur auf nationalem Boden, einer objektiven schweizerischen Forschung zukommt. Auch bleibt die grundsätzliche Gleichstellung der Rechtswissenschaft mit den Naturwissenschaften, der Medizin und den technischen Wissenschaften, wie sie Art. 3 der Statuten des Nationalfonds von 1952 vor sieht, zufolge der Abstinenz der Juristen bloßer Buchstabe.

Es ist zu hoffen, daß hier in den künftigen Jahren eine Wendung zum Bessern eintrete.

Der Präsident der Forschungskommission:
PLATTNER

Lausanne, im August 1961

Die beiden Berichte werden ohne Diskussion genehmigt.

XIV.

Vizepräsident Prof. Dr. PETER JÄGGI macht namens des Vorstandes folgende Mitteilung:

Die absolute und relative Zunahme der Straßenverkehrs unfälle beunruhigt die Öffentlichkeit. Die zahlreichen Mahnrufe von Behörden und Privaten verstärken die Einsicht, daß der Schutz von Leib und Leben vor den Gefahren des Motorfahrzeuges zu einem Hauptanliegen unserer Generation geworden ist. Der Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich, Professor Erwin Frey, hat im Hinblick auf das Zentenarium des Schweizerischen Juristenvereins in der Neuen Zürcher Zeitung einen Artikel veröffentlicht, worin er den Schweizerischen Juristenverein aufruft – und diesen Aufruf hat er hier an dieser Stelle wiederholt – er möge seine ganze Autorität zum Zwecke einer

Generalmobilmachung aller tauglichen und rechtsstaatlich zulässigen Mittel der Rechtsordnung im Kampfe gegen den Tod auf der Straße geltend machen. Der Vorstand des Juristenvereins anerkennt, daß die Eindämmung der Straßenverkehrsunfälle eine der dringlichsten Aufgaben der heutigen Rechtsgemeinschaft darstellt. Es geht nach einem Wort von Professor Oftinger in der Festgabe der Fakultät zum Juristentag darum, die Suprematie der Rechtsordnung über die Technik herzustellen. Der Vorstand fordert die Mitglieder des Vereins auf, an der Erfüllung dieser Aufgabe mitzuwirken und sich des Ernstes der Lage bewußt zu sein. Der Vorstand wird prüfen, inwieweit der Schweizerische Juristenverein dazu beitragen kann, daß das Straßenverkehrsrecht und die weiten Normen zum Schutze von Leib und Leben besser befolgt und wirksamer gehandhabt werden.

Soweit die Erklärung des Vorstandes. Vielleicht darf ich noch die Bemerkung anführen, daß der Juristenverein bereits ein Preisausschreiben erlassen hat, das in diesen Rahmen gehört, ein Preisausschreiben über das Thema: «Der Begriff der Fahrlässigkeit im neuen Straßenverkehrsgesetz».

XV.

Der Präsident spricht Herrn Prof. Dr. Hans Fehr den Dank für seine Arbeit in der Rechtsquellenkommission aus, der er mehr als dreißig Jahre angehört hat. Eine Ersatzwahl wird in Übereinstimmung mit dem Antrag der Rechtsquellenkommission heute nicht vorgenommen.

Für die Forschungskommission hat die Erneuerungswahl für die reglementarische Amtszeit von drei Jahren zu erfolgen. Die Forschungskommission ist ein vom Schweizerischen Juristenverein zu bestellendes Organ des Schweizerischen Nationalfonds, das dessen nationalen Forschungsrat zu unterstützen hat. Der Schweizerische Juristenverein ist eine Gründergesellschaft des Schweizerischen Nationalfonds.

Aus der Forschungskommission sind zurückgetreten die Herren Bundesrichter Dr. Josef Plattner, Präsident, und

Professor Dr. Peter Jäggi. Die übrigen Mitglieder stellen sich für eine Wiederwahl zur Verfügung. Als Mitglieder der Forschungskommission werden für die nächste, 1964 ablauende Amts dauer gewählt die Herren:

Bundesrichter Dr. André Grisel, Lausanne,
Prof. Dr. Werner Niederer, Zürich,
Prof. Dr. Werner von Steiger, Bern,
Prof. Dr. Augusto Bolla, Bellinzona,
Prof. Dr. Karl Spiro, Basel.

Als Suppleanten der Forschungskommission werden gewählt die Herren:

Prof. Dr. François Gilliard, Lausanne,
Prof. Dr. Vital Schwander, Freiburg,
Prof. Dr. Otto Konstantin Kaufmann, St. Gallen.

XVI.

Als Delegierter des Schweizerischen Juristenvereins im Stiftungsrat, dem obersten Organ des Schweizerischen Nationalfonds, wird Herr Professor Dr. Hans Nef, Zürich, für eine weitere Amts dauer von vier Jahren bestätigt.

XVII.

Der Vorstand ist für eine Amts dauer von drei Jahren neu zu wählen. Es treten zurück die Herren Bundesrichter Dr. Silvio Giovanoli, Bundesrichter Dr. Antoine Favre und Rechtsanwalt Dr. Friedrich T. Gubler. Die übrigen vier Mitglieder des Vorstandes, die Herren Professor Dr. Peter Jäggi, Professor Dr. Max Imboden, Maître Edmond Martin-Achard und Rechtsanwalt Dr. Camillo Beretta stellen sich für eine Wiederwahl zur Verfügung und werden in ihrem Amte bestätigt. Als neue Vorstandsmitglieder werden auf Antrag des Vorstandes gewählt die Herren Bundesrichter Dr. André Grisel, Bundesrichter Dr. Werner Stocker, beide in Lausanne, und Rechtsanwalt Dr. Bernhard Peyer, Schaffhausen.

XVIII.

Als Präsident des Schweizerischen Juristenvereins für die Amts dauer 1961–1964 wird auf Antrag des Vorstandes Herr Professor Dr. Peter Jäggi, Freiburg, gewählt.

XIX.

Herr Oberrichter Dr. Hans Ronca lädt die Versammlung ein, den Schweizerischen Juristentag 1962 in Luzern durchzuführen. Die Versammlung beschließt einmütig und mit Applaus, dieser Einladung Folge zu leisten.

XX.

Allgemeine Umfrage: Vizepräsident Professor Dr. Peter Jäggi würdigt in einer Ansprache die großen Verdienste des aus dem Amte scheidenden Präsidenten Dr. Friedrich T. Gubler, der mit der Vorbereitung des Centenarums ein außerordentliches Maß von Arbeit bewältigte, und spricht ihm unter lebhaftem Beifall der Versammlung den Dank des Vereins aus.

XXI.

Die ausländischen Ehrengäste richten folgende Glückwunschadressen an den Schweizerischen Juristenverein:

Monsieur ZEKI KUNERALP, docteur en droit, Ambassadeur de Turquie, Berne:

C'est à un concours de circonstances pour lequel je ne saurais m'attribuer le moindre mérite que je dois l'insigne honneur de prendre la parole devant cette Assemblée.

La raison principale de ma présence ici consiste dans le fait qu'il y a 35 ans l'Assemblée Nationale Turque a adopté, avec très peu d'amendements, le Code Civil suisse en remplacement de la législation civile qui avait été en vigueur jusqu'alors en Turquie.

Une deuxième raison est que Monsieur Seçkin, Président de la Cour de Cassation à Ankara, a été, à cause de ses responsabilités constitutionnelles en relation avec le contrôle des élections législatives qui doivent avoir lieu le mois prochain en Turquie, dans l'impossibilité d'accepter l'aimable invitation que lui avait adressée Monsieur le Président Gubler.

Monsieur Gubler a eu alors l'obligeance de me demander, en ma qualité d'Ambassadeur de Turquie en Suisse, de représenter mon pays au Congrès, invitation que j'ai accepté avec un vif plaisir et beaucoup de gratitude.

Nous sommes réunis aujourd'hui pour célébrer, simultanément, le centième anniversaire de la fondation de la Société suisse des juristes et le cinquantième anniversaire du Code Civil Suisse.

Il me semble que le destin ait voulu marquer, par cette coïncidence, l'importance du rôle joué par la Société suisse des juristes dans l'élaboration de cette grande œuvre, fruit d'efforts patients et continus, qu'est le Code Civil Suisse.

Tous ceux, en effet, qui ont étudié l'histoire de la Société, ne peuvent pas ne pas être impressionnés – et je crois pouvoir avancer cette affirmation en connaissance de cause, m'étant moi-même penché sur cette histoire à l'aide de l'excellent ouvrage du Professeur Fritzsché – par l'influence décisive exercée par la Société sur le développement des institutions juridiques suisses.

Je crois qu'il incombe surtout au représentant de la Turquie dans ce Congrès d'apporter cet hommage à la Société suisse des juristes, et ceci pour les raisons suivantes:

Tout d'abord et comme je viens de le dire, parce que la Turquie est redevable à la Suisse de son Code Civil, dont la genèse ne peut être dissociée de l'activité de la Société suisse des juristes, qui représente une des réformes les plus fondamentales entreprises par la République Turque, sous l'impulsion géniale de Kemal Atatürk, son premier Président.

Cette réception du droit civil avait suscité, en son temps, quelques doutes. D'aucuns s'étaient demandés si elle pou-

vait réussir, et si on pouvait transformer tant en si peu de temps. Or, l'expérience de 35 années prouve qu'Atatürk avait eu raison, et que l'audace et la détermination l'emportent d'habitude sur le doute et l'hésitation.

Le succès de la réception est dû certainement au fait que, comme il était dit dans l'exposé des motifs du projet de loi turc portant l'adoption du Code Civil Suisse, celui-ci était «le plus moderne et le plus parfait».

A côté de la valeur intrinsèque du Code Civil, le facteur humain – si je puis m'exprimer ainsi – a été également déterminant dans le choix de la législation civile – suisse – par la Turquie.

En effet, le Ministre de la Justice de l'époque appartenait à une génération de jeunes juristes turcs qui avaient fait leurs études en Suisse, plus particulièrement à Genève et Lausanne, et qui occupaient des positions importantes dans la nouvelle administration républicaine. Imbus qu'ils étaient du droit et de la science juridique suisses, il semble certain que ce soit eux, en premier lieu, qui aient milité en faveur de l'adoption du Code Civil Suisse. Ils pouvaient le faire à bon escient.

Que ce soit donc du fait de sa contribution à la codification du droit civil suisse adopté par la Turquie, ou par le truchement des professeurs de droit chez qui les promoteurs du nouveau Code Civil avaient reçu leur formation juridique, la Société suisse des juristes a exercé une influence certaine sur le droit civil turc moderne, et a ainsi largement aidé à créer des rapports, que je me permettrai de qualifier de «parenté», entre le droit civil et les juristes des deux pays. C'est mon ferme espoir que ces liens se renforceront encore davantage à l'avenir.

Je termine en adressant – et vous comprendrez maintenant que je le fasse avec passion et fierté – mes félicitations les plus chaleureuses à la Société suisse des juristes pour son premier centenaire, et en exprimant le souhait que le deuxième siècle de son existence soit au moins aussi fécond que le premier.

Monsieur le Conseiller G. HOLLEAUX, docteur en droit, président de chambre à la Cour de Cassation, Paris:

C'est pour moi un grand honneur, et aussi un grand plaisir, que d'apporter aujourd'hui le salut de la Cour de cassation de France à la Société suisse des juristes et nos félicitations à l'occasion de son centenaire. Nous savons tous ce que la Société suisse des juristes a été dans l'histoire, dans la genèse, dans l'évolution du droit suisse et nous le savons mieux encore depuis que nous avons eu le bonheur de pouvoir lire le très beau livre de M. le Professeur Fritzsche, ce livre si plein de science, si plein de renseignements de toutes sortes et en même temps si vivant et, s'il me permet d'ajouter cette épithète, si charmant, comme tout ce qu'il écrit.

La Société des juristes a joué dans votre vie un rôle énorme, nous le savons, et un rôle bienfaisant. Je la salue au nom de la juridiction à laquelle j'appartiens. Et j'adresse aussi ce salut à l'auxiliaire fidèle et l'aînée de la Société suisse des juristes, la Revue de droit suisse. Cette revue jouit d'un renom universel; malgré son titre modeste, elle est ouverte sur tous les horizons; et ceci est peut-être justement le caractère de l'activité juridique des Suisses, l'ouverture d'esprit et l'ouverture de cœur. Je pense à quelques-uns de vos plus grands juristes passés, un Bluntschli, un Eugen Huber, un Egger, ce maître incomparable. Si je ne cite que les noms de juristes disparus, je pense aussi aux juristes vivants, dont plusieurs sont présents dans cette salle et qui continuent dignement une glorieuse lignée et une glorieuse tradition. Ce même esprit libre, ouvert, je le répète, sur tous les horizons et sur le futur, caractérise votre code civil, votre admirable code civil, dont nous fêtons aujourd'hui le cinquantenaire. Il présente ces mêmes caractères, qui tiennent à la profondeur, à la richesse de l'esprit juridique suisse. Le juriste suisse a ses priviléges, du moins ses caractères qu'il dessine aux yeux de l'étranger qui essaie de s'initier au droit suisse et de le vivre. Il a ce privilège de travailler,

d'œuvrer, de penser sur un triple registre, dans l'acception musicale et instrumentale du terme. Il y a d'abord le plan de sa petite patrie, de sa patrie cantonale chère à son cœur, ou il s'enracine profondément dans le réel. Puis il s'élève de là sur le plan fédéral, par ce même mouvement de synthèse qui a fait naître votre droit fédéral. Mais il ne s'arrête pas là, et c'est cela peut-être qui est le plus caractéristique de l'esprit juridique suisse. Au-delà du plan fédéral, par dessus le plan cantonal, le juriste suisse est ouvert à tous les horizons et à tout l'avenir, il s'élève au plan supranational dans le meilleur sens de ce terme. Ouvert sur les droits voisins et sur l'avenir, il vit dans l'atmosphère supérieure à souffle le vent de l'esprit.

J'ai le sentiment profond que le droit suisse est pour celui qui le pratique et celui qui s'y plonge un droit aéré. Un droit, et c'est presque une impression physique, où l'on respire. Ce caractère appartient au suprême degré à la jurisprudence de votre grand Tribunal fédéral. Sens du réel, prudence, sagesse, mais en même temps hardiesse et intention, œil ouvert sur tout ce qui nous entoure et sur tout le futur, habileté enfin dans la recherche de solutions nouvelles aux problèmes nouveaux qui se posent chaque jour. Si la sagesse et la prudence sont l'apanage du juriste, l'invention et la hardiesse sont également ses vertus, peut-être ses vertus maîtresses. Tous ces caractères, la jurisprudence de votre Tribunal fédéral les possède. Permettez-moi de vous apporter un témoignage personnel bien modeste. Quand chaque mois, sur ma table de travail, je vois arriver le petit cahier bleu que vous connaissez tous, le petit fascicule de la «Praxis», je m'en réjouis. Et dans les jours qui suivent, je le lis de la première page à la dernière et quand je le referme, je me sens toujours enrichi sur le plan du droit et sur le plan humain; bien plus, je me sens réconforté. Dans les temps redoutables que nous vivons tous et qu'évoquait hier si éloquemment M. le Président, nous avons besoin de réconfort, de tous les réconforts.

Messieurs, je vous dis ma joie d'avoir aujourd'hui l'occa-

sion d'exprimer publiquement aux juristes suisses, à nos amis suisses, quelques-unes des raisons que nous avons de les admirer et de les aimer, pour tout ce qu'ils nous donnent et pour l'exemple qu'ils sont pour nous, peut-être sans qu'eux-mêmes s'en rendent compte, simplement parce qu'ils sont eux et qu'ils suivent le génie de leur nation. Du fond du cœur, je vous prie de croire à notre très fidèle et très chaleureuse amitié.

Dr. BRUNO HEUSINGER, Präsident des Bundesgerichtshofes, Karlsruhe:

Es erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit und Freude, und ich empfinde es als eine Ehre für den Deutschen Bundesgerichtshof, daß ich hier als Guest bei dem Zentenarium des Schweizer Juristenvereins unter Ihnen weilen darf. Die belebenden und glücklichen Tage, die sich jetzt dem Ende zu neigen, haben mir einen lebendigen Eindruck davon vermittelt, welche hohe Bedeutung die Arbeit des Schweizerischen Juristenvereins für die maßvoll verständige Fortbildung Ihres Rechtes in diesem vergangenen Jahrhundert gewonnen hat, und auch davon, welche engen Bande der Schweizerische Juristenverein um die Angehörigen aller dem Recht dienenden Berufe in diesem Jahrhundert zu schlingen gewußt hat. Sie haben sich in diesem Jahrhundert verdientermaßen einer ununterbrochen friedlichen, ununterbrochen freiheitlichen und auch kraftvoll verteidigten Entwicklung erfreuen dürfen. Der Deutsche Bundesgerichtshof ist aus einer sehr beklagenswerten Epoche der deutschen Geschichte geboren. Er ist im Jahre 1950 gleichsam als Flüchtling in Karlsruhe nahe der Schweizer Landesgrenze errichtet worden; er hat einen Zweigsitz, den des fünften Strafsenates, in Berlin. Sein Vorgänger, das Reichsgericht, ist nach einer doch wohl ruhmvollen Geschichte, im Jahre 1945 durch den Einmarsch der russischen Truppen untergegangen, faktisch ausgelöscht. In dem Zwiespalt dieser Gedanken und Gefühle, beglückender und bedrängender,

haben mich durch diese Tage am Zürcher See die Worte begleitet, mit denen Goethe nach seiner Ruderfahrt «Auf dem See» seiner Stimmung Ausdruck gegeben hat: Und neue Nahrung, frisches Blut, saug ich aus freier Welt. Diese Worte gewannen, wie es so mit literarischen Weggenossen am Ende gelegentlich geschieht, in diesen Tagen für mich einen zweiten, einen hintergründigen Sinn. Möge es ihm, dem Schweizerischen Juristenverein, vergönnt sein, in dem zweiten Jahrhundert seines Bestehens wie bisher aus dieser freien Welt Kraft auszustrahlen, für diejenige Freiheit der Welt, die nur mit der Tapferkeit der Herzen verteidigt werden kann.

Dr. LUDWIG VIKTOR HELLER. Erster Präsident des Obersten Gerichtshofes, Wien:

Ich schließe mich gern mit den besten Glückwünschen dem Reigen der Gratulanten an. Ich danke Ihrem Präsidenten für die liebenswürdige Einladung. Ich bin ihr sehr gerne gefolgt, und bin gerne trotz meiner dienstlichen Inanspruchnahme hieher zu Ihnen gekommen, um meinen Glückwunsch Ihnen persönlich zu übermitteln, Sie aber auch in Ihrer ernsten und genauen Arbeit beobachten zu können, und in Ihrer Fähigkeit, diese ernste Arbeit mit dem notwendigen gesellschaftlichen Kontakt und mit einer genußreichen Erholung zu verbinden. Sie feiern augenblicklich gleich zwei Jubiläen. Der jüngere Jubilar, das Schweizerische Zivilgesetzbuch, ist selbstverständlich in Österreich nicht unbekannt. Es ist ein treffliches Gesetzeswerk und wird von österreichischen Juristen oft und oft zu Rate gezogen und benutzt. Wenn es auch erst fünf Jahrzehnte alt ist, so glaube ich sagen zu können, daß es in seiner ungebrochenen Lebenskraft dem älteren Jubilar bald nachfolgen wird. Sie feiern heute auch ein zweites, und zwar ein seltenes Jubiläum. Hundert Jahre Schweizerischer Juristenverein: auch in unserer jetzigen schnellebigen Zeit ist dieser Zeitraum ein bedeutender. Gerade dieser lange Zeitraum ist der

eindeutige und klare Beweis für die Nützlichkeit, ja für die Notwendigkeit dieses Vereines und seiner Leistungen, die er in den letzten hundert Jahren erbracht hat.

Wenn wir uns nun fragen, was die Ausländer, im besonderen die Österreicher, an Ihren Arbeiten im Schweizerischen Juristenverein interessiert, so gestatten Sie mir zwei Hinweise.

Zum ersten gibt es viele Rechtsprobleme, die noch ungeöst sind und die die Schweizer und Österreicher betreffen und interessieren. So haben Sie sich, um zwei Beispiele zu erwähnen, in den letzten Jahren mit zwei Rechtsproblemen beschäftigt, die in Österreich augenblicklich eine große Rolle spielen und in den letzten Jahren gespielt haben. Dem österreichischen Parlament wird in der nächsten Zeit ein Gesetzesentwurf über den Abzahlungsvertrag vorgelegt werden, und Sie haben sich in den letzten Jahren mit diesem Rechtsproblem eingehend beschäftigt. In Österreich wurde vor wenigen Jahren ein Gesetz über das Wohnungseigentum geschaffen, ein modernes, sehr wichtiges und glücklicherweise auch wirkungsvolles Gesetz. Auch Sie haben sich in den letzten Jahren mit dem gleichen Thema beschäftigt.

Zum zweiten möchte ich folgendes sagen: Die Technik öffnet dem Menschen Gebiete, die er früher gar nicht kannte, die aber dringend einer juristischen Bearbeitung und Begründung bedürfen. Denken wir nur an die friedliche Ausnützung der Atomenergie und an den Luftverkehr, beides große Gebiete, die auf dem Gebiet der Haftung und der Haftpflicht ungeahnte Schwierigkeiten verursachen, die noch einer juristischen Lösung bedürfen. Radio, Fernsehen kennen keine Grenzen mehr. Auf diesem Gebiete erwachsen für die Schweiz wie für Österreich, und für alle andern Staaten, wichtige ordnende Aufgaben für die Juristen. Die Wirtschaft dehnt sich über die Grenzen des einzelnen Staates aus; der Kaufmann fordert unbedingt eine juristische Grundlage, die ihn sichert, damit die Rechtsgebiete möglichst angeglichen werden. Kurz gesagt, das internationale Recht ist im Vormarsch. Und nun kann ich darauf hin-

weisen, daß Sie sich, wie eine kurze Betrachtung Ihrer Tätigkeit im letzten Jahrhundert ergibt, bereits vor Jahrzehnten mit solchen internationalen Problemen beschäftigten, mit den Problemen des immateriellen Güterrechtes, des Wechselrechtes, des Konkursrechtes. Selbstverständlich muß auch in Österreich das internationale Recht immer weiter aufgebaut werden. Daher bestehen enge Beziehungen zwischen österreichischen Juristen und den Schweizer Juristen. Aber was ich vor allem hier betonen möchte: der Schweizerische Juristenverein, und überhaupt die Juristen – man sollte das öfters hervorheben – dienen einer außerordentlich wichtigen und schönen Aufgabe: Dem Schutz eines der wertvollsten Güter der Menschen, dem Recht. Und das Recht ist nun einmal einer der Grundpfeiler eines Staates, der den Namen eines Rechtsstaates für sich in Anspruch nimmt. Und so steht auch mit drei Worten am Eingang unseres Burgtores in Wien in Granit gemeißelt der Spruch: *Justitia fundamentum regnum*.

Ich kehre zu meinen Einleitungsworten zurück: Ich beglückwünsche beide Jubilare neuerlich herzlichst und wünsche, daß der gleiche Erfolg, den der Schweizerische Juristenverein im letzten Jahrhundert erzielt hat, ihm auch treu bleiben möge im nächsten Jahrhundert. Beiden Jubilaren rufe ich daher zu: *Ad multos annos*.

Dott. ANDREA TORRENTE, professore, presidente di sezione della Corte Suprema di Cassazione, Roma:

Ho l'onore di porgere ai giuristi svizzeri il saluto della suprema Corte di cassazione italiana e di tutta la magistratura italiana.

Gli studiosi di diritto in Italia, nonostante le differenze tra gli ordinamenti giuridici dei due paesi, fin dai banchi dell'Università hanno apprezzato l'importanza della codificazione svizzera e del contributo dei giuristi svizzeri al progresso giuridico. L'apporto di Huber e della società svizzera dei giuristi all'elaborazione del codice civile ci erano già noti,

e non è senza commozione che io ho letto nel volume che ricorda i cento anni di gloriosa attività dei giuristi svizzeri la pagina dedicata a tale contributo all’opera di codificazione. Alcuni aspetti di questa codificazione per il loro particolare interesse hanno valicato i confini: oggetto di studi in Italia nella teoria dell’interpretazione della legge è l’art. 1 del codice civile svizzero e particolarmente ricordata, per il concetto a cui si ispira di una larga e indipendente libertà del giudice nell’applicare la legge, è la relazione dell’Huber sull’articolo stesso. Come non ricordare poi che il codice unico delle obbligazioni fu il primo esempio di quella unificazione legislativa del diritto civile e commerciale, che anche in Italia ha avuto la sua realizzazione nel codice civile vigente? Come non sentire tutta l’ammirazione e la simpatia per la società dei giuristi svizzeri che ha dato il suo valido apporto anche a questa opera di unificazione?

Uno studioso di diritto italiano, nonostante le barriere che la diversità degli ordinamenti giuridici oppongono e che impediscono di valutare gli ulteriori contributi che la benemerita società ha dato allo sviluppo del diritto svizzero, non può non avvertire l’importanza degli apporti specifici che ho avuto l’onore di ricordare e che hanno giovato al progresso giuridico anche al di fuori della Svizzera. E lo studioso italiano, mentre si compiace del lavoro svolto dalla società e formula gli auguri più sinceri per una sempre più feconda attività, auspica che i legami ideali tra i giuristi delle due Nazioni, già così notevoli per quegli aspetti cui ha accennato, siano nell’avvenire ancora più profondi.

ALEXANDER FRICK, Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, Vaduz:

Vorerst möchte ich für die Einladung, die Jahrhundertfeier des Schweizerischen Juristenvereins als Ehrengast mitzuerleben, recht herzlich danken. Was wir bei diesem Anlaß zu hören und vor allem auch zu lesen bekamen, gab einen tiefen Einblick in das erfolgreiche Wirken Ihrer jubilie-

renden Institution. Beim Betrachten des so vielfältigen Wirkens der Juristen in Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung kommt einem wieder so recht zum Bewußtsein, daß ein moderner Staat ohne gute, gewissenhafte Juristenarbeit nicht mehr denkbar ist. Wenn die Schweizerische Eidgenossenschaft so wohlgeordnet, so festgebaut dasteht, so ist das sicherlich zu einem ganz erheblichen Teile der Tätigkeit der schweizerischen Juristen und ihrer jubilierenden Vereinigung zu verdanken. Durchgeht man die Geschichte der Eidgenossenschaft der letzten hundert Jahre, so ist eine gradlinige, nie abrupt abgebrochene Rechtsentwicklung festzustellen. Immer wieder nahmen neben Politikern große Rechtsgelehrte Stellung zu den sich einstellenden Tagesfragen. Regierung und Volk nahmen und nehmen diese Stellungnahmen ernst, setzen sich mit diesen rechtlichen Erwägungen auseinander. Nur so bleibt die Demokratie, diese wirklich nicht leicht zu handhabende Staatsform, auf lange Sicht funktionsfähig. Das Fürstentum Liechtenstein hat sich nach dem ersten Weltkrieg wirtschaftlich an die Schweiz angelehnt. Der Zollanschlußvertrag sieht die Übernahme einer langen Reihe von bundesrechtlichen Erlässen durch das Fürstentum vor. Es sind das vor allem Gesetze, die das Zoll- und Fiskalgebiet betreffen. Im Verlaufe der Jahrzehnte wurde dann aber aus freien Stücken, also ohne jede vertragliche Verpflichtung, bei Schaffung liechtensteinischer Gesetze immer wieder auf dem Gedankengut des schweizerischen Rechts aufgebaut. Ich erwähne hier nur das Sachenrecht, verschiedene Sozialversicherungsgesetze, das Straßenverkehrsgesetz. Aber nicht nur bei der Rechtsbildung kann ich bei uns einen stark schweizerischen Einfluß feststellen, nein, auch bei der Rechtssprechung wirken seit Jahrzehnten schweizerische Juristen mit. In jedem unserer Kollegialgerichte sitzen neben einer Mehrheit liechtensteinischer Richter je ein namhafter schweizerischer und österreichischer Richter. So ist zum Beispiel Professor Dr. Peter Liver, der vorgestern das wirklich ausgezeichnete Referat über das schweizerische Zivilgesetzbuch hielt, Mitglied des

fürstlich-liechtensteinischen obersten Gerichtshofes in Vaduz. Professor Oswald von der Universität Freiburg ist Mitglied unseres Staatsgerichtshofes. Die Hereinnahme ausländischer Richter erfolgt nicht etwa auf Grund gesetzlicher Bestimmungen, sondern aus bestimmten mit unserem Kleinstaat zusammenhängenden Gründen. Da, wenn ich so sagen darf, im Fürstentum Liechtenstein zwei Rechtskreise, der schweizerische und der österreichische, mit dem liechtensteinischen zusammentreffen und sich überschneiden, ist es zweckmäßig, ausgezeichnete Kenner des schweizerischen und des österreichischen Rechtes für die Rechtsprechung zu gewinnen. Andererseits bietet aber gerade auch die Mitwirkung ausländischer Richter eine Gewähr für absolute richterliche Unabhängigkeit und Objektivität. Sie sehen aus dem eben Gesagten, daß im Fürstentum Liechtenstein nicht nur schweizerische Rechtsideen Eingang gefunden haben, sondern daß sogar Schweizer Rechtslehrer und Juristen als Richter tätig sind. Deshalb möchte ich im Namen des Fürstentums Liechtenstein dem Schweizerischen Juristenverein nicht nur als zuschauender Nachbar, nein, als Mitbeteiligter, als Mitinteressierter, Glück wünschen zur Jahrhundertfeier, zu all den erbrachten Leistungen, und gebe gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß es Ihrer Vereinigung auch weiterhin vergönnt sein möge, in Freiheit zum Wohle von Volk und Staat wirken zu können.

Dr. Dr. h. c. ERNST FRIESENHAHN, Professor, Richter am Bundesverfassungsgericht, Delegierter des Deutschen Juristentages, Karlsruhe:

Nach den ausländischen Amtspersonen darf nun noch der Vertreter einer freien wissenschaftlichen Vereinigung das Wort nehmen, die im Ausland die gleichen Ziele verfolgt und zur selben Zeit entstanden ist wie der Schweizerische Juristenverein. Der Deutsche Juristentag hat es dankbar begrüßt und wohl zu würdigen gewußt, daß der Vorstand des Schweizerischen Juristenvereins im vergangenen

Jahr die sonst geübte Zurückhaltung aufgegeben und Herrn alt Präsidenten Bundesrichter Dr. Plattner als Vertreter zum Deutschen Juristentag nach München entsandt hat, auf dem wir das hundertjährige Bestehen gefeiert haben. Herr Präsident Dr. Gubler hat freundlicherweise dieses Ereignisses, bei dem unter anderen auch der Zürcher Professor Erwin Frey als Referent mitgewirkt hat, auf dem vorjährigen Schweizer Juristentag gedacht. Nun dankt die Ständige Deputation des Deutschen Juristentages für die Einladung zu Ihrer Tagung, und sie hat mich beauftragt, Ihnen herzliche Grüße und Glückwünsche der deutschen Juristen zu Ihrem Jubiläum zu überbringen.

Ob und inwieweit das deutsche Beispiel – aus gleicher Rechtsnot geboren – auf die Schweizer Gründung eingewirkt hat, läßt sich nicht feststellen. Professor Fritzsche meint aber, es sei klar, daß die deutsche Gründung in der Schweiz bekannt war. Es wäre nun überaus reizvoll, die vielen Parallelen in der Geschichte der beiden Vereine aufzuzeigen – angefangen von der Trias der Vereinszwecke, der Gliederung der Mitglieder und dem Gegensatz zwischen Konservativen und Fortschrittlichen bei dem Streben nach Vereinheitlichung des Rechts, über die Perioden der Vereinstätigkeit und die Arbeitsweise bis hin zu den behandelten Themen –, oder auch den Besonderheiten nachzuspüren, die Volksgeist und andere staatliche Verhältnisse geprägt haben. Doch darf ich Sie jetzt damit nicht aufhalten. Wie sehr sich das Wirken unserer beiden Vereine gleicht, mögen Sie daran erkennen, daß ein Satz, den Professor Hermann Conrad seiner kurzen Geschichte des Deutschen Juristentages in der Festschrift zum hundertjährigen Bestehen voranstellt, auch als Quintessenz der Geschichte des Schweizerischen Juristenvereins von Professor Hans Fritzsche gelten könnte, wenn man «deutsch» durch «schweizerisch» ersetzt:

«Keine Einrichtung des deutschen Rechtslebens der Neuzeit ist so sehr zum geistigen Mittelpunkt der Arbeit an der Fortentwicklung des deutschen Rechts

geworden wie der Deutsche Juristentag, dessen Geschichte in den 100 Jahren seines Bestehens ein Stück Geschichte des Rechtslebens der deutschen Nation geworden ist.»

Die gleiche Funktion hat der Schweizerische Juristenverein für die Schweiz erfüllt, allerdings im Vergleich zu uns mit dem großen Vorzug einer niemals gestörten hundertjährigen Kontinuität und der Verbindung mit der so hervorragend redigierten Zeitschrift für Schweizerisches Recht. Wir würden es darum begrüßen, wenn es nicht bei dem einmaligen Besuch unserer Jubiläumsveranstaltungen bleiben, sondern sich ein dauernder Austausch anbahnen würde, nicht im Sinne der Repräsentation, sondern zu gemeinsamer Arbeit. Dem Gespräch über die Grenzen, das Herr Professor Liver am Schluß seines Festvortrags am Samstag gefordert hat, könnten vielleicht auch die freien wissenschaftlichen Vereinigungen der Juristen der Nachbarländer ihr Forum öffnen.

Vorgestern waren es auch genau 100 Jahre, daß der große Schweizer Dichter Gottfried Keller das Amt des Staatschreibers von Zürich antrat. Als 1862 der Schweizerische Juristenverein in Zürich zu seiner ersten Arbeitstagung zusammenrat, war er also hier der Staatsschreiber. Ich weiß nicht, ob er Mitglied Ihres Vereins war; die Voraussetzungen der Mitgliedschaft erfüllte er sicher kraft seines Amtes – weniger weil er in Heidelberg gelegentlich auch juristische Vorlesungen gehört hatte. Auch Eugen Wohlhaupper, der leider früh verstorbene deutsche Rechtshistoriker, reiht ihn unter die Dichter-Juristen ein, denen er seine reizvollen Essays gewidmet hat. Das Bild, das er von Meister Gottfried entwirft – zunächst Professor Hans Fehr in einer Festgabe dargebracht –, läßt so recht die Züge hervortreten, die den Schweizer in allen Berufen zugleich als Bürger charakterisieren: Hingabe an die Gemeinschaft und Dienst am Vaterland. Sie ließen den Dichter fünfzehn Jahre lang zu einem gewissenhaften Staatsschreiber werden. Auch

bei der Lektüre von Fritzsches Geschichte des Juristenvereins hat mich immer wieder diese formende Kraft des Schweizer Staatsgedankens beeindruckt, die politische Verantwortung, die so ausgeprägt Denken und Handeln der Schweizer Juristen bestimmt, bei denen zudem Theorie und Praxis nicht so getrennt sind wie bei uns in Deutschland. Ich möchte es darum als ein glückliches Zeichen werten, daß in den letzten Jahren acht junge Schweizer Gelehrte auf deutsche juristische Lehrstühle berufen worden sind.

In der Abhandlung von Wohlhaupter, deren Kapitel «Recht und Staat im Werke Gottfried Kellers» in der Ausstellung «Rechtskultur im alten Zürich» recht beziehungsreich unter dem Stab des Weibels aufgeschlagen liegt, fand ich die Schlußverse der Festkantate, die Gottfried Keller 1883 zur Fünfzigjahrfeier der Zürcher Universität gedichtet hat – Verse, die unsren beiden Vereinen, die ihre Fragestellungen jeweils aus der Zeit greifen, aber die ewig unveränderlichen Maßstäbe von Recht und Gerchtigkeit anlegen, in das zweite Centenarium voranleuchten können:

*«Ergründe kühn das Leben,
Vergiß nicht in der Zeit,
Daß mit verborgnen Stäben
Mißt die Unendlichkeit.»*

XXII.

Die Herren Professor Dr. MAX GUTZWILLER, Freiburg, und Professor Dr. WALTER YUNG, Genf, halten Festvorträge über die Themen «*Der Standort des schweizerischen Rechts*» und «*Le Code civil suisse et nous*». Die beiden Festvorträge sind abgedruckt im Heft II der Referate und Mitteilungen des Schweizerischen Juristenvereins, 1961.

XXIII.

Am Schlußbankett im Grand Hotel Dolder begrüßt der Präsident die Gäste des Juristenvereins. Herr Bundesrat Dr. BOURGKNECHT, Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartementes, richtet das Wort an die Schweizer Juristen anstelle des erkrankten Vorstehers des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, Herrn Bundesrat von Moos. Die Teilnehmer am Juristentag werden schließlich noch begrüßt von Herrn Regierungsrat ERNST BRUGGER, Justizdirektor des Kantons Zürich, der auch im Namen des Stadtpräsidenten von Zürich spricht.